

**POLITIK IN DER KRISE? AM BEISPIEL DER ÖSTERREICHISCHEN
WIRTSCHAFTSPOLITIK VON 1970 BIS 1983**



**PROJEKTFÖRDERUNG: JUBILÄUMSFONDS DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK
JUBILÄUMSFONDSPROJEKT NR. 16468**

**PROJEKTLEITUNG:
UNIV.-DOZ. DR. MARIA MESNER**

**PROJEKTDURCHFÜHRUNG:
UNIV.-DOZ. DR. MARIA MESNER, MAG. MATTHIAS TRINKAUS**

**DIGITAL-HUMANITIES-UNTERSTÜTZUNG:
AUSTRIAN CENTRE FOR DIGITAL HUMANITIES AND CULTURAL HERITAGE:
MAG. DANIEL SCHOPPER, MAG. BARBARA KRAUTGARTNER,
BASEM SAIFO, MAG. MATTHIAS SCHLÖGL**

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Die Staribacher-Tagebücher: die Quelle und ihre digitale Nutzbarmachung	8
2.1	Materialität und Entstehungskontext	8
2.2	Erschließung und Digitalisierung	10
3	Der historische Rahmen der Untersuchung	13
4	Das Personennetzwerk von Josef Staribacher	21
4.1	„Netzwerk“ als geschichtswissenschaftliche Kategorie	21
4.2	Geschichte der Sozialen Netzwerkforschung	23
4.3	Geschichte der Historischen Netzwerkforschung	25
4.4	Aktueller Forschungsstand und Literaturüberblick.....	28
4.5	Methoden der Sozialen Netzwerkforschung.....	34
4.6	Egozentrierte Netzwerke.....	37
4.7	Analyse des Personennetzwerks von Josef Staribacher.....	40
4.7.1	Methode	40
4.7.2	Expertinnen und Experten.....	41
4.7.3	Regionale Krisenherde.....	49
4.7.4	Betriebsrätinnen und Betriebsräte bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	54
4.7.5	Die Netzwerke sämtlicher annotierter Personen 1973/74 und 1980/81 im Vergleich	65
4.8	Interpretation der Ergebnisse	71
4.8.1	Die Rolle der Ökonomen	72
4.8.2	Versorgungs- vs. Wirtschaftskrise und die Rolle der „Technokraten“ am Beispiel von Erich Schmidt.....	77
4.8.3	Die Krisenregion Waldviertel und die Feriendorfpläne des Helmut „Pipsi“ Mayr	85
4.8.4	Eine verstärkte wirtschaftliche Orientierung nach Westen?	87
4.9	Resümee	91

5	Krisenwahrnehmung in den Tagebüchern Josef Staribachers. Eine Textanalyse auf mehreren Ebenen.....	93
5.1	Quantitative Auswertung	95
5.2	Qualitative Analyse: Krisenwahrnehmungen	106
6	Conclusio	117
7	Bibliographie.....	121
7.1	Ungedruckte Quellen	121
7.2	Gedruckte Quellen	121
7.3	Medien	121
7.4	Literatur (gedruckt und elektronisch)	122
7.5	Interviews, Vorträge	130
8	Bildnachweis.....	131
9	Abkürzungsverzeichnis	132

1 Einleitung

Das vorliegende Projekt kreist um zwei wesentliche Fragekomplexe: erstens, einem nach der „Krise“ und ihrer Wahrnehmung durch historische Akteur_innen und, zweitens, einem nach den Entscheidungsnetzwerken.

Diesen Fragen wird anhand eines konkreten Beispiels nachgegangen, der österreichischen Wirtschaftspolitik der 1970-er und frühen 1980-er Jahre, konkret der Jahre 1973/74, also der „ersten Ölkrise“, und der Jahre 1980/81, die unter dem Eindruck des zweiten „Ölpreisschocks“ standen. Im Zentrum der forschenden Suchbewegungen steht ein konkreter Quellenbestand, die Tagebücher Josef Staribachers, der vom 21. April 1970 bis 24. Mai 1983 Handelsminister in den Kabinetten I bis IV des amtierenden Bundeskanzlers Bruno Kreisky war. Während seiner gesamten Amtszeit hat Staribacher ein ausführliches Tagebuch geführt, das etwa 20.000 Seiten umfasst und das geschlossen vorhanden ist (detaillierte Beschreibung siehe Kapitel „Die Staribacher-Tagebücher: die Quelle und ihre digitale Nutzbarmachung“). Die Konzentration auf diese umfangreiche Quelle ist, so werden wir im Folgenden zeigen, sinnvoll, weil sie für diese Zeitspanne und für diesen Politikbereich ausreichend dicht ist. Der im Kreisky-Archiv aufbewahrte Bestand setzt zwar die Perspektive eines relevanten Akteurs zentral, andere entscheidungsrelevante Personen und Gruppierungen kommen aber aufgrund des spezifischen Charakters der Quelle in den Blick.

Die hier vorgeschlagene Untersuchung wählt als Ausgangspunkt zur Erforschung von Krisenwahrnehmungen eine der zeitlich ersten dieser Krisen, ein wirtschaftliches Phänomen, nämlich die sogenannte „Erdölkrise“ 1973/74, weil sie Ausgangspunkt für folgende vielfältige Strukturkrisen war. Mit der „Erdölkrise“ der frühen 1970-er Jahre war eine lange konjunkturelle Prosperitätsphase, die seit dem Ende der 1960-er Jahre andauerte, beendet. Erst langsam und eher im Nachhinein wurde für Handelnde, Betroffene und Beobachter sowie Beobachterinnen auch deutlich, dass der Bruch nicht nur in einem der üblichen und als systeminhärent angesehenen Konjunkturtäler bestand. Die „Erdölkrise“ markiert also das Ende der auf den Zweiten Weltkrieg bzw. den Abschluss des Staatsvertrages folgenden

Hochkonjunkturphase,¹ so die Diagnose ex post. Im Zentrum dieser Untersuchung stehen die Erfahrungen, die Wahrnehmungen der Zeitgenoss_innen, die „Krise“ aus der Perspektive der Mitlebenden wird in den Blick genommen. Reinhard Koselleck hat in seinem grundlegenden Text zur „Krise“ als historischer Kategorie² festgestellt, die Wissenschaften seien „herausgefordert, den Begriff auszumessen“. Genau dazu versucht das nun abgeschlossene Projekt einen Beitrag zu leisten.

Die 1970-er Jahre sind in mehrfacher Weise Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschung: in Überblicksdarstellungen zum 20. Jahrhundert,³ zur Zweiten Republik⁴ und deren wirtschaftlicher Entwicklung⁵. Wirtschaftshistorische Themen der 1970-er Jahre wurden einerseits im Zusammenhang mit Darstellungen der „Ära Kreisky“ diskutiert.⁶ Andererseits gibt es sehr verdienstvolle Detailstudien zur Wirtschaftspolitik der 1970-er

¹ Otto Penz, Zur ökonomischen, politischen und sozialen Regulation der Ära Kreisky, in: Wolfgang Maderthaler / Siegfried Mattl / Lutz Musner / Otto Penz, Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich, Wien 2007, 55–58.

² Reinhart Koselleck, Krise: in: Brunner et al. (Hg.), Grundbegriffe, Bd. 3, 617–650, hier: 650. Im Folgenden zitiert als: Koselleck, Krise.

³ Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2008; Gerhard Botz, Österreich im 20. Jahrhundert. (1918 bis 2000), Handbuch zur neueren Geschichte Österreichs 5, Innsbruck–Wien–München 2011; Peter Dusek / Anton Pelinka / Erika Weinzierl, Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik (Sachbuch Jugend & Volk), Wien 1995; Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 2005; Roman Sandgruber, Das 20. Jahrhundert (Geschichte Österreichs 6), Wien 2003; Rolf Steininger (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien–Köln–Weimar 1997.

⁴ Manfred Scheuch, Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zur Zweiten Republik, Wien–München 2000; Karl Gutkas, Die Zweite Republik. Österreich 1945–1985, Wien 1985; Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945–2010 (Haymon-Taschenbuch 67), Wien–Innsbruck 2011. Im Folgenden zitiert als: Rathkolb, Paradoxe Politik.

⁵ Hannes Androsch, Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945–2005, Innsbruck 2005; Felix Butschek, Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zu Gegenwart, Wien–Köln–Weimar 2004, 198; Christian Dirninger, Zwischen Markt und Staat. Geschichte und Perspektiven der Ordnungspolitik in der Zweiten Republik (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 29), Wien–Köln–Weimar 2007; Heinz Kienzl, Österreichs Wirtschafts- und Währungspolitik auf dem Weg nach Europa. Festschrift für Maria Schaumayer, Wien 1991; Franz Nemschak, Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren. Rückschau und Ausblick (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Vorträge und Aufsätze 28), Wien 1970; Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005.

⁶ Werner Gatty / Gerhard Schmid / Maria Steiner / Doris Wiesinger (Hg.), Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983, Innsbruck 1997; Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 22), Wien–Köln–Weimar 2004. Im Folgenden zitiert als: Kriechbaumer, Die Ära Kreisky; Wolfgang Maderthaler / Siegfried Mattl / Lutz Musner / Otto Penz, Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich, Wien (Löcker) 2007; Wolfgang Maderthaler, Die sozialdemokratische Ära, in: Hannes Androsch / Heinz Fischer / Wolfgang Maderthaler (Hg.), Vorwärts. Österreichische Sozialdemokratie seit 1889, Wien 2020, 288–319. Im Folgenden zitiert als: Maderthaler, Die sozialdemokratische Ära.

Jahre,⁷ die die Grundlage für unsere Quellenanalyse waren. Allerdings standen — sieht man von dem unveröffentlichten, von Theodor Venus und Remigio Gazzari im Auftrag des Kreisky-Archivs und mit Finanzierung der Oesterreichischen Nationalbank erstellten Projektbericht „Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000“⁸ ab — die Aufzeichnungen Josef Staribachers bisher nie im Zentrum der Analyse. Über diesen Fokus geraten die sozialdemokratischen Regierungen der 1970-er und frühen 1980-er Jahre aus einer bisher eher ungewohnten Perspektive in den Blick, weil kultur- und mentalitätshistorische Fragestellungen mit wirtschaftshistorischen verknüpft werden, um so ein vielschichtigeres Bild von der Krisenwahrnehmung der historischen Akteur_innen zu erhalten.

Das vorliegende Projekt wendet außerdem konsequent Methoden der Digital Humanities an, die in der zeithistorischen Forschung noch wenig verbreitet sind, nämlich eine Netzwerkanalyse und eine digital gestützte Inhaltsanalyse. Damit betritt das Projekt methodisches Neuland, was mitunter auch Überraschungen, unerwartete Erkenntnisse und Lerneffekte mit sich brachte, auf die in den Kapiteln zur Netzwerkanalyse und zur Textanalyse im Detail eingegangen wird.

Neben den hier dargelegten Forschungsergebnissen möchten wir abschließend noch auf einen wesentlichen Effekt des nun abgeschlossenen Forschungsprojektes hinweisen. Die gesamten Tagebücher Josef Staribachers stehen nun digitalisiert, volltextdurchsuchbar und mit Personenindex versehen unter dem link <https://staribacher.acdh.oeaw.ac.at/> online zur Verfügung und sind so weiteren Forschungen leicht zugänglich.

Gerade wegen des interdisziplinären Charakters dieses Projektes — Stichwort: Digital Humanities — waren wir auf Expertise und Unterstützung außerhalb des Historiographischen angewiesen. An dieser Stelle danken wir dem Austrian Center for Digital Humanities, im Besonderen Daniel Schopper, Matthias Schlögl, Barbara Krautgartner und Basem Saifo für ihr Wissen, ihre Initiative und für die umfangreiche Unterstützung unserer

⁷ Anton Kausel / Horst Knapp / Hans Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik 1970–1985. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik unter erschwerten Rahmenbedingungen (Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1), Wien—München 1986; Fritz Weber, Theodor Venus (Hg.), Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis (Stiftung Bruno Kreisky Archiv. Studienreihe 1), Wien 1993. Im Folgenden zitiert als: Weber / Venus (Hg.), Austrokeynesianismus.

⁸ Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Unveröffentlichter Projektbericht an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Jubiläumsfondsprojekt Nr. 11679, Wien o. J. [2008]. Im Folgenden zitiert als: Projektbericht 11679.

Arbeit, die diese Art von Projekt erst möglich machte. Das ACDH ist nun auch der Host für die digitale Version der Tagebücher, was nachhaltig dazu beitragen wird, diese als Teil des kulturellen Erbes zugänglich zu machen. Es mögen dem unseren noch viele weitere Forschungsvorhaben folgen.

Wir danken auch Remigio Gazzari, Maria Steiner und Thomas Tretzmüller, die in maßgeblicher Weise zum Projekt beigetragen haben.

Schließlich danken wir auch der Oesterreichischen Nationalbank, die durch ihre Finanzierung dieses Projekt erst möglich gemacht hat.

Maria Mesner
Matthias Trinkaus
Wien, 29. Juli 2020

2 Die Staribacher-Tagebücher: die Quelle und ihre digitale Nutzbarmachung

2.1 Materialität und Entstehungskontext

Dr. Josef Staribacher, geboren 1921, Handelsminister in allen Kabinetten Kreisky von 1970 bis 1983, hat während der gesamten SPÖ-Alleinregierung, genau vom 23.4.1970 bis zum 20.5.1983⁹, Aufzeichnungen gemacht, die er selbst „Tagebuch“ nannte.¹⁰ Wir übernehmen in diesem Projekt diese Bezeichnungspraxis, obwohl es sich um keine klassischen Tagebücher, wie wir sie aus dem 19. und 20. Jahrhundert üblicherweise kennen, handelte. Diese Ego-Dokumente waren zeittypischer Ausdruck „bürgerlicher Selbstthematization“,¹¹ der gemeinhin mit dem 19. Jahrhundert verbunden wird. Zwar ist Bänzinger zuzustimmen, dass die soziale Verortung des Tagebuchschreibens im Bürgertum der historischen Evidenz nicht standhält, sondern dass auch andere soziale Gruppen Tagebücher führten, somit könnte Staribachers Text doch einigermaßen widerspruchsfrei ins Genre des Tagebuches eingereiht werden. Allerdings ist der Zweck von Staribachers Text und wohl auch das Procedere seiner Herstellung speziell: Während seiner Amtszeit diktierte Staribacher seine Erlebnisse und Beobachtungen des Vortags, soweit sie mit seinen politischen Aktivitäten, also mit seinem Beruf zu tun hatten, täglich frühmorgens auf Band. Er erzählte über seine Tätigkeit am Tag zuvor und hielt seine Einschätzungen und Eindrücke fest, reflektierte über Schlüsse, die aus seiner Sicht aus dem Erlebten, Beobachteten für das zukünftige Handeln zu ziehen seien. Er dachte in diesen Diktaten laut darüber nach, welcher Typus von Politiker er sein wollte, welche Strategien er für erfolgversprechend oder ablehnenswert hielt. Der Text ist also durchaus in manchen Passagen selbstreflexiv. Er wurde aber nicht vom Autor selbst verschriftlicht, das erledigte eine Sekretärin mittels Schreibmaschine, also ist der Text nicht „privat“. Weil er so vom Autor nicht gemeint ist, beschränkt er sich konsequent auf

⁹ Der letzte Tagebucheintrag vom 24.5.1983 wurde von Staribachers Pressesprecher Paul Vecsei verfasst.

¹⁰ Aus diesem Tagebuch erfährt man auch, dass Staribacher bereits ab 1945 für eine unbekannte Zeitlang Tagebuch geführt hatte. Dieser Text ist allerdings zu einem unbekanntem Zeitpunkt noch in der Lebenszeit Staribachers verloren gegangen. Siehe Kreisky-Archiv, IX.2 Depositum Josef Staribacher, URL: <https://staribacher.acdh.oeaw.ac.at/index.html> (abgerufen 29.7.2020), hier: 7.10.1972, Bd. 12, 1232. Im Folgenden zitiert als Staribacher-Tagebücher.

¹¹ Siehe Peter-Paul Bänziger, Jenseits der Bürgerlichkeit Tagebuch schreiben in den Konsum- und Arbeitsgesellschaften des 20. Jahrhunderts, in: Janosch Steuwer / Rüdiger Graf (Hg.), Selbstreflexion und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2015, 186.

bestimmte Zeiten, Tage und Tagesabschnitte: An Wochenenden, über Weihnachten, Neujahr und Ostern sowie für weitere zusammenhängende Lücken, vermutlich die Urlaubszeit, gibt es keine Einträge, wenn es keine beruflichen Agenden gab. Auch finden sich im Text Anmerkungen und Arbeitsaufträge für einzelne Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen. Der Text hat also auch den Charakter eines Arbeitswerkzeuges.

Das verweist auf eine der wesentlichen Adressatengruppen: Die unmittelbaren Leser bzw. Leserinnen, an die Staribacher sich wandte, waren seine engsten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sie wollte er offenbar über seine täglichen Aktivitäten und über seine politischen Einschätzungen, die er oft wenig zurückhaltend oder diplomatisch formulierte, in Kenntnis setzen, um so die interne Abstimmung seines Teams zu unterstützen.¹²

Das Journal wurde aber auch für Personen geschrieben, die nicht unmittelbar Staribachers sozialer Umgebung angehörten. Staribacher wandte sich, so schreibt er im Tagebuch, auch an eine Nachwelt. Jeder Politiker, so meinte er, sollte so ein Tagebuch schreiben, um es dann der historischen Forschung zur Verfügung zu stellen. Nur durch solche Aufzeichnungen möglichst vieler beteiligter Personen sei „ein einigermaßen verlässliches Bild der Geschichtsperiode“ zu erhalten.¹³ Staribachers Aufzeichnungen hatten also sowohl didaktische Zwecke als auch solche der Zeitzeugenschaft, es ging ihm — in sozialdemokratisch-aufklärerischer Manier — um ein „Aus-der-Geschichte Lernen“. Staribacher stellte in seiner Erzählung, zumindest explizit, nicht so sehr sein „Selbst“ dar — daher berichtet er auch kaum Privates und nichts Familiäres — sondern es ging um seine Funktion als Politiker, als Teil des politischen Aspekts gesellschaftlicher Entwicklung. Daher beschränkt sich Staribacher in diesen Ausführungen strikt auf seine politische Tätigkeit, man erfährt wohl etwas über seine Emotionen, aber nichts über sein Privatleben. Seine Frau findet z. B. nur Erwähnung, wenn aus einer Bemerkung eines Mitarbeiters hervorgeht, dass sie an einem Staatsbesuch ihres Mannes teilgenommen hat.

Nach dem Diktieren wurden die Bänder mit dem Diktat über die Ereignisse des Vortages morgens ins Ministerium gebracht und dort mit damals üblichen Schreibmaschinen transkribiert. Ab den späten 1970-er Jahren wurden sie dann mit den Paraphen der

¹² Staribacher-Tagebücher, 21.1.1982, Bd. 63, 67.

¹³ Ebd., 7.10.1972, Bd. 12, 1232.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Kabinett des Ministers versehen, um die Zurkenntnisnahme zu bestätigen. Schließlich wurden die Einträge, die meist fünf bis zehn Seiten umfassen, zeitweise gemeinsam mit dem Tagesprogramm Staribachers und dem Pressespiegel des Bundespressedienstes abgelegt. An Tagen, an denen der Ministerrat stattfand, findet sich außerdem die Tagesordnung inklusive oft umfangreicher handschriftlicher Kommentare Staribachers. Auch sonst liegen dem Bestand manchmal handschriftliche Notizen Staribachers bei, die dieser offenbar für seine Diktate nutzte.

Die gesamten Aufzeichnungen umfassen ca. 20.000 maschinschriftliche Manuskriptseiten in 70 Büroordnern und stellen, soweit bekannt ist, einen geschlossenen Quellenbestand zur Geschichte der Regierungspolitik der betreffenden Jahre dar. Das Material nahm Staribacher vermutlich nach seinem Ausscheiden aus der Regierung mit nach Hause, es wurde jedenfalls noch von ihm selbst dem Kreisky-Archiv übergeben. Es finden sich keine Spuren, dass die Aufzeichnungen später noch einmal überarbeitet worden wären, dass etwas daraus entfernt oder etwas hinzugefügt worden wäre: Die Seiten sind mit einem in den 1970-er Jahren üblichen Seitenstempel fortlaufend paginiert. Anfang der 1980-er Jahre gab es ein vages Publikationsprojekt im Verlag Jugend & Volk, dem Staribacher selbst nicht ablehnend, aber wegen des großen Umfangs seiner „Tagebücher“ skeptisch in Bezug auf die Umsetzungsmöglichkeit gegenüberstand.¹⁴ Der Plan zerschlug sich dann offenbar, es finden sich keine Hinweise auf weitere Realisierungsschritte.

2.2 Erschließung und Digitalisierung

Ursprünglich waren die „Tagebücher“ über eine im Ministerbüro angefertigte Stichwort- und Namenskartei sowie die Kalender des Ministers für den Arbeitsgebrauch des Ministerkabinetts erschlossen. Trotzdem sind sie als Quelle wegen ihres Umfangs schwierig handhabbar, bilden aber für die Jahre zwischen 1970 und 1983 eine wichtige Ergänzung zu den Ministerratsprotokollen, weil diese oft nur über die Beschlussfassungen Auskunft geben. Um diese Quelle für dieses Projekt, aber auch für andere Forschungsvorhaben verfüg- und erschließbar zu machen, schien eine Digitalisierung angezeigt.

¹⁴ Ebd., 21.1.1982, Bd. 63, 67.

In einem ersten Schritt wurden Bildscans sämtlicher Inhalte der insgesamt 70 Ordner erstellt. Ausgenommen wurden die den meisten Tagebucheinträgen beigefügten „Österreich-Berichte“, da diese nicht exklusiv in den Staribacher-Tagebüchern gesammelt wurden, und weiters der Band 52, welcher lediglich eine unsystematische Sammlung diverser Beilagen enthält. Die Bildscans wurden in zwei Dateiformaten gespeichert: zum einen JPG für die Textfassung und die Präsentation im Internet, zum anderen TIFF für die Langzeitarchivierung.

In einem nächsten Schritt wurden die Bildscans der eigentlichen Tagebucheinträge mittels OCR (optical character recognition) texterfasst, in Zweifelsfällen, in denen eine eindeutige Abgrenzung zu bloßen Beilagen nicht möglich war, wurden nur paginierte Dokumente berücksichtigt. Die Textfassung und die darauffolgende manuelle Textkorrektur erfolgten mittels eines eigens für dieses Projekt programmierten sogenannten „Redaktionstools“, erstere ihrerseits auf Basis der Software „Tesseract“. Nach Abschluss des OCR-Scans, welcher blattweise geschah und zumeist nur wenige Sekunden dauerte, wurde auf dem Programmfenster links der Bildscan und rechts der Text des OCR-Scans mit diversen farblichen Hervorhebungen etwa für potentielle Lese- und Rechtschreibfehler, aber auch für bereits gespeicherte Personen angezeigt. Die Software erkannte die Schreibmaschinenschrift aus den 1970-er Jahren in einigen Fällen nur unzureichend und wurde durch handschriftliche Kommentare, Unterstreichungen etc. auf den Seiten zusätzlich irritiert. Die Transkription der von Staribacher besprochenen Bänder war außerdem meist in Eile erfolgt. Tippfehler, offensichtliche Hörfehler, Falschschreibungen von Personen- und Ortsbezeichnungen sind daher häufig und würden in einer Volltext-Suche zu unzuverlässigen Ergebnissen führen. Etwaige Fehler und Falschidentifikationen wurden daher mittels Mausclick oder Tastaturshortcut unter optionaler Verwendung von eingeblendeten Alternativvorschlägen korrigiert. Bei Personen wurde, da diese in der Regel nur mit dem Nachnamen genannt wurden, zusätzlich der Vorname und eine kurze Funktionsbeschreibung für die Disambiguierung bei Namensgleichheit und die spätere Bearbeitung im „Austrian Prosopographical | Biographical Information System“ (APIS) des Austrian Centre for Digital Humanities (ACDH) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ergänzt. Zu diesem Zweck wurden die Personen nicht nur lokal auf dem Server des Kreisky-Archivs, sondern auch im APIS gespeichert, wobei jeder Person eine eigene ID zugewiesen wurde.

Fehlerhafte Textstellen, welche mithilfe des Redaktionstools nicht korrigiert werden konnten, wurden vorläufig markiert. Nach der Beendigung der Arbeiten an einem Tagebucheintrag wurden die betreffenden OCR-Texte im XML-Dateiformat gespeichert und bei Bedarf mit dem Programm „Oxygen XML Editor“ abschließende Korrekturen vorgenommen.

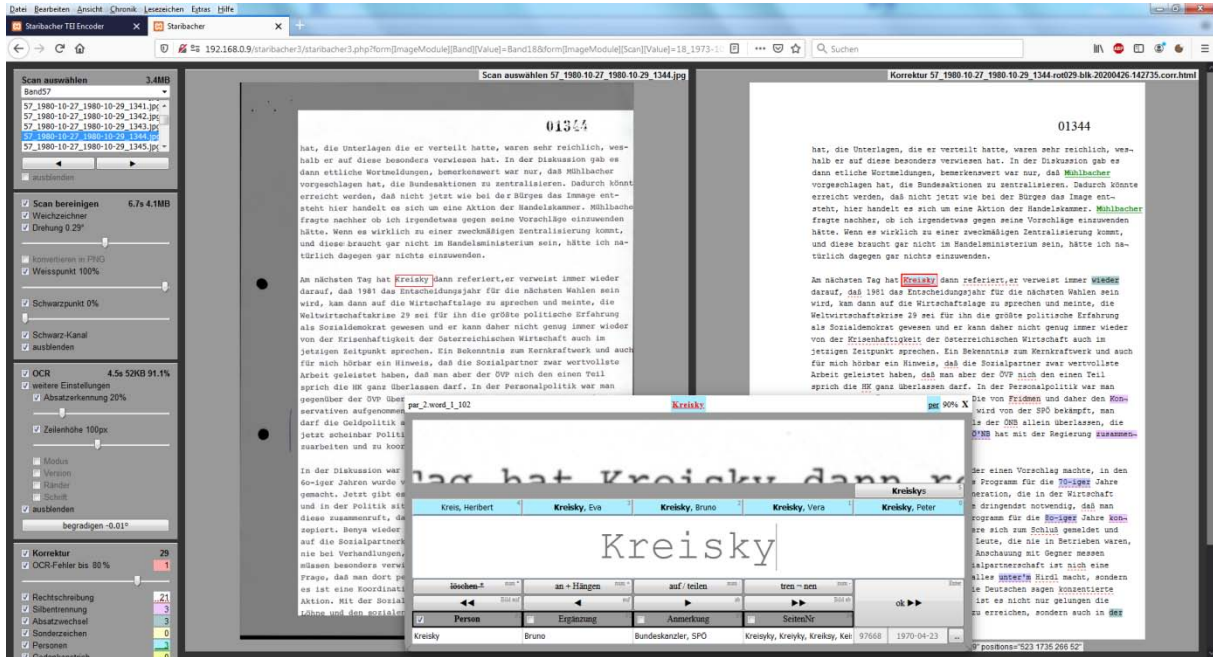


Abb. 1: Screenshot des Redaktionstools zur Texterfassung und -korrektur

Jeweils nach Beendigung der Arbeiten an einem Band wurden die betreffenden XML-Dateien dem ACDH der ÖAW übermittelt, dort eingelesen und mit der in der Programmiersprache Python geschriebenen NLP¹⁵-Library „spaCy“ analysiert sowie online gestellt, um die schließliche Veröffentlichung der Quelle, also ihre allgemeine Verfügbarmachung vorzubereiten.

3 Der historische Rahmen der Untersuchung

Bei den Wahlen im April 1970 hatte die SPÖ auf der Grundlage von umfangreichen und elaborierten Programmen für einzelne Politikbereiche und ausgestattet mit einem attraktiven, wenn auch gesamtgesellschaftlichen nicht unumstrittenen Kandidaten, Bruno Kreisky, eine relative Mehrheit erreicht, die schließlich nach vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 1971 zu einer absoluten Mehrheit an Stimmen und Mandaten im Nationalrat wurde. Ziel dieser und der folgenden SPÖ-Regierungen war die „Modernisierung“ des Landes in verschiedener Hinsicht: Es wurden Gesetze reformiert, etwa das Ehe- und Familienrecht, das Strafrecht (vor allem die Regelungen in Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch und Homosexualität) oder verschiedene Bereiche des Arbeitsrechts. Bildungsreformen sollten den Zugang zu höherer Bildung gerechter machen. Die SPÖ nutzte dabei die günstige Situation der mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Alleinregierung, um Forderungen, die z. T. bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts erhoben worden waren, umzusetzen, sodass wohl vor allem von einer „nachholenden Modernisierung“ zu sprechen ist.¹⁶

In einem historischen Kontext, der von einem kontinuierlichen ökonomischen Wachstum geprägt war, wurde soziale Gerechtigkeit (neben gesellschaftlicher Demokratisierung) zu einem der zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Tatsächlich lag die Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft konstant über dem westeuropäischen Durchschnitt, während die Inflationsrate darunter blieb. Unter diesen günstigen Vorzeichen sollte die österreichische Wirtschaft, beispielsweise durch die Einführung einer Mehrwertsteuer, an westeuropäische Standards herangeführt¹⁷ und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch „Modernisierung“, die im Konkreten auf Strukturanpassungen und eine Reform des Handelsrechts setzte, verbessert werden. Um den strukturellen Mangel an Arbeitskräften auszugleichen, ermutigte und initiierte die SPÖ-Alleinregierung, wie auch schon ihre Vorgängerinnen, Arbeitsmigration, vor allem aus südosteuropäischen Ländern und der Türkei.

¹⁶ Manfred Matzka, Rechtspolitik: Sozialismus im Bundesgesetzblatt?, in: Josef Hindels / Peter Pelinka (Hg.), Roter Anstoß. Der „österreichische Weg“. Sozialistische Beiträge, Wien—München 1980, 301–317; zuletzt Maderthaler, Die sozialdemokratische Ära, 294.

¹⁷ Ewald Nowotny, Die Wirtschaftspolitik in Österreich seit 1970, in: Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hg.), Der österreichische Weg, Wien 1986, 37–59, hier: 38. Im Folgenden zitiert als: Nowotny, Wirtschaftspolitik.

Als die erste internationale Ölkrise Österreich 1973 traf — ein Ereignis, mit dessen Konsequenzen sich die folgenden Kapitel zentral beschäftigen —, änderte sich das auch nationale wirtschaftliche Klima grundlegend. Die SPÖ-Regierung entschied sich, dem ökonomischen Abschwung und einer möglicherweise steigenden Arbeitslosigkeit durch erhöhte Staatsausgaben gegenzusteuern. Dabei half auch die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche 1975, eine Maßnahme, die allerdings bereits Ende der 1960-er Jahre von den Sozialpartnern vereinbart worden war. Zentrales Ziel der Regierung war die Aufrechterhaltung der hohen Beschäftigungsraten des ökonomischen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Arbeitslosenraten sollten auch dadurch niedrig gehalten werden, dass im Bereich der verstaatlichten Grundstoffindustrie eine Politik der langsamen Anpassung eingeschlagen wurde. Das bedeutete konkret, dass Arbeitskräfte, die gemessen an der Auftragslage nicht mehr benötigt wurden, nicht entlassen, sondern im Betrieb belassen wurden, um sozusagen als „Arbeitskräftepuffer“ für ein — antizipiertes— erneutes Ansteigen der Nachfrage zu fungieren. Erst die Rückschau zeigte, dass sich diese antizipierte Zukunft nicht realisierte. Um gleichzeitig die Inflation niedrig zu halten, wurde die Politik der erhöhten Staatsausgaben durch eine Hartwährungspolitik (in enger Anbindung des Schilling an die D-Mark) und zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften ergänzt.

Diesen als „Austrokeynesianismus“ bekannten Mix politischer Maßnahmen beschrieb der österreichische Ökonom Gunther Tichy als einen Versuch, die Entscheidungsgrundlagen für Arbeitnehmer_innen, Arbeitgeber_innen und die Gewerkschaften gleichermaßen stabil (und berechenbar) zu halten.¹⁸ Auch wenn der „Austrokeynesianismus“ als Versuch interpretiert werden könnte, das Problem, das die kapitalistischen Wirtschaftszyklen und ihre verunsichernden Konsequenzen für die Lebensbedingungen darstellten, zu mildern, indem die Existenzbedingungen durch staatliche Eingriffe stabilisiert würden, stellten antizyklische Maßnahmen allerdings in der österreichischen Nachkriegspolitik kein Novum dar: Auch ÖVP-dominierte Regierungen hatten in der Vergangenheit ähnliche Maßnahmen gesetzt.¹⁹

Tatsächlich gelang es der sozialistischen Alleinregierung zu dieser Zeit, die „Vollbeschäftigung“ zu erhalten. Das hieß, in Übereinstimmung mit einer allgemein

¹⁸ Gunther Tichy, Austrokeynesianismus. Ein Konzept erfolgreicher Wirtschaftspolitik? in Reinhard Sieder / Heinz Steinert / Emmerich Tálos (Hg.) Österreich 1945–1995, Wien 1996, 213–222, hier: 214.

¹⁹ Rathkolb, Paradoxe Politik, 135.

akzeptierten Definition des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), dass die Arbeitslosenrate unter 3 Prozent blieb. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate betrug in den Jahren 1975 bis 1981 1,95 Prozent, während sie im selben Zeitraum in der BRD 3,57 erreichte.²⁰ Zieht man die Daten weiterer westeuropäischer Länder heran, ergibt sich ein ähnliches Bild: Die österreichische Arbeitslosigkeit war zwischen 1974 und 1989 im Durchschnitt nur etwa ein Drittel so hoch wie das OECD-Mittel. Gleichzeitig blieb die österreichische Inflation wesentlich darunter, das Wirtschaftswachstum hingegen war in Österreich OECD-bezogen deutlich überdurchschnittlich. Im Hinblick auf diese Zahlen nannte der britische Historiker Donald Sassoon in seinem Werk über die europäischen Sozialdemokratien die österreichische Entwicklung (neben der schwedischen und norwegischen) eine „overall success story“.²¹

Das Ziel, die Arbeitslosigkeit möglichst gering zu halten, war auch nach dem Abflauen der ersten Ölkrise eine konstante sozialistischer Regierungspolitik. Es war herrschende sozialdemokratische Auffassung, dass Arbeitslosigkeit ein Resultat von zyklischen Wirtschaftskrisen sei, die dem kapitalistischen System inhärent seien. Durch antizyklische staatliche Intervention, wie sie John Maynard Keynes konzipiert hatte, wurde versucht, die Unvermeidlichkeit dieser zyklischen Krisen auszuhebeln. Aus vielen Äußerungen österreichischer Politiker — es wird darauf weiter unten im Detail eingegangen — lässt sich aber auch schließen, dass diese politische Zielsetzung auf einer konkreten historischen kollektiven Erinnerung fußte. Ein erheblicher Teil der zeitgenössischen sozialdemokratischen Eliten hatte die Weltwirtschaftskrise und die damit einhergehende Massenarbeitslosigkeit erlebt. Diese machten sie für den Aufstieg der faschistischen Bewegungen in Europa und die damit einhergehende Zerstörung von Demokratien verantwortlich.

Ein weiterer Faktor bei der spezifischen Politikentscheidung der SPÖ, staatliche Mittel in relativ hohem Ausmaß zur Vermeidung oder zumindest zur Reduktion von Arbeitslosigkeit aufzuwenden, war wohl auch der große Einfluss des ÖGB, der in den 1970-er Jahren einen Höhepunkt erreichte — die oben erwähnte Tatsache, dass die Gewerkschaftsdefinition die Grundlage für die Festlegung des Standards von „Vollbeschäftigung“ war, verweist bereits

²⁰ Nowotny, Wirtschaftspolitik, 42.

²¹ Donald Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London—New York 2014, 450f.

darauf, ebenso, dass der Präsident des ÖGB, Anton Benya, ab 1971 auch Parlamentspräsident und damit der nach dem Bundespräsidenten zweithöchste Vertreter der Republik war. Die Bundesregierung und die ÖGB-Spitze standen in engem Kontakt, sie trafen einander wöchentlich im Vorfeld der Ministerratssitzungen, um die Positionen von ÖGB und Regierung aufeinander abzustimmen.²² Hohe Funktionäre des ÖGB hatten immer wieder Ministerämter in SPÖ-Regierungen inne,²³ beispielsweise war Rudolf Häuser, Vizekanzler unter Bruno Kreisky und zwischen 1970 und 1976 auch Sozialminister, Vorsitzender einer der wichtigsten Teilgewerkschaften des ÖGB, der Gewerkschaft der Privatangestellten, und ÖGB-Vizepräsident, ebenso wie sein Nachfolger Alfred Dallinger. Die enge Verbindung zwischen SPÖ-Regierungen und ÖGB war aber nicht nur personeller Natur, sondern zeigte sich auch in der politischen Entscheidungsfindung: Obwohl die SPÖ ursprünglich für eine radikaleres Arbeitsverfassungsgesetz eingetreten war, wurde schließlich eine gemäßigte Variante beschlossen, um Forderungen des ÖGB umzusetzen.²⁴

Während die Regierungspolitik in der ersten Ölkrise, gemessen an ihren Zielsetzungen, als erfolgreich bezeichnet werden kann, wie in der Detailuntersuchung der folgenden Kapitel belegt wird, änderte sich die Situation in der zweiten Hälfte der 1970-er Jahre, als sich eine neuerliche Wirtschaftskrise abzuzeichnen begann. Wieder wurden staatliche Mittel eingesetzt, um einer Krise gegenzusteuern. Auch in dieser Phase wies Österreich hinsichtlich Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Inflation bessere Kennzahlen auf als andere europäische Länder. Wohl auch aufgrund dessen gelang es der SPÖ, in den Nationalratswahlen des Jahres 1979 ihre Mehrheit an Stimmen noch einmal auszubauen. Mit dem Einsetzen der internationalen Rezession in den frühen 1980-er Jahren — der zweiten zentralen Zeitspanne dieser Untersuchung — kam das staatliche Budget aber zunehmend unter Druck, die staatliche Neuverschuldung stieg auf 2,8 Prozent im Jahr 1980.²⁵ In dieser Situation setzten die meisten OECD-Länder — unter den Vorzeichen einer in wirtschaftlicher Hinsicht neoliberalen Wende — im Namen von wirtschaftlicher Stabilität

²² Interview mit Ulrich Brunner, von 1970 bis 1975 innenpolitischer Redakteur der AZ, durchgeführt von Maria Steiner am 14.3.2018, Kreisky-Archiv Wien.

²³ Fritz Klenner / Brigitte Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung Von den Anfängen bis 1999, Wien 1999², 465.

²⁴ Siehe Interview mit Ferdinand Lacina, durchgeführt von Maria Mesner am 20. März 2018, Kreisky-Archiv Wien; Anton Pelinka, Modellfall Österreich? Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft, Wien 1981, 84f.

²⁵ Kriechbaumer, Die Ära Kreisky, 236

und niedriger Inflationsrate auf austeritätspolitische Maßnahmen. Die Haltung in der österreichischen Regierung dazu, welche Politik einzuschlagen sei, war nicht einheitlich. Eine Gruppe um den Bundeskanzler, die auch die Unterstützung des ÖGB hatte, favorisierte neuerlich höhere Staatsausgaben. Bundeskanzler Kreisky stieß mit seiner Bemerkung: „Und wenn mich einer fragt, wie denn das mit den Schulden ist, dann sag‘ ich ihm das, was ich immer wieder sage: dass mir ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten, als mir ein paar hunderttausend Arbeitslose mehr bereiten würden“²⁶ auf viel Zustimmung, umriss damit aber auch die Position weiter Teile der SPÖ in dieser Frage. Eine andere Gruppe um den Finanzminister, Hannes Androsch, wollte stärkeres Augenmerk auf die Begrenzung der Staatsausgaben legen. Der Konflikt zwischen den beiden Strategien sollte die SPÖ in den kommenden Jahren begleiten und wird auch in der folgenden Detailuntersuchung immer wieder sichtbar. Zu Beginn der 1980-er Jahre setzte sich aber die Gruppe um den Bundeskanzler durch, sodass die Vermeidung oder die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zentrale sozialistische Priorität blieb.

Wie unten rekonstruiert wird, wurde trotzdem nicht verhindert, dass die internationale Krise Auswirkungen in Österreich zeitigte: Zwischen 1981 und 1984 betrug die Arbeitslosenquote durchschnittlich 4,6 Prozent. Das war zwar immer noch niedriger als die Rate der OECD-Länder und nur halb so hoch wie die Arbeitslosenrate der BRD. Aber das Ziel der „Vollbeschäftigung“ musste aufgegeben werden, um die öffentlichen Ausgaben zu begrenzen. Im Vorfeld der Nationalratswahlen 1983 kam auch die Gruppe um Kreisky zum Schluss, dass es gelte, die österreichische Staatsschuldenrate zu reduzieren. Daher wurden geplante Steuererhöhungen Teil der sozialistischen Wahlkampagne. Offensichtlich war das Wahlvolk aber nicht in ausreichendem Maß bereit, im Austausch für Arbeitsplatzsicherheit höhere Steuern in Kauf zu nehmen. Zwar erreichte die SPÖ 1983 immer noch eine relative Stimmen- und Mandatsmehrheit, musste aber in der Folge eine Regierungskoalition eingehen und entschied sich in diesem Zusammenhang für eine „kleine“ Koalition mit der national-konservativen FPÖ.

²⁶ zit. n. KREISKY Arbeitslose 1979, Zeit im Bild. Wahlkampf in Österreich, Sendedatum: 7.4.1979, ORF-Archiv. Das Zitat entstammt einer Rede, welche Kreisky aus Anlass des Nationalratswahlkampfes 1979 im Haus der Begegnung im 15. Wiener Gemeindebezirk gehalten hatte.

Der Verlust der absoluten Mehrheit war aber nicht nur ein Resultat der Tatsache, dass eine große Zahl von Wählern und Wählerinnen nicht bereit war, eine Politik steigender Staatsausgaben zu unterstützen, sondern auch eine Konsequenz daraus, dass die Sozialdemokratie mit einem neuen politischen Konkurrenten in Form zweier Grünparteien konfrontiert war. Obwohl es keiner der beiden gelang, in den Nationalrat gewählt zu werden, erreichten sie gemeinsam 3,4 Prozent der Stimmen, was ziemlich exakt dem Stimmenverlust der SPÖ entsprach.²⁷ Post-fordistische Bewegungen hatten sich in Österreich spätestens 1978 deutlich bemerkbar gemacht: Damals waren die SPÖ und das gesamte System der Sozialpartnerschaft in einem emotionsreich und hart geführten Konflikt über die friedliche Nutzung der Kernkraft unterlegen. Das verwies auch darauf, dass die politische Ausrichtung dieser neuen Bewegungen mit klassischen fordistischen Politiken, in deren Zentrum steigender Konsum und Wirtschaftswachstum standen, nicht kompatibel war. Atomkraft als politisches Thema hatte in Österreich seit den späten 1960-er Jahren eine wechselvolle Geschichte. Es war die ÖVP-Alleinregierung gewesen, die 1969, mit Zustimmung aller größeren politischen Parteien und der Sozialpartner, den Bau des ersten österreichischen Kernkraftwerkes beschlossen hatte. 1974 war schließlich mit dem Bau des Kernkraftwerkes begonnen worden. Mit der Etablierung von Ökologiebewegungen während der 1970-er Jahre war die Nutzung der Atomkraft aber ein kontroversielles politisches Thema geworden, eine Kontroverse, die weiter zugespitzt wurde, als die ÖVP ihren Standpunkt in der Frage der Kernkraft änderte und öffentlich gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft Stellung bezog. In dieser Situation entschied sich Bruno Kreisky — das Beispiel der schwedischen Sozialdemokratie vor Augen, der 1976 ein Konflikt über die friedliche Nutzung der Kernkraft die politische Mehrheit gekostet hatte —, eine Volksabstimmung durchführen zu lassen. Diese erfolgte schließlich im November 1978 und endete mit der Niederlage der sozialistischen Position. Wesentlicher im Zusammenhang mit einer fundamentalen Verschiebung des österreichischen politischen Systems ist aber der Aspekt, dass der Ausgang der Volksabstimmung auf den schwindenden Einfluss der Sozialpartnerschaft in Österreich verwies. Post-fordistische Werthaltungen wie eine kritische

²⁷ Anton Hubauer, Wahlen als Wendepunkte der 1980er Jahre – Das Ende der Ära Kreisky, in: Österreichische Mediathek, Ö1 Journale, URL: <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/wahlen-der-80er-jahre-als-wendepunkte/das-ende-der-aera-kreisky/> (abgerufen 27.7.2020).

Position gegenüber Großtechnologien und einer auf wirtschaftliches Wachstum setzenden Fortschrittsgläubigkeit machten sich auch unter österreichischen Wähler_innen bemerkbar. Zwar gelang es der SPÖ, dieses Potenzial — für eine gewisse Zeit — zu neutralisieren, indem ein strenges Atomsperrgesetz verabschiedet wurde. 1979 erzielte die SPÖ den höchsten je erreichten Stimmenanteil bei nationalen Wahlen, vier Jahre danach verlor sie ihre absolute Mehrheit, die sie seit 1971 innegehabt hatte.

Es hatte sich gezeigt, dass die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der ersten Ölkrise 1973/74 nicht geeignet waren, die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu beeinflussen. Die politischen Entscheidungsträger waren von zeitgenössischen Experten und politischen Eliten weitgehend geteilten Annahmen ausgegangen, die sich im Nachhinein als nicht zutreffend herausstellten. Wie in den folgenden Kapiteln am Beispiel der Aufzeichnungen von Josef Staribacher bestätigt wird, waren politische Eliten und ökonomische Experten über die Natur der Krise und die wahrscheinliche weitere ökonomische Entwicklung im Irrtum. Im Jahrzehnt nach der ersten Ölkrise wurden die Vorhersagen der Wirtschaftsforscher durch die tatsächliche ökonomische Entwicklung deutlich falsifiziert. So hatten die Wirtschaftsberater der Regierung für 1974 ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent vorhergesagt, im Nachhinein stellte sich schließlich heraus, dass die Wirtschaft zu Jahresende um 0,5 Prozent geschrumpft war.²⁸ Wie ein Forschungsprojekt, das an der Universität Graz durchgeführt wurde,²⁹ jüngst zeigte, bestand auch für die Jahre danach eine beträchtliche Lücke zwischen ökonomischen Vorhersagen und der tatsächlichen wirtschaftlicher Entwicklung. Es greift aber wesentlich zu kurz, das nur auf nationale Begrenztheit oder Inkompetenz zurückzuführen. Politische Eliten und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und Westeuropa kamen insgesamt erst mit viel Zeitverzögerung zu der Ansicht, dass die erste internationale Ölkrise das Ende der Nachkriegsära in wirtschaftlicher Hinsicht, die in den Industrieländern von Arbeitskräftemangel und kontinuierlich hohen Wachstumsraten gekennzeichnet war,

²⁸ Christian Dirninger, Zum Wandel der ordnungspolitischen Dimension der Finanzpolitik, in: Ders. / Jürgen Nautz / Engelbert Theuel / Theresia Theurl, Zwischen Markt und Staat. Geschichte und Perspektiven der Ordnungspolitik in der Zweiten Republik, Wien—Köln—Weimar 2007, 381.

²⁹ Jörn Kleinert, The Strong Increase of Austrian Government Debt in the Kreisky Ära. Austro-Keynesianism or Just Stubborn Forecast Errors, Präsentation am „Österreichischen Zeitgeschichtetag“, 10. Juni 2016, Aufzeichnungen von Maria Mesner.

markierte.³⁰ Im Unterschied zu den Erwartungshaltungen (nicht nur) der österreichischen Regierung und aller maßgeblichen Experten gab es, wie sich im Nachhinein herausstellen sollte, eben kein Zurück zur Vor-Krisen-Normalität. Stattdessen kam es zu einer Transformation der Gesellschaft, die in der Einschätzung mancher Historiker_innen als Grundlage einer neuen Ära, jener des Neoliberalismus, zu bezeichnen ist,³¹ die unter anderem durch ein deutlich verändertes Verhältnis zwischen (staatlicher) Politik und Wirtschaft charakterisiert ist.

In der vorliegenden Untersuchung gehen wir davon aus, dass der Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ auch als ein Aspekt dieser tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Veränderungen interpretiert werden kann, ebenso wie z. B. der Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft. Die beiden Krisenperioden von 1973/74 und 1980/81 wurden als Zeitschnitte, die die Untersuchung prägen und strukturieren, gewählt, um Spuren dieser Veränderung in ihrem Vorfeld anhand einer umfangreichen Quelle, die den gesamten zur Debatte stehenden Zeitraum erfasst, identifizieren zu können.

³⁰ Siehe Matthias Schmelzer, *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm*, Cambridge 2016, 239.

³¹ Siehe Paul Nolte, *A Different Sort of Neoliberalism? Making Sense of German History since the 1970s*. 32nd Annual Lecture of the German Historical Institute, Washington DC, November 8, 2018, in: *Bulletin of the German Historical Institute*, Bd. 64, 9–25, hier: 12.

4 Das Personennetzwerk von Josef Staribacher

4.1 „Netzwerk“ als geschichtswissenschaftliche Kategorie

Die Konjunktur des Begriffs „Netzwerk“ in der Geschichtswissenschaft³² ist ein relativ neues Phänomen. Im 1978 erschienenen Band 4 *des* deutschsprachigen Standardwerks zur Begriffsgeschichte in der Geschichtswissenschaft, der Reihe „Geschichtliche Grundbegriffe“, wird man ihn beispielsweise vergeblich suchen, hier folgt auf den Begriff „Naturrecht“ „Neutralität“.³³

Mit „Netz“ war ursprünglich der physische, textile Gegenstand gemeint. Gleichmaßen als „Instrument der Jagd und der List“ und „Vorrichtung des Schützens und Bergens“³⁴ nahm es bald auch metaphorische Bedeutungen³⁵ als Symbol für Macht und Verhängnis an, verleitete aber auch wegen seiner spezifischen Form zu taxonomischen und morphologischen Analogiebildungen im Feld der Naturgeschichte oder der Anatomie. Eine weitere Wandlung des Begriffs vollzog sich mit dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt des 19. Jahrhunderts. Netze erschienen nunmehr zunehmend als „Einrichtungen des Verteilens und Verbindens“: Eisenbahnnetze, Telegraphennetze oder Elektrizitätsnetze, um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen.³⁶ Zur selben Zeit gewannen immer neue „Netz“-Komposita

³² Laut dem deutschen Neuzeithistoriker Wolfgang Reinhard die „zweithäufigste Leerformel der Geschichtswissenschaft“, vgl. Wolfgang Reinhard, Kommentar. Mikrogeschichte und Makrogeschichte, in: Hillard von Thiesen, Christian Windler (Hg.), *Nähe in der Ferne. Personale Verflechtung in den Außenbeziehungen der Frühen Neuzeit*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung*, Beihefte 36 (2005), 135–144, hier 135. Zit. n. Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), *Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen* (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016, 5. Im Folgenden zitiert als: Düring et al. (Hg.), *Handbuch*.

³³ Vgl. Otto Brunner / Werner Conze / Reinhard Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 3, Stuttgart 1982, 315. Im Folgenden zitiert als Brunner et al. (Hg.), *Grundbegriffe*, Bd. 3.

³⁴ Alexander Friedrich, Chris Biemann, *Digitale Begriffsgeschichte? Methodologische Überlegungen und exemplarische Versuche am Beispiel moderner Netzsemantik*, in: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 5 (2016) 2, 78–96, hier 80. Im Folgenden zitiert als: Friedrich / Biemann, *Begriffsgeschichte*.

³⁵ Vgl. auch Alexander Friedrich, *Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern*, Paderborn 2015, URL: https://www.philosophie.tu-darmstadt.de/media/institut_fuer_philosophie/pdf/friedrich/Friedrich-2015-Metaphorologie_der_Vernetzung.pdf (abgerufen 12.3.2020).

³⁶ Alexander Friedrich, *Netz*, Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, URL: <https://begriffsgeschichte.de/doku.php/begriffe/netz> (abgerufen 16.3.2020), Abs. 3.3. Im Folgenden zitiert als: Friedrich, *Netz*.

gegenüber dem Grundwort an Bedeutung³⁷, das Kompositum „Netzwerk“ erlebte gleichwohl erst ein Jahrhundert später, etwa ab 1980, einen großen Aufschwung.³⁸

Der Begriff „Netzwerk“³⁹ begegnete einem bereits 1740 in Johann Heinrich Zedlers „Universal-Lexicon“ als „Netz-Werck“, dort aber nur als eng umgrenzter anatomischer Ausdruck für eine bestimmte Gewebeart.⁴⁰ Eine anderssprachliche Entsprechung zu „Netzwerk“ findet sich noch früher, zur Zeit der Römischen Republik“, als mit „opus reticulatum“ eine bestimmte Bautechnik bezeichnet wurde, eine weitere im „Dictionary of the English Language“ (1755) begriff ein Netzwerk bzw. „network“ bereits abstrakt, aber noch morphologisch eng an das physische Netz angelehnt als netzförmige Struktur mit gleichmäßigen Maschen.⁴¹ Diese semantische Bindung an das textile Netz ging erst in jüngerer Vergangenheit verloren. Der Darmstädter Philosoph Alexander Friedrich und der Hamburger Informatiker Chris Biemann definieren „Netzwerk“ in einem modernen Sinn als

„ein zusammenhängendes Ganzes, das aus beliebig vielen Elementen zusammengesetzt sein kann, wobei die Rolle oder Funktion eines jedes Elements für das Netzwerk sich aus seiner Relation zu allen anderen Elementen des Netzwerks bestimmt.“⁴²

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhundert verbanden sich mit dem Netzwerk, das als neue, sich selbst organisierende Alternative zu problematisierten Organisationsformen wie der Hierarchie angesehen wurde, utopische Hoffnungen, die mit Phänomenen wie der Globalisierung und der Digitalisierung, der wirtschaftlichen und informationstechnologischen Vernetzung auf globaler Ebene einen neuen Aufschwung nahmen, aber etwa seit der Jahrtausendwende zunehmend enttäuscht wurden.⁴³ Die neue Dimension staatlicher und privater Überwachung und „Netzstörungen“ wie Epidemien oder aber auch die Finanzkrise ab 2008 zeigten und zeigen die Schattenseiten der modernen Netzwerkgesellschaft auf.⁴⁴

³⁷ Friedrich / Biemann, Begriffsgeschichte, 81.

³⁸ Vgl. u.a. ebd., 85, Abb. 4.

³⁹ Vgl. u.a. auch Hartmut Böhme, Einführung. Netzwerke. Zur Theorie und Geschichte einer Konstruktion, in: Jürgen Barkhoff, Hartmut Böhme, Jeanne Riou (Hg.), Netzwerke. Eine Kulturtechnik der Moderne (Literatur – Kultur – Geschlecht. Studien zur Literatur- und Kulturgeschichte, Große Reihe 29), Köln 2004, 17–36.

⁴⁰ Friedrich, Netz, Abs. 3.3.

⁴¹ Ebd.

⁴² Friedrich / Biemann, Begriffsgeschichte, 82.

⁴³ Vgl. ebd., 82f.

⁴⁴ Ebd., 83.

4.2 Geschichte der Sozialen Netzwerkforschung

Die Historische Netzwerkforschung baut auf der Sozialen Netzwerkanalyse auf, deren Wurzeln bis in die 80er-Jahre des 19. Jahrhunderts reichen.⁴⁵ Einer ihrer Pioniere war der österreichisch-amerikanische Soziometriker⁴⁶ Jakob Levy Moreno, der während des Ersten Weltkriegs Untersuchungen in einem Internierungslager italienischsprachiger Österreicherinnen und Österreicher durchführte und die Unterbringung der internierten Familien entsprechend der wechselseitigen Zu- oder Abneigung neu organisierte. Der Begriff „Soziales Netzwerk“ wurde von dem australisch-britischen Anthropologen John Barnes geprägt⁴⁷, welcher ausgehend von Forschungen in einem norwegischen Fischerdorf zu dem Schluss kam, „dass das gesamte Gesellschaftsleben des Menschen [...] als ein komplexes Netzwerk begriffen werden könne“.⁴⁸ Der britische Ethnologe James Clyde Mitchell sowie zwei US-amerikanische Wissenschaftler, der Sozialpsychologe Dorwin Cartwright und der Mathematiker Frank Harary, erweiterten die bisherigen Ansätze um graphentheoretische Konzepte⁴⁹, mit welchen Sozialstrukturen besser als mit den bisherigen, eher intuitiven Abbildungsversuchen erfasst werden konnten. Mitchell formulierte ferner eine Definition sozialer Netzwerke in Abgrenzung zu einer rein metaphorischen Verwendung des Netzwerkbegriffs. Er begriff sie als

„a specific set of linkages among a defined set of persons, with the additional property that the characteristics of these linkages as a whole may be used to interpret the social behavior of the persons involved.“⁵⁰

Cartwrights und Hararys Beitrag zur Sozialen Netzwerkforschung bestand außerdem in der konsequenten Anwendung mathematischer Methoden zur Erfassung sozialer Strukturen.⁵¹

⁴⁵ Vgl. Christian Nitschke, Die Geschichte der Netzwerkanalyse, in: Düring et al. (Hg.), Handbuch, 11–29, hier: 11, Anm. 2. Im Folgenden zitiert als: Nitschke, Geschichte.

⁴⁶ Laut Christof Wolf, Egozentrierte Netzwerke. Datenorganisation und Datenanalyse, in: ZA-Information 32 (1993), 72–94, hier: 73. war die Soziometrie „einer der wichtigsten Vorläufer der Netzwerkanalyse“.

⁴⁷ Wolfgang Neurath / Lothar Krempel, Geschichtswissenschaft und Netzwerkanalyse: Potentiale und Beispiele, in: Berthold Unfried / Jürgen Mittag / Marcel van der Linden (Hg.), Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen (ITH-Tagungsberichte 42), Leipzig 2008, 67.

⁴⁸ Nitschke, Geschichte, 16.

⁴⁹ Boris Holzer, Netzwerke (Einsichten. Themen der Soziologie), Bielefeld 2006, 31.

⁵⁰ James Clyde Mitchell, The Concept and Use of Social Networks, in: Ders. (Hg.), Social Networks in Urban Situations. Analysis of Personal Relationships in Central African Towns Manchester, Manchester 1969. Zit. n. Nitschke, Geschichte, 18.

Es waren auch zwei Mathematiker, Paul Erdős und Alfréd Rényi, welche 1959 die bisher auf regulären Graphen fußende Graphentheorie um das Konzept der sogenannten Zufallsgraphen erweiterten. In regulären Graphen weisen die Knoten jeweils dieselbe Anzahl an Verbindungen auf, wohingegen in einem Zufallsgraphen nach Erdős und Rényi die Verbindungen zwischen zwei Knoten zufällig hergestellt werden. Die beiden Wissenschaftler fanden heraus, dass bereits nach Erreichen eines Schwellwertes von durchschnittlich einer Kante je Knoten die meisten Knoten miteinander verbunden und, wenngleich teils über eine mehr oder weniger große Anzahl an Mittlerknoten, untereinander erreichbar waren. Zufallsgraphen eignen sich vor allem zur Beschreibung von natürlichen Netzwerken, stoßen jedoch bei menschlichen Netzwerken an ihre Grenzen.⁵²

Der US-amerikanische Psychologe Stanley Milgram wandte sich 1967 genau diesen menschlichen Netzwerken zu, als er im Rahmen eines Experiments erkunden wollte, wieviele Schritte notwendig sind, um innerhalb der Vereinigten Staaten eine Nachricht nur mittels persönlicher Bekanntschaften von einer beliebigen Person an eine andere zu übermitteln. Das Ergebnis dieses Experiments war, dass hierzu nur 5,5 Schritte erforderlich waren, wobei der von Erdős und Rényi ermittelte, oben genannte Schwellwert von einer Verbindung pro Knoten erheblich unterschritten wurde. Milgrams Experiment wurde unter den Schlagworten „small world“ und „six degrees of separation“ bekannt, wovon allerdings nur ersteres von Milgram selbst geprägt wurde.⁵³

In der Methodologie der Sozialen Netzwerkanalyse ergaben sich in den 1970er-Jahren markante Fortschritte, welche unter dem Begriff „Harvard Breakthrough“ subsumiert werden und unter anderem mit den Namen Harrison White und François Lorrain verbunden sind. Netzwerke wurden nun als Ganzes als Analyseeinheiten betrachtet, deren Strukturen unter Zuhilfenahme mathematischer Modelle miteinander verglichen wurden.⁵⁴ Die soziale Rolle, ein zentrales Konzept der Soziologie⁵⁵, ergab sich demzufolge aus der Positionierung eines Individuums im Rahmen dieser Struktur, d.h. in diesem Fall seines gesellschaftlichen

⁵¹ Nitschke, Geschichte, 19.

⁵² Vgl. ebd., 20f.

⁵³ Vgl. ebd., 21f.

⁵⁴ Jörg Raab, Der „Harvard Breakthrough“, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, 29–38, hier: 33. Sammelband im Folgenden zitiert als: Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch.

⁵⁵ Ebd.

Umfeldes. Eine „strukturelle Äquivalenz“ wurde für den Fall postuliert, wenn derartige Positionen gleichartige Beziehungen zu den Akteuren in ihrem strukturellen Umfeld verfügten.⁵⁶

Nicht zuletzt sind auch Arbeiten des US-amerikanischen Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlers Mark Granovetter zum Phänomen der Stärke schwacher Verbindungen („the strength of weak ties“) zu erwähnen, in welchen er am Beispiel der Arbeitssuche nachwies, dass hierbei informelle Kontakte eher als formelle hilfreich seien.⁵⁷

Trotz der Fortschritte in Methodologie und Theorie existiert in der Forschung kein Konsens über eine vereinheitlichte Soziale Netzwerktheorie. Gleichwohl besteht ein gemeinsamer „Kern von Konzepten, die in Indikatoren übersetzt, in Software implementiert und in Lehrbüchern dargestellt werden“. Den meisten dieser Ansätze ist gemein, dass sie die Bedeutung von Beziehungen bzw. Bindungen gegenüber der von Individuen oder Institutionen betonen.⁵⁸ Besagte Verbindungen können ferner im Hinblick auf das Ausmaß des diesbezüglichen Bewusstseins der Akteure, die Dauer und den Unterschied zwischen theoretisch möglichen und tatsächlich umgesetzten Interaktionen untersucht werden.⁵⁹

4.3 *Geschichte der Historischen Netzwerkforschung*

In den 1950er- und 1960er-Jahren hielten erstmals sozialwissenschaftliche und mathematische Ansätze in einem größeren Ausmaß Einzug in die Geschichtswissenschaft. In der westlich geprägten Geschichtswissenschaft erwies sich die 1969 neu gegründete Universität Bielefeld als ein Kristallisationspunkt dieser neuen Ansätze, an der sie sich bis in die 1980er-Jahre unter dem Titel „Historische Sozialwissenschaft“ institutionalisierten.⁶⁰ Die Historische Sozialwissenschaft hatte vor allem Strukturen, langfristige Prozesse und

⁵⁶ Vgl. Nitschke, *Geschichte*, 22–24.

⁵⁷ Vgl. ebd., 25f.

⁵⁸ Claire Lemerrier, *Formale Methoden der Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften: Warum und Wie?* In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 23 (2012) 1, 16–41, hier: 20. Im Folgenden zitiert als: Lemerrier, *Formale Methoden*.

⁵⁹ Lemerrier, *Formale Methoden*, 26.

⁶⁰ Marten Düring / Florian Kerschbaumer, *Quantifizierung und Visualisierung. Anknüpfungspunkte in den Geschichtswissenschaften*, in: Düring et al. (Hg.), *Handbuch*, 31–43, hier 33. Im Folgenden zitiert als: Düring / Kerschbaumer, *Quantifizierung*.

Großgruppen im Blick, worin sie sich von der späteren Historischen Netzwerkforschung unterscheidet, in welcher das Netzwerk selbst die Struktur darstellt und deren Interesse eher Einzelpersonen oder Kleingruppen sowie spezifischen historischen Ereignissen gilt.⁶¹

Die eben skizzierte Entwicklung verlief keineswegs reibungslos, sondern rief teils entschiedenen Widerspruch von Vertreterinnen und Vertretern einer klassisch-hermeneutischen, „verstehenden“ Geschichtsauffassung hervor. Die sich in weiterer Folge entspannenden, vielfach hitzig geführten Auseinandersetzungen verloren zwar mit der Zeit an Schärfe, doch blieb der grundsätzliche Gegensatz weiterhin bestehen.⁶²

Die Visualisierungen der Historischen Netzwerkforschung können auf eine teils noch längere Tradition in der Historiographie zurückblicken, denn trotz des „Logo-zentrismus“⁶³ der Geschichtswissenschaft wurden grafische Elemente wie Tabellen praktisch seit Anbeginn der Geschichtsschreibung zur Vermittlung von Geschichte eingesetzt. Als weitere Vorläufer von Netzwerkvisualisierungen können etwa bildpädagogische Ansätze wie die Bildstatistiken Otto Neuraths oder frühe Netzwerkdarstellungen in den Naturwissenschaften angesehen werden.⁶⁴

Die Methoden der Sozialen Netzwerkanalyse, welche bis dahin vor allem in den Vereinigten Staaten entwickelt worden waren, fanden erstmals 1979⁶⁵ mit der „Verflechtungsanalyse“⁶⁶ des deutschen Neuzeithistorikers Wolfgang Reinhard ihren Niederschlag in der Geschichtswissenschaft. Reinhard war es dabei ein besonderes Anliegen, diese Methoden den deutschsprachigen Historikerinnen und Historikern mittels Übersetzung der Terminologie ins Deutsche zugänglich zu machen. Die Verflechtungsanalyse versuchte vor allem die Handlungen von Mitgliedern frühneuzeitlicher Führungsgruppen zu erklären, wobei weniger die Merkmale der untersuchten Personen als deren Interaktionen untereinander von Interesse waren. Soziale wie Historische Netzwerkforschung standen anfangs vor demselben Problem, dem Fehlen leistungsfähiger Computer und

⁶¹ Ebd., 38f.

⁶² Vgl. Düring / Kerschbaumer, Quantifizierung, 35–38.

⁶³ Ebd., 39.

⁶⁴ Vgl. ebd., 39–43.

⁶⁵ Matthias Bixler, Die Wurzeln der Historischen Netzwerkforschung, in: Düring et al. (Hg.), Handbuch, 45–61, hier: 47. Im Folgenden zitiert als: Bixler, Wurzeln. Gemäß ebd., 59, wohl der früheste Versuch eines Historikers, „formale Methoden der sozialen Netzwerkanalyse in die Geschichtswissenschaft zu integrieren“.

⁶⁶ Vgl. ebd., 47–54.

benutzerfreundlicher Software zur Erfassung und Auswertung großer Datenmengen. Auf die damit verbundenen methodischen Unzulänglichkeiten reagierten beide Disziplinen unterschiedlich: Während sich aufseiten der Sozialen Netzwerkforschung nicht zuletzt mithilfe des technischen Fortschritts ein modernes, wenn auch nicht geschlossenes Netzwerkparadigma⁶⁷ herauskristallisierte, verwarfen Reinhard und seine Schülerinnen und Schüler um die Jahrtausendwende den Verflechtungsbegriff⁶⁸ und die damit verbundenen methodologischen Ansprüche zugunsten einer metaphorischen Auffassung von Netzwerken. Wolfgang Reinhard selbst sprach sich 2004 sogar ausdrücklich gegen die Anwendung formaler Methoden zur Erforschung historischer Netzwerke aus.⁶⁹

Nachdem sich die Verflechtungsanalyse als forschungsgeschichtliche Sackgasse erwiesen hatte, führte die Historische Netzwerkanalyse lange Zeit ein Schattendasein. Netzwerkforschung mit historischen Bezügen wurde am ehesten von den Nachbardisziplinen, nicht zuletzt von der Sozialwissenschaft, betrieben.⁷⁰ Vor diesem Hintergrund sind etwa drei um die Jahrtausendwende erschienene, gleichsam programmatische Aufsätze zu sehen, welche sich jeweils zum Ziel setzten, die Methoden und Konzepte der Sozialen Netzwerkanalyse der Geschichtswissenschaft näherzubringen: Die kanadische Soziologin Bonnie H. Erickson verband 1997 dieses Ansinnen mit einer Rezension⁷¹ des heute als Standardwerk der Theorie der Sozialen Netzwerkanalyse geltenden, drei Jahre zuvor erschienenen Lehrbuchs von Stanley Wasserman und Catherine Faust⁷². Der US-amerikanische Historiker Charles Wetherell erörterte ein Jahr später am Beispiel einer russisch-baltischen Grundherrschaft die Bedeutung, welche Verwandtschaft für *personal communities* an der Schwelle zur Moderne besaß.⁷³ Der US-amerikanische Soziologe Peter Bearman wählte 2002 gemeinsam mit zwei Mitautoren einen

⁶⁷ Ebd., 52.

⁶⁸ Generell konnte sich Reinhard's ins Deutsche übersetzte Netzwerkvokabular nicht durchsetzen. Vgl. ebd., 48.

⁶⁹ Ebd., 52.

⁷⁰ Vgl. ebd., 60.

⁷¹ Bonnie H. Erickson, *Social Networks and History. A Review Essay*, in: *Historical Methods* 30 (1997) 3, 149–157. Im Folgenden zitiert als: Erickson, *Review Essay*.

⁷² Stanley Wasserman / Katherine Faust, *Social Network Analysis. Methods and Applications (Structural Analysis in the Social Sciences 8)*, Cambridge 1994. Im Folgenden zitiert als: Wasserman / Faust, *Social Network Analysis*. Dieses umfangreiche und sehr ins Detail gehende Buch ist vor allem für all jene Forscherinnen und Forscher das Mittel der Wahl, die an den mathematischen Grundlagen dieses Forschungsfelds interessiert sind.

⁷³ Charles Wetherell, *Historical Social Network Analysis*, in: *International Review of Social History* 43 (1998) Supplement S6, 125–144.

ereigniszentrierten Ansatz, um darzulegen, wie die rasche Abfolge von Revolution und Konterrevolution und neuerlicher Revolution von chinesischen Dorfbewohnern zwischen 1920 und 1950 erlebt wurde.⁷⁴

Mit dem *cultural turn* der Sozialen Netzwerkforschung der 1990er-Jahre war schließlich eine Häufung historischer netzwerkanalytischer Arbeiten mit entsprechender Betonung kultureller Aspekte festzustellen. Erst in der jüngeren Vergangenheit gelang der Netzwerkforschung in der Geschichtswissenschaft der Durchbruch, so dass mittlerweile das – gleichwohl erst im Entstehen begriffene – Forschungsfeld selbst als Netzwerk gesehen werden kann.⁷⁵

4.4 Aktueller Forschungsstand und Literaturüberblick

Als Einstieg in die inzwischen sehr umfangreiche Literatur zum Thema Netzwerkanalyse empfiehlt sich das Buch „Schlüsselwerke der Netzwerkforschung“⁷⁶, welches eine Art „Kanon“ der wichtigsten einschlägigen Werke darstellt. Die Herausgeber befragten hierzu mehr als 100 Personen aus ihrem persönlichen Forschungsumfeld nach den zehn für sie bedeutendsten Artikeln oder Monographien. Auf Basis der 64 Antworten fanden nur solche Werke Berücksichtigung, die mindestens von zwei der befragten Netzwerkforscherinnen und Netzwerkforscher genannt wurden, Selbstnennungen und Lehrbücher⁷⁷ schieden hingegen aus. Die sich daraus ergebende Liste von 93 Werken, im Buch sinnfällig als Netzwerk visualisiert, wurde von den Herausgebern nicht zuletzt auch auf Anregung der vertretenen Autorinnen und Autoren erweitert, während nicht rechtzeitig eingelangte Beiträge unberücksichtigt bleiben mussten. Aus den sich daraus ergebenden 142 „Schlüsselwerken“ lässt sich unter anderem eine deutliche Dominanz der englischsprachigen Forschung feststellen, weiters spiegeln ihre Erscheinungsdaten auch den Boom der Netzwerkforschung

⁷⁴ Peter Bearman / James Moody / Robert Faris, Networks and History, in: Complexity 8 (2002) 1, 61–71.

⁷⁵ Vgl. Bixler, Wurzeln, 60.

⁷⁶ Boris Holzer / Christian Stegbauer (Hg.), Schlüsselwerke der Netzwerkforschung, Wiesbaden 2019. Im Folgenden zitiert als: Holzer / Stegbauer (Hg.), Schlüsselwerke.

⁷⁷ Die Herausgeber nennen explizit: Wasserman / Faust, Social Network Analysis. Vgl. Holzer / Stegbauer (Hg.), Schlüsselwerke, 4.

ab den 1950er-Jahren mit dem starken Aufschwung ab den 1970ern wider.⁷⁸

Bedauerlicherweise wurden die „Schlüsselwerke“ mit der zweiten Auflage 2019 nicht um neuere Literatur ergänzt, weshalb der rezente Aufschwung der Historischen Netzwerkforschung lediglich als Phänomen angedeutet wurde⁷⁹, aber sonst kaum einen Widerhall im Buch findet.

Der Dynamik des jungen Forschungsfeldes der Historischen Netzwerkanalyse eher Rechnung tragend, wurde mit „Historical Network Research“⁸⁰ im Internet gleichsam eine zentrale Anlaufstelle für Forscherinnen und Forscher geschaffen. Das Portal gibt Auskunft über Veranstaltungen wie Workshops und Konferenzen, bietet ferner eine Einführung in die Thematik für Interessentinnen und Interessenten, eine laufend gepflegte und aktualisierte Bibliographie sowie Links zu Online-Ressourcen wie Tutorials oder Visualisierungstools. Seit 2017 existiert mit dem Journal of Historical Network Research eine eigene, im Jahresrhythmus erscheinende Zeitschrift. Es ist im Directory of Open Access Journals gelistet und dementsprechend frei aus dem Internet im PDF-Format herunterladbar.

Da, wie bereits erwähnt, auf „Historical Network Research“ bereits eine umfassende aktuelle Bibliographie zum Thema vorhanden ist, sollen an dieser Stelle nur einige ausgewählte Werke mit Berührungspunkten zum Thema des vorliegenden Endberichts kurz vorgestellt werden.

Der Trierer Historiker und Politikwissenschaftler Christian Marx unterscheidet zwischen vier Forschungsfeldern, welche in der Historischen Netzwerkforschung ein besonderes Interesse auf sich gezogen haben: Religion und Kultur, Familie und Verwandtschaft, ökonomische Verflechtungen und nicht zuletzt politische Netzwerke⁸¹. Bei letzteren, zu welchen das Personennetzwerk um Josef Staribacher zweifellos zu zählen ist, spannt sich das Forschungsinteresse wiederum von der Vernetzung politischer Eliten im Mittelalter und der frühen Neuzeit, sozialen Protestbewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, der zeitlich ebenfalls in diesem Zeitraum zu verortenden ersten Frauenbewegung, Verfolgten- und

⁷⁸ Vgl. Holzer / Stegbauer (Hg.), Schlüsselwerke, 4–6.

⁷⁹ Vgl. ebd., 6f.

⁸⁰ Historical Network Research. Network analysis in the historical disciplines, URL: <http://historicalnetworkresearch.org/> (abgerufen 30.3.2020).

⁸¹ Christian Marx, Forschungsüberblick zur historischen Netzwerkforschung. Zwischen Analysekatgorie und Metapher, in: Düring et al. (Hg.), Handbuch, 63–84, hier: 74.

Hilfsnetzwerken in der Zeit des Nationalsozialismus, bis zu informellen Netzwerken in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, welche die Defizite der dortigen staatssozialistischen Systeme kompensierten.⁸² Die beiden letztgenannten, zeitgeschichtlichen Forschungskomplexe werden im Folgenden am Beispiel dreier Netzwerkstudien näher beleuchtet. Im Anschluss daran sollen noch zwei neuere Werke präsentiert werden, die zwar nicht ganz in das Schema von Christian Marx passen, aber nichtsdestoweniger interessante Einblicke bieten.

Der deutsche Zeithistoriker Marten Düring, eine der zentralen Forscherpersönlichkeiten der Historischen Netzwerkanalyse, untersuchte 2015 in seiner Dissertation anhand von sechs Fallstudien Hilfenetzwerke für verfolgte Berliner Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus.⁸³ Ihn interessierte dabei, wie diese Netzwerke vor dem Hintergrund der repressiven Bedingungen des NS-Regimes und der sozialen Isoliertheit der Verfolgten entstehen, wirken und sich entwickeln konnten.⁸⁴ Als Quellen nutzte er unter anderem autobiographische Zeugnisse, deren Angaben er nach Möglichkeit unter Zuhilfenahme anderer Quellen überprüfte.⁸⁵ Die gesammelten Daten von insgesamt rund 1.400 Hilfegeber-Hilfenehmer-Beziehungen und über 5.000 Hilfeleistungen flossen in ein Kodierschema ein, in dem sechs Beziehungsdimensionen erhoben wurden.⁸⁶ Dieses Schema diente seinerseits als Grundlage für die Erstellung von Netzwerkvisualisierungen, welche einen großen Teil des Buches einnehmen.⁸⁷ In einem abschließenden Kapitel erfolgt eine Zusammenführung der gewonnenen Erkenntnisse.⁸⁸ Die Innovation von Dürings Buch besteht darin, dass der Forschungsgegenstand, Hilfe für verfolgte Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit, erstmals nicht aus der Akteursperspektive betrachtet wurde, sondern vielmehr die zwischen den Akteuren bestehenden Relationen in den Blick nimmt.⁸⁹

Das Sichtbarmachen verborgener Netzwerke im Nationalsozialismus blieb auch in den folgenden Jahren auf der Agenda der Historischen Netzwerkforschung. Die Dresdner

⁸² Vgl. ebd., 74–77.

⁸³ Marten Düring, *Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden*, Berlin—Boston 2015.

⁸⁴ Ebd., 5.

⁸⁵ Ebd., 34.

⁸⁶ Vgl. ebd., 52–66.

⁸⁷ Vgl. ebd., 74–175.

⁸⁸ Vgl. ebd., 176–201.

⁸⁹ Ebd., 73.

Historikerin Linda von Keyserlingk-Rehbein legte etwa 2018 in einer 707 Seiten starken Monographie dar, dass es sich bei den Verschwörern des 20. Juli 1944 nicht, wie das NS-Regime später behaupten sollte, um eine „ganz kleine Clique“ von Offizieren, sondern um ein weit verzweigtes Netzwerk unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen gehandelt hatte.⁹⁰ Hierfür studierte die Autorin Ermittlungsberichte, Vernehmungsprotokolle, Haft- und Prozessdokumente sowie Personalakten⁹¹, um auf dieser Quellenbasis wiederum die Frage zu klären, wer aus Sicht der Verfolger die Beteiligten des Umsturzversuchs waren, wer als zentraler Akteur, wer als wichtiger Vermittler galt, wie dies die Verfolgung durch die Gestapo beeinflusste und inwiefern sich deren Ermittlungsergebnisse in den Volksgerichtshofsurteilen und der NS-Propaganda widerspiegelten.⁹² Die Methode umfasste folgende Schritte: Definition der Personen und Beziehungen sowie ihrer jeweiligen Attribute, Erhebung der diesbezüglichen Daten, deren Kodierung, d.h. Aufbereitung für die folgende softwaregestützte Netzwerkanalyse, sowie Kommentierung und Interpretation der Ergebnisse mit weiteren zeitgenössischen Quellen, darunter Briefe und Tagebücher dreier exemplarisch herangezogener Beteiligter, und einschlägiger Forschungsliteratur.⁹³ Anhand des insgesamt 132 Personen⁹⁴ umfassenden Verschwörernetzwerkes straft Keyserlingk-Rehbein nicht nur, wie der Buchtitel bereits zum Teil vorwegnimmt, die nationalsozialistische Propaganda zu dessen angeblicher Überschaubarkeit Lügen⁹⁵, sondern benennt auch zentrale Akteure aus dem militärischen, aber auch zivilen Bereich, welche durch die Berechnung von Zentralitätswerten der einzelnen Knoten ermittelt werden konnten.⁹⁶ Überraschend und erhellend erscheint in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass Sozialdemokraten bzw. Gewerkschafter ähnlich zentral wie konservative Beteiligte in das Netzwerk eingebunden waren.⁹⁷ Tatsächliche Lücken im Netzwerk, welche die Verfolger nicht zu schließen vermochten oder gar nicht als solche erkannten, deuten für die Autorin auf mögliche Strategien der vernommenen Personen hin, Mitwiserinnen und Mitwisser zu

⁹⁰ Linda von Keyserlingk-Rehbein, *Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944*, Berlin 2018. Im Folgenden zitiert als: Keyserlingk-Rehbein, *Clique*.

⁹¹ Vgl. ebd., 63–96.

⁹² Vgl. ebd., 13–21.

⁹³ Vgl. ebd., 49–63.

⁹⁴ Ebd., u.a. 503f.

⁹⁵ Ebd., 489–494.

⁹⁶ Vgl. ebd., u.a. 507–511.

⁹⁷ Ebd., 514.

schützen.⁹⁸ Gleichsam als Forschungsdesiderat bezeichnet sie abschließend die Rekonstruktion des Gesamtnetzwerkes der Verschwörer des 20. Juli, welches auch jene Beteiligte einschließt, die der NS-Sicht verborgen geblieben waren.⁹⁹

Politischer Widerstand wurde ebenso Jahrzehnte später in der DDR geleistet. Der finnische Sozialwissenschaftler Kimmo Elo beschrieb in seinem gleichfalls im Jahr 2018 erschienenen Aufsatz „Geospatial Social Networks of East German Opposition (1975–1989/90)“¹⁰⁰, wie sich oppositionelle Gedanken zum einen unter Individuen – unter besonderer Berücksichtigung des Jenaer Bürgerrechtlers Roland Jahn –, zum anderen in geographischen Regionen verbreiten. Mehr noch als mit der Methode der Historischen Netzwerkanalyse beschriftet Elo mit der Quellenbasis, mehr als 800 digitalisierte Fotografien bzw. deren Metadaten, neue Wege.¹⁰¹ Seine Erkenntnisse bestätigen im Wesentlichen die Ergebnisse der bisherigen Forschung, liefern aber darüber hinausgehend kaum neue Einsichten, so dass der Zweck des Aufsatzes vor allem darin besteht, die Tauglichkeit des zugrundeliegenden neuartigen Forschungsansatzes zu demonstrieren.¹⁰²

Der japanisch-deutsche Historiker Tomohide Itō befasste sich ein Jahr später mit dem Prozess der Militarisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Japan während des Zweiten Japanisch-Chinesischen Kriegs 1937 bis 1940.¹⁰³ Der Autor betrachtete dabei insbesondere die Rolle zweier politischer Denkfabriken, der Studiengruppe für Staatspolitik sowie der Shōwa-Studiengruppe, welche er mit den Mitteln der Sozialen Netzwerkanalyse sowie der Diskursanalyse untersuchte. Die Fragestellung zielte, soweit sie die Netzwerkanalyse betrifft, erstens auf die tonangebenden Personenkreise dieser Studiengruppen, zweitens auf deren organisatorische Entwicklung und drittens auf die Beziehungen ab, die zwischen ihnen bestanden.¹⁰⁴ Als Quellen wurden in erster Linie Zeitschriften, die von der betreffenden Studiengruppe publiziert wurden, Geschäftsberichte,

⁹⁸ Ebd., 518.

⁹⁹ Ebd., 521f.

¹⁰⁰ Kimmo Elo, Geospatial Social Networks of East German Opposition (1975–1989/90), in: *Journal of Historical Network Research* 2 (2018), 143–165, URL: <https://jhnr.uni.lu/index.php/jhnr/article/view/45/14> (abgerufen 10. 4.2020).

¹⁰¹ Vgl. ebd., 148–151.

¹⁰² Vgl. ebd., 162f.

¹⁰³ Tomohide Itō, *Militarismus des Zivilen in Japan 1937–1940. Diskurse und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse* (ERGA. Erfurter Reihe zur Geschichte Asiens 19), München 2019.

¹⁰⁴ Ebd., 60.

Forschungsprogramme und Mitgliederverzeichnisse herangezogen.¹⁰⁵ Der Kreis der relevanten Personen wurde auf solche Mitglieder der Studiengruppen beschränkt, welche die Studentätigkeit entscheidend prägten.¹⁰⁶ Sodann wurde kodiert, wer (menschlicher Akteur A) mit wem (institutioneller Akteur B) wann (Zeitpunkt) wie verbunden (Attribute) war¹⁰⁷, wobei beim letzten Punkt drei Grade des Engagements von A in B (Gastredner, Mitglied, Leiter) unterschieden wurden¹⁰⁸. Die Grundstruktur der auf dieser Datenbasis generierten Visualisierungen ergab sich bereits aus der Quellenwahl: Es handelt sich jeweils um egozentrierte Netzwerke, nur bilden hier nicht Personen, sondern Institutionen – die Studiengruppen und ihre Organe – den Kern.¹⁰⁹ Die beiden ersten Forschungsfragen konnten mittels Berechnung von Zentralitäts- bzw. Dichtewerten¹¹⁰, die dritte wiederum mithilfe eines umfassenden Netzwerkgraphen, welcher beide Denkfabriken einschließt, und den daraus ersichtlichen personellen Überschneidungen beantwortet werden¹¹¹. Unmittelbarer Anlass für die Wahl der Historischen Netzwerkanalyse als Methode war ein Forschungsdefizit im Bereich der Studiengruppe für Staatspolitik, aufgrund dessen es Itō geboten schien, die bedeutendsten Mitglieder dieses Thinktanks auf eine möglichst objektive und nachvollziehbare Weise zu ermitteln, um auf dieser Basis anhand der Diskurse in beiden Gruppen Aussagen über die Militarisierung der japanischen Gesellschaft am Vorabend des Zweiten Weltkriegs treffen zu können.¹¹² Darüber hinaus demonstriert der Autor am Beispiel der Historischen Netzwerkanalyse anschaulich die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen dieser Methode.¹¹³

Abschließend soll noch kurz auf einen Aufsatz der russischen Historikerin Maria Ryabova aus demselben Jahr eingegangen werden, der sich mit dem venezianischen Handelsunternehmen der Soranzo-Brüder und dessen Geschäftsbeziehungen beschäftigt.¹¹⁴

¹⁰⁵ Ebd., 64.

¹⁰⁶ Ebd., 85f.

¹⁰⁷ Ebd., 88.

¹⁰⁸ Ebd., 89.

¹⁰⁹ Ebd., 82.

¹¹⁰ Vgl. ebd., 102–110.

¹¹¹ Vgl. ebd., 110–113, 528–532.

¹¹² Ebd., 18.

¹¹³ Vgl. auch ebd., 113–118.

¹¹⁴ Maria Ryabova, Venetian Trading Firm of the Soranzo Brothers (1406–1434) and Its Commercial Network, in: Fondazione Istituto Internazionale di Storia Economica „F. Datini“ (Hg.), *Reti marittime come fattori*

Das Ziel der Arbeit war dabei auch, darüber hinausgehende Erkenntnisse über das Handelsnetzwerk der Republik Venedig an der Schwelle vom Mittelalter zur Neuzeit zu gewinnen.¹¹⁵ Als Quelle dienten zwei Rechnungsbücher des Unternehmens, das *libro real vecchio* und vor allem das *libro real novo*, welches als frühestes erhaltenes Zeugnis der Anwendung der doppelten Buchführung gilt und eine Kompilation von ausgewählten buchhalterischen Quellen („accounting sources“), darunter das *libro real vecchio*, darstellt.¹¹⁶ Von 1.097 Konten des *libro real novo* wurden 596 Privatkonten („personal accounts“) als Ausgangspunkt für die Erstellung eines egozentrierten Netzwerks erster Ordnung, d.h. sämtliche Verbindungen des Soranzo-Unternehmens mit den Konteninhabern, ausgewählt.¹¹⁷ Als Ergebnis der Untersuchung zeigte sich, dass Beziehungen, die über Heirat vermittelt wurden, gegenüber verwandtschaftlichen Beziehungen vorrangig und auch enger waren. Weiters war der hohe Anteil an Ausländern im Kern des Soranzo-Netzwerks auffällig, darunter größtenteils süddeutsche Händler, welche eine Brückenfunktion im Netzwerk einnahmen.¹¹⁸

4.5 Methoden der Sozialen Netzwerkforschung

Die Netzwerkanalyse baut nicht zuletzt auf der Graphentheorie, einer Teildisziplin der Mathematik, auf.¹¹⁹ Ein Netzwerkgraph setzt sich aus mit Linien (Kanten) verbundenen Elementen (Knoten) zusammen. Je nachdem, ob die Beziehungen zwischen zwei Akteuren symmetrisch oder asymmetrisch sind, spricht man von ungerichteten oder gerichteten Kanten. Enthält ein Graph nur jeweils eine der genannten Kantenarten, handelt es sich entsprechend um ungerichtete bzw. gerichtete Graphen, enthält er beide, um einen sogenannten gemischten Graph. Bestehen zwischen zwei Akteuren verschiedene Arten der Beziehung, wird dies mittels Mehrfach- bzw. parallelen Kanten dargestellt. Ein Graph, welcher diese Art von Kanten beinhaltet, heißt Multigraph. „Schlichte Graphen“ weisen

dell'integrazione europea. selezione di ricerche = Maritime Networks as a Factor in European Integration. Selection of essays (Atti delle „Settimane di Studi“ e altri convegni 50), Firenze 2019, 229–253.

¹¹⁵ Ebd., 233.

¹¹⁶ Vgl. ebd., 233–235.

¹¹⁷ Vgl. ebd., 236–239.

¹¹⁸ Ebd., 247f.

¹¹⁹ Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch, 339.

hingegen weder Mehrfachkanten noch Schleifen, das sind Kanten, welche die Beziehung eines Akteurs mit sich selbst beschreiben, auf. Bewertete Graphen enthalten schließlich Knoten und/oder Kanten mit qualitativer oder quantitativer Dimension.¹²⁰

Netzwerke lassen sich nicht nur graphisch, sondern auch mathematisch in Form einer Beziehungsmatrix darstellen. Mittels einer rechteckigen Anordnung von Zahlen, der Matrix, wird das Vorhandensein oder Fehlen jeder möglichen Beziehung zwischen zwei Akteuren, der (Knoten-) Dyade, festgehalten, womit Berechnungen ermöglicht werden, die sich entweder auf Teile des Netzwerkes, angefangen von einzelnen Knoten oder Kanten, oder auf das gesamte Netzwerk beziehen.¹²¹

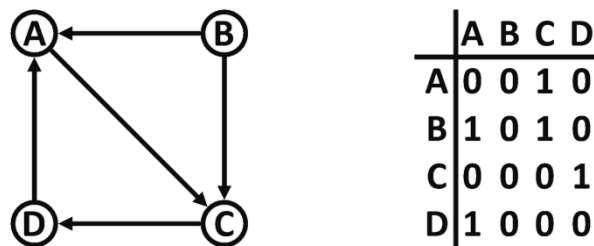


Abb. 2: Gerichteter Graph (links) und indizierte Beziehungsmatrix (rechts)

Desweiteren bestehen diverse Kennzahlen zur Beschreibung und Analyse von Netzwerken. Netzwerkumfang und -dichte geben etwa das Verhältnis von theoretisch möglichen zu tatsächlich vorhandenen Verbindungen wieder¹²², wohingegen der Parameter „Zentralität“ die Nähe eines Knotens zu allen anderen (Closeness-Zentralität)¹²³, die Anzahl der Verbindungen je Knoten (Degree-Zentralität)¹²⁴ bzw. der über einen Knoten laufenden kürzesten Netzwerkpfade (Betweenness-Zentralität)¹²⁵ misst. Akteure mit einer hohen Betweenness fungieren als „Broker“ im Netzwerk, d.h. sie besitzen einen „privilegierten

¹²⁰ Ulrik Brandes, Graphentheorie, in: Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch, 345–353, hier: 347–349.

¹²¹ Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch, 339f.; Jürgen Lerner, Beziehungsmatrix, in: Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch, 355–364, hier: 355. Daneben gibt es noch eine Vielzahl weiterer Graphentypen, welche im zitierten Aufsatz ebenfalls beschrieben werden.

¹²² Christoph Boyer, Netzwerke und Geschichte: Netzwerktheorien und Geschichtswissenschaften, in: Unfried u. a., Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen, 47–58, hier:48.

¹²³ Peter Mutschke, Zentralitäts- und Prestigemaße, in: Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch, 365–378, hier: 367.

¹²⁴ Jan A. Fuhse, Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden, Konstanz—München ²2018, 57. Im Folgenden zitiert als: Fuhse, Soziale Netzwerke.

¹²⁵ Ebd., 61.

Zugang zu Informationen, die andere nicht oder später erhalten“.¹²⁶ In einem engen Zusammenhang dazu stehen zum einen die bereits erwähnten Arbeiten von Mark Granovetter über die Stärke schwacher Verbindungen, zum anderen das darauf aufbauende Konzept der „strukturellen Löcher“ des amerikanischen Soziologen Ronald S. Burt. Für ihn ist weniger die Stärke der Beziehung als die Fähigkeit eines Akteurs, ansonsten unverbundene Netzwerkteile zu überbrücken, von Bedeutung. Burt zeigte am Beispiel eines großen amerikanischen Unternehmens, dass der informelle, über persönliche Beziehungen vermittelte Zugang zu anderen Unternehmensabteilungen bzw., allgemeiner gesprochen, weiter entfernten Netzwerkbereichen sowohl den beruflichen Aufstieg als auch die Entstehung von guten Ideen fördert.¹²⁷

Während die genannten Zentralitätsmaße einzelne Knoten und damit Akteure im Blick haben, dienen die Methoden des Triaden¹²⁸-Zensus und der Cliquenanalyse der Untersuchung von lokalen Strukturen in Netzwerken.¹²⁹ Als Clique wird ein Netzwerkbereich definiert, der durch drei oder mehr vollständig miteinander verbundene Akteure gekennzeichnet ist. Überschneidungen von mehreren Cliquen sind möglich, jedoch darf eine Clique nie gänzlich in einer anderen enthalten sein. Sogenannte n -Cliquen erleichtern die Bildung größerer Cliquen, da sie auch Verbindungen mit zwei oder mehr Schritten (mit dem Schwellenwert n) erlauben. Vermittelnde Knoten können dabei auch außerhalb der eigentlichen Clique liegen. Der Wert für n sollte nicht zu groß gewählt werden, da ansonsten zusammenhängende Strukturen kaum mehr als solche erkennbar sind. Üblicherweise wird der Wert für n mit 2 festgelegt.¹³⁰ Die Blockmodellanalyse wiederum betrachtet Netzwerke als Ganzes und stellt ferner ein Verfahren zur Reduzierung und Vereinfachung von großen und unübersichtlichen Netzwerken dar.¹³¹ Im Unterschied zur Cliquenanalyse werden hierbei auch nicht vorhandene Beziehungen, Löcher und Grenzen von Netzwerken

¹²⁶ Fuhse, Soziale Netzwerke, 61.

¹²⁷ Ebd., 63–65

¹²⁸ Analog zur Dyade, der Verbindung zweier Knoten als kleinste mögliche Einheit der Netzwerkanalyse (Dorothea Jansen, Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2003, 60.), setzt sich die Triade aus drei Knoten und den zwischen ihnen vorhandenen Verbindungen zusammen.

¹²⁹ Fuhse, Soziale Netzwerke, 77.

¹³⁰ Vgl. ebd., 72–74., Volker G. Täube, Cliquen und andere Teilgruppen sozialer Netzwerke, in: Stegbauer / Häußling (Hg.), Handbuch, 397–406, hier: 397–404.

¹³¹ Ebd.; Martin Stark, Netzwerkberechnungen. Anmerkungen zur Verwendung formaler Methoden, in: Düring et al. (Hg.), Handbuch, 155–171, hier: 168.

untersucht.¹³² Die Vorgehensweise bei einer Blockmodellanalyse besteht im Wesentlichen darin, strukturell äquivalente, also ein gleiches Beziehungsmuster aufweisende Akteure¹³³ gemeinsam zu Positionen zu gruppieren und danach die Beziehungen zwischen bzw. innerhalb dieser Positionen zu untersuchen.¹³⁴

Daneben existiert noch eine Reihe weiterer Methoden¹³⁵, von denen im nächsten Abschnitt die egozentrierte Netzwerkanalyse näher beleuchtet werden soll, da einerseits die Staribacher-Tagebücher mit einiger Berechtigung als ein egozentriertes Netzwerk gesehen werden können, sich andererseits aber gerade am Beispiel der egozentrierten Netzwerkanalyse auch die Grenzen der Anwendbarkeit sozialwissenschaftlicher Methoden auf historische Fragestellungen zeigen.

4.6 Egozentrierte Netzwerke

Unter egozentrierten Netzwerken wird zum einen ein bestimmter Netzwerktyp verstanden. Der Stuttgarter Sozialwissenschaftler Uwe Pfenning unterscheidet entsprechend der jeweiligen Untersuchungseinheit folgende Typen sozialer Netzwerke:

- Totales Gesamtnetzwerk: alle individuellen Interaktionen in einer Gruppe oder sozialen Einheit
- Partiales Gesamtnetzwerk: ausgewählte Interaktionen
- Egozentriertes Netzwerk: Dyaden einer Person und Netzstruktur dieser Dyaden
- Strukturnetzwerk: Organisationen und Interaktionen¹³⁶

Zum anderen ist mit dem Begriff „egozentrierte Netzwerke“ bzw. „egozentrierte Netzwerkanalyse“ auch eine qualitative Erhebungsmethode mittels standardisierter

¹³² Richard Heidler, Positionale Verfahren (Blockmodelle), in: Stegbauer / Häußling, Handbuch, 407–420, hier: 407. Im Folgenden zitiert als: Heidler, Positionale Verfahren.

¹³³ Vgl. auch Abschnitt „Geschichte der Sozialen Netzwerkforschung“, S. 23–25.

¹³⁴ Heidler, Positionale Verfahren, 407.

¹³⁵ Vgl. u.a. Stegbauer / Häußling, Handbuch, 421–521.

¹³⁶ Uwe Pfenning, Soziale Netzwerke in der Forschungspraxis, Darmstadt 1996, 14. Zit. n. Hans-Peter Burth, Steuerung unter der Bedingung struktureller Koppelung. Ein Theoriemodell soziopolitischer Steuerung, Wiesbaden 1999, 257.

Interviews¹³⁷ gemeint. Hierbei stehen die Beziehungen eines zentralen Akteurs („Ego“; in der Regel die befragte Person) zu anderen Akteuren („Alteri“) und den Beziehungen dieser anderen Akteure untereinander („Alter-Alter-Relationen“) im Mittelpunkt des Interesses.¹³⁸

Dass sich diese Methode nicht so ohne Weiteres auf die Geschichtswissenschaft übertragen lässt, ist offenkundig. Der Hallenser Historiker Peter Hertner beschreibt jedoch einen Ausweg, welcher auch im Rahmen des Projekts der Staribacher-Tagebücher besprochen wurde:

„Für den Historiker oder die Historikerin wird es also darauf ankommen, die spezifischen Eigenschaften qualitativer Netzwerkanalyse, nämlich die Möglichkeit, egozentrierte und mehrdimensionale Vorstellungen durch qualitative Interviews zu erschließen [...], durch den Rückgriff auf historische Quellen sozusagen zu ersetzen.“

Dies könnten auch, so Hertner weiter, die Münchner Soziologin Helga Pelizäus-Hoffmeister zitierend, „Briefe, Tagebücher und Autobiographien“ sein.¹³⁹ Ähnlich argumentiert auch Bonnie H. Erickson, wobei sie den Unterschied zwischen egozentrierter und umfassender, ein Gesamtnetzwerk voraussetzender Datenerhebung betont:

„But the egocentric approach is by no means limited to present-day surveys; historical records also contain information about egocentric networks such as past persons' networks (as revealed in their letters or diaries, for example), or defunct companies' suppliers and customers (as shown in company books perhaps). As these hypothetical examples suggest, one can sometimes collect egocentric data when whole network data are not available, because not everyone wrote letters, not all companies kept books, not all actors' records survived.“¹⁴⁰

¹³⁷ Fuhse, Soziale Netzwerke, 113.

¹³⁸ Andreas Herz, Erhebung und Analyse ego-zentrierter Netzwerke, in: Sabrina Kulin / Keno Frank / Detlef Fickermann / Knut Schwippert (Hg.), Soziale Netzwerkanalyse. Theorie – Praxis – Methoden, Münster 2012, 133–150, hier: 133.

¹³⁹ Peter Hertner, Das Netzwerkkonzept in der historischen Forschung. Ein kurzer Überblick, in: Michael Bommes, Veronika Tacke (Hg.), Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft, Wiesbaden 2011, 67–86, hier: 70.

¹⁴⁰ Erickson, Review Essay, 150f. Die Autorin wirft jedoch ein weiteres Problem auf, da sie nur Gesamtnetzwerken die Eigenschaft zubilligt, die Struktur, das Muster sozialer Beziehungen, welches soziale Akteure miteinander verbindet, abzubilden, wohingegen egozentrierte Netzwerke auch durch die individuellen Attribute ihrer Akteure erklär- und analysierbar seien (S. 149, 151). Ihrer Auffassung nach ist daher einer auf Gesamtnetzwerke abzielenden Betrachtung gegenüber egozentrierten Ansätzen stets der Vorzug zu geben, sofern sich erstere als machbar erweisen sollten. Die Nichtberücksichtigung („omission“, S. 151) von egozentrierten Netzwerken im Rahmen der Sozialen Netzwerkanalyse, wie sie Erickson wohl unter Rückgriff auf das von ihr rezensierte Lehrbuch von Wasserman und Faust postuliert (vgl. Wasserman / Faust, Social Network Analysis, 42f.), findet gleichwohl keinen Niederschlag in rezenten Darstellungen, in welchen egozentrierte

Da die Wirtschaftspolitik der Ära Kreisky allenfalls am Rande vom Handelsministerium geprägt wurde, dessen Aufwertung zu einem Wirtschaftsministerium, obwohl ursprünglich angedacht und auch von Josef Staribacher erhofft, unterblieb¹⁴¹, sieht sich das Projekt Staribacher-Tagebücher mit der Herausforderung konfrontiert, über eine formal egozentrierte Quelle zu verfügen, an deren zentralem Ego aber nicht, wenigstens nicht primär, interessiert zu sein. Deshalb wird Josef Staribacher im Rahmen dieses Projekts nicht als Autor seines politischen Tagebuchs, sondern vielmehr als (politischer) Chronist seiner Zeit aufgefasst. Die auf der Grundlage seines Werks generierten Netzwerke werden in weiterer Folge trotz dessen subjektiver Perspektive wie Gesamtnetzwerke behandelt, in denen der Autor nur dann erscheint, wenn er sich selbst in der dritten Person namentlich erwähnt.

Linda von Keyserlingk-Rehbein wählte in ihrem zuvor behandelten Buch eine ähnlich pragmatische Vorgehensweise. Wenngleich ihre Arbeit nicht auf egozentrierten Quellen in einem engeren Sinn basiert, ist doch die Grundproblematik ähnlich gelagert: Die verwendeten NS-Quellen erlaubten aufgrund ihrer gefärbten Sichtweise keinen vollständigen Einblick in das Verschwörernetzwerk des 20. Juli 1944, mithin konnten nicht alle Akteure identifiziert und vor allem nicht alle Verbindungen zwischen ihnen rekonstruiert werden. Dennoch erstellte Keyserlingk-Rehbein keine egozentrierten Netzwerke um Nationalsozialisten oder nationalsozialistische Institutionen herum, sondern wählte als Untersuchungsgegenstand den Typ des Gesamtnetzwerks¹⁴² – ein Gesamtnetzwerk, das sich in diesem Fall ausschließlich aus Beteiligten des Umsturzversuchs zusammensetzt. Zur Kontrastierung der NS-Perspektive zog sie, wie bereits erwähnt, klassisch-geschichtswissenschaftlich biographische Zeugnisse exemplarisch ausgewählter Verschwörer als zusätzliche Quellen heran.

Da sich die engen methodischen Grenzen, welche die Sozialwissenschaft der Netzwerkanalyse setzt, nicht, wie eben gezeigt wurde, ohne Adaptierungen auf die Geschichtswissenschaft übertragen lassen, jene vielmehr in vielen Fällen eine Anwendung

Netzwerke einen festen Platz im Methodenbaukasten der Sozialen Netzwerkanalyse einnehmen. Vgl. Fuhse, *Soziale Netzwerke*, 113–137.; Stegbauer / Häußling (Hg.), *Handbuch*, 471–483.

¹⁴¹ Vgl. Theodor Venus, *Der „harte“ Schilling – Währungspolitik im Widerstreit der Meinungen und Interessen*, in: *Projektbericht 11679*, 5–40, hier: 9. Ders., *Die erste Ölkrise 1973/74 und ihre Folgen – eine Fallstudie zur österreichischen Energiepolitik in der Ära Kreisky*, in: *Projektbericht 11679*, 110–200, hier: 124.

¹⁴² Keyserlingk-Rehbein, *Clique*, 44.

der Netzwerkanalyse auf geschichtswissenschaftliche Fragestellungen verunmöglichen würden, skizzierte Linda von Keyserlingk gemeinsam mit Marten Düring eine eigene Methode der Historischen Netzwerkanalyse, im Zuge derer zuerst die „Beziehungsstrukturen eines sozialen Netzwerkes in standardisierter Form erhoben, mit Hilfe geeigneter Software analysiert und deren Ergebnisse schließlich zusammen mit den Befunden der traditionellen Quellenauswertung interpretiert“ werden.¹⁴³ Die im Rahmen des gegenständlichen Projekts angewandte Methode orientiert sich an dieser Vorgehensweise, wobei es die Quellengattung Tagebuch erlaubt, dieses gleichermaßen als Grundlage der Datenerhebung und Quelle zur Überprüfung der Ergebnisse heranzuziehen. Dies ersetzt allerdings nicht ein weitergehendes Quellen- und Literaturstudium, welches schon allein zur Kompensation der subjektiven Perspektive Josef Staribachers erforderlich ist.

4.7 Analyse des Personennetzwerks von Josef Staribacher

4.7.1 Methode

Das Personennetzwerk rund um Josef Staribacher, wie es in dessen Tagebüchern der Jahre 1970 bis 1983 seinen Niederschlag gefunden hat, stellt einen der beiden Untersuchungsgegenstände dieses Projekts dar. Erfasst wurden nur namentliche Nennungen, sei es, wie in den allermeisten Fällen, mit Nachnamen, mit Vornamen oder vollständigem Namen, nicht aber bloße Nennungen der Funktion oder Personalpronomen. Nach dem Abschluss der Texterkennung und -korrektur sowie der Generierung der die OCR-Texte enthaltenden XML-Dateien wurden diese dem ACDH der ÖAW übermittelt und dort mithilfe des Programms "spaCy" geparkt, d.h. in diesem konkreten Anwendungsfall, dass zwischen zwei markierten Personen bestimmte Wörter, die eine Verbindung zwischen diesen beiden Personen signalisieren, identifiziert und auf dieser Basis formelle Relationen angelegt wurden. Diese werden Netzwerkgraph als Kanten zwischen den Knoten visualisiert, wobei sich die Kantenstärke an der Anzahl der Relationen orientiert.

¹⁴³ Marten Düring / Linda von Keyserlingk, Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung historischer Prozesse, in: Rainer Schützeichel, Stefan Jordan (Hg.), Prozesse. Formen, Dynamiken, Erklärungen, Wiesbaden 2015, 337–350, hier: 342, URL: https://www.researchgate.net/publication/300723171_Netzwerkanalyse_in_den_Geschichtswissenschaften_Historische_Netzwerkanalyse_als_Methode_fur_die_Erforschung_von_historischen_Prozessen (abgerufen 28.7.2020).

Die nächsten Schritte galten der Vorbereitung der Netzwerkanalyse. Zuerst wurde eine Liste der in den projektrelevanten Jahrgängen der Tagebücher am häufigsten genannten Personen erstellt. Diese wurden entsprechend ihrer Closeness-Zentralität gereiht und bei den ersten 300 Geschlecht, Lebensdaten, Tätigkeit („profession“), Institution und Wirkungsorte annotiert. Darauf aufbauend sollten folgende Fragen geklärt werden:

- Welche Expertinnen und Experten traten 1973/74, welche 1980/81 in Erscheinung?
- Inwieweit spiegeln sich die regionalen Krisenherde, exemplarisch die Steiermark, in den jeweiligen Personennetzwerken der beiden Zeitperioden wider?
- Wann traten welche Betriebsrätinnen und Betriebsräte von Unternehmen (in Abgrenzung zu den Personalvertretern im Handelsministerium) jeweils in Erscheinung?
- Zeichnen sich in den umfassenden Netzwerken der beiden Krisenperioden jeweils klare Personencluster ab?

Als Ausgangspunkt für die Netzwerkanalyse wurden zuerst Personennetzwerke jeweils für die erste bzw. die zweite Krisenperiode erstellt, aus diesen in einem nächsten Schritt unter Zuhilfenahme der zuvor genannten Annotationen je nach Fragestellung die relevanten Personen gefiltert wurden. Bei der seitens des Kreisky-Archiv-Projektteams genutzten Visualisierungssoftware handelt es sich um das Open-Source-Programm „Gephi“. Dem Layout des Graphen liegt jeweils der „Force-Atlas“-Algorithmus zugrunde, welcher auf der Vorstellung basiert, dass im Netzwerkgraphen solange Anziehungs- (Knoten) und Abstoßungskräfte (Kanten) wirken, bis ein Gleichgewichtszustand erreicht ist. Relevant für die Interpretation eines Graphen ist vor allem die relative Lage der Knoten zueinander und inwieweit sie eher im Zentrum oder eher in der Peripherie gelegen sind, wohingegen der Umstand, ob ein Knoten links oder rechts, oben oder unten situiert ist, keine Rolle spielt¹⁴⁴.

4.7.2 Expertinnen und Experten

In Bezug auf die erste Frage gilt es zunächst zu erläutern, anhand welcher Kriterien eine Person als Expertin bzw. Experte eingestuft wurde: Unter Expertinnen bzw. Experten werden

¹⁴⁴ Keyserlingk-Rehbein, Clique, 61.

solche Personen verstanden, die in einem Fachgebiet besonderes Wissen erworben haben und dieses in weiterer Folge auch im Rahmen ihrer Tätigkeit anwandten. Expertenwissen war nicht zuletzt für den gesellschaftlichen Ordnungsrahmen konstitutiv, welcher von etwa 1930 bis in die 1970er-Jahre fast weltweit vorherrschend und durch ein fordistisches Produktionsregime sowie mehr oder weniger dirigistische Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Geschehen charakterisiert war. Expertinnen und Experten waren es, wie der Oldenburger Historiker Thomas Etzemüller formuliert, die die „Dynamik moderner Gesellschaften“ steuerten, indem sie „mit kühlem Kopf, auf strikt empirischer Basis, Prozesse und systemische Zusammenhänge“ erkannten, diese analysierten und auf dieser Basis „rationale Lösungswege in die Zukunft hinein“ planten.¹⁴⁵ Um das Jahr 1980 verlor „der feste politische und soziale Rahmen für Expertenkultur, Wirtschaft und Regierung“ jedoch dem Tübinger Historiker Anselm Doering-Manteuffel zufolge „seine Bindekraft“, nachdem dem fordistischen Produktionsregime bereits zuvor in kurzer Folge die Grundlagen entzogen worden waren: 1971 durch das Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse, 1973 durch den rapiden Ölpreisanstieg, welcher die erste Ölkrise einleitete, sowie ab 1975 durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den meisten Industrienationen infolge von Produktions- und Absatzkrisen etwa im Bereich der Stahlindustrie.¹⁴⁶

Es soll an dieser Stelle noch kurz auf den Begriff „Technokrat“ eingegangen werden, worunter im Folgenden wertfrei eine Person verstanden wird, die in einer noch stark von dirigistischen Eingriffen geprägten Wirtschaft wie der österreichischen der Jahre 1970 bis 1983 verwaltend tätig ist bzw. handelt. Josef Staribacher selbst verwendet diesen Begriff für die „untere Ebene“ der Sozialpartnerschaft und nennt explizit Hannes Farnleitner, Handelskammer, Erich Schmidt, ÖGB, sowie Hermann Blaha, Arbeiterkammer.¹⁴⁷

Die beiden Graphen für die Jahre 1973/74 bzw. 1980/81 wurden jeweils um die Person Bruno Kreisky (roter Knoten) ergänzt, weil die Aussagekraft eines selbstreferentiellen Expertennetzwerkes begrenzt erscheint. Ferner erfolgte eine besondere Hervorhebung der

¹⁴⁵ Thomas Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, in: Ders. (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert (Histoire 9), Bielefeld 2009, 11–39, hier: 20. Sammelband im Folgenden zitiert als: Etzemüller (Hg.), Ordnung.

¹⁴⁶ Anselm Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung“ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: Etzemüller (Hg.), Ordnung, 41–64, hier: 60.

¹⁴⁷ Staribacher-Tagebücher, 17.5.1974, Bd. 21, 608.

Ökonomen mittels blauer Farbe, während die sonstigen Expertinnen und Experten grau dargestellt sind. Die Kantenfarbe ergibt sich aus der Mischung der Farbe der Knoten, welche die betreffende Kante verbindet. Die Knotengröße orientiert sich wiederum an ihrer Betweenness-Zentralität. Zwecks besserer Anschaulichkeit folgt die Zunahme der Knotengröße einer degressiv ansteigenden Kurve. Das Layout der beiden Visualisierungen wurde nach Anwendung des Force-Atlas-Algorithmus nur insoweit geändert, als isolierte Knoten näher an das jeweilige Netzwerk gerückt und im Fall von Überlappungen der Labels, also der Knotenbeschriftungen, die betreffenden Knoten soweit verschoben wurden, bis eine gute Lesbarkeit der Labels sichergestellt war. Weitere geringfügige Knotenverschiebungen ergaben sich aus zu nah aneinander vorbeiführenden Kanten, weil andernfalls die jeweilige Knotenzugehörigkeit nicht klar erkennbar gewesen wäre.

Zunächst wird der Graph für die Periode 1973/74 samt einer Tabelle, in welcher die Betweenness-Zentralitäten der in dem Graph dargestellten Knoten bzw. Akteurinnen und Akteure aufgelistet sind, gezeigt.

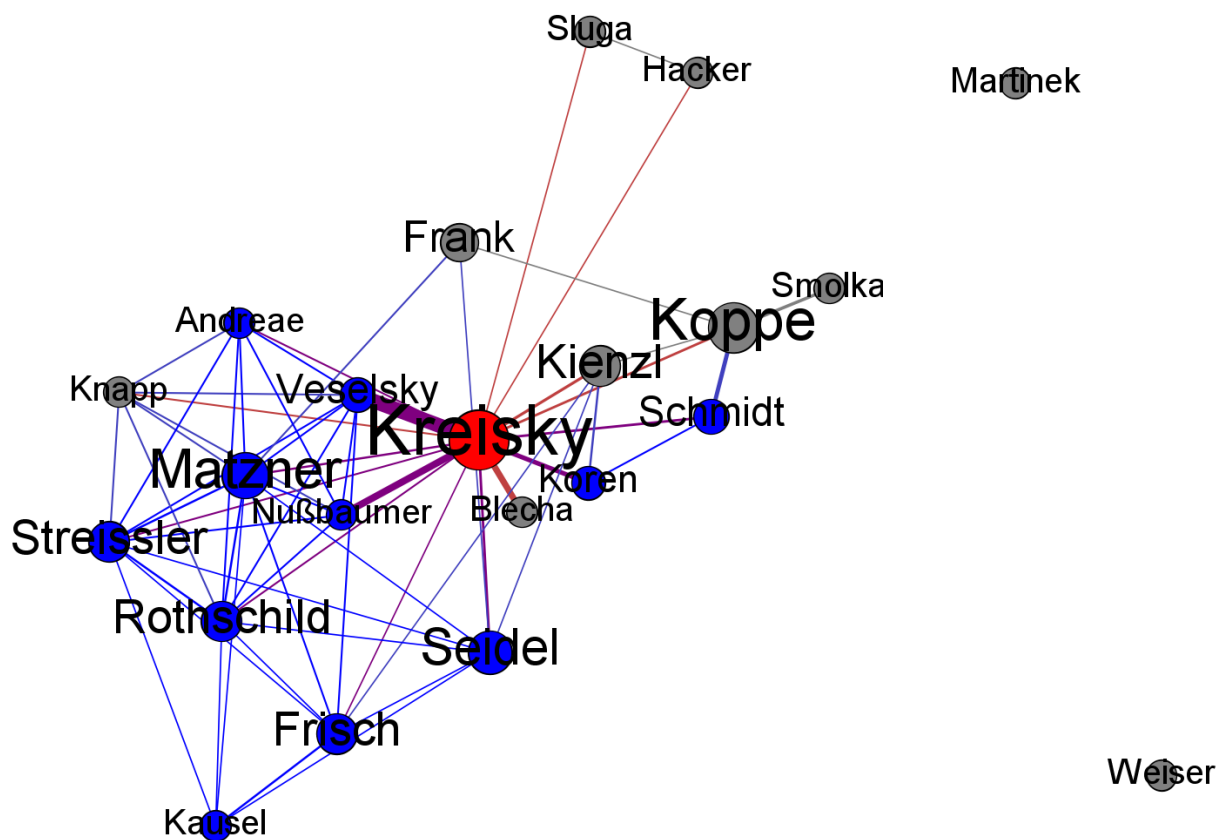


Abb. 3: Expertennetzwerk 1973/74

Name (Fachgebiet)	Betweenness-Zentralität
Andreae, Clemens August	0
Blecha, Karl (Meinungsforschung)	0
Frank, Wilhelm (Energie)	2,111
Frisch, Helmut	4,180
Hacker, Friedrich (Psychiatrie)	0
Kausel, Anton	0
Kienzl, Heinz (Meinungsforschung)	4,397
Knapp, Horst (Ökonomie)	0
Koppe, Fritz (Konsumentenschutz)	21,667
Koren, Stephan	0,333
Kreisky, Bruno	92,042
Martinek, Oswin (Arbeitsrecht)	0
Matzner, Egon	11,887
Nußbaumer, Adolf	0
Rothschild, Kurt	4,165
Schmidt, Erich	0,833
Seidel, Hans	7,619
Sluga, Willibald (Psychiatrie)	0
Smolka, Franziska (Konsumentenschutz)	0
Streissler, Erich	4,165
Veselsky, Ernst Eugen	0,6
Weiser, Peter (ab 1977: Energie ¹⁴⁸)	0

Tab. 1

Es fällt sofort auf, dass Ökonomen sehr zahlreich im Expertennetzwerk¹⁴⁹ 1973/74 sind. Scheidet man die beiden isolierten Knoten rechts, den Journalisten und Musikmanager Peter Weiser sowie den Ministerialbeamten Oswin Martinek, Experte für Arbeitsrecht, aus, so bilden sie mit elf von insgesamt 20 Expertenknotten sogar eine knappe Mehrheit. Unter den sonstigen Expertenknotten befinden sich zwei Knotenpaare, deren Akteure jeweils durch ihr Tätigkeitsfeld verbunden sind, zum einen die Psychiater Friedrich Hacker und Willibald Sluga, zum anderen die im Bereich des Konsumentenschutzes engagierten Persönlichkeiten Fritz Koppe und Franziska Smolka. Koppe besitzt mit 21,7 (gerundet) die zweithöchste Betweenness-Zentralität im Expertennetzwerk, was unter anderem in der Brückenfunktion für die ansonsten mit dem Netzwerk unverbundene Franziska Smolka seinen Ausdruck

¹⁴⁸ hier aus Gründen der Kontinuität bzw. Vergleichbarkeit berücksichtigt

¹⁴⁹ Expertise, die direkt im Bundeskanzleramt angesiedelt und daher für Kreisky jederzeit verfügbar war, zu nennen wäre etwa der Verfassungsdienst, wird im Folgenden nicht berücksichtigt. Da es jedoch widersinnig erscheint, den Ökonomen Nußbaumer wegen seines *Aufstiegs* zum Staatssekretär für wirtschaftliche Koordination im Bundeskanzleramt 1977 aus dem zweiten Netzwerk zu entfernen, wurden Nußbaumer und sein Vorgänger Veselsky in beide Visualisierungen aufgenommen.

findet. Ein weiteres funktional, aber nunmehr nicht direkt miteinander verbundenes Knotenpaar bilden Karl Blecha und Heinz Kienzl, welche vorrangig als Meinungsforscher (IFES bzw. SWS) in Erscheinung traten. Verbleibende sonstige Experten sind Wilhelm Frank, ab 1974 Chef der Energiesektion im Handelsministerium, sowie der Wirtschaftsjournalist Horst Knapp, dessen Expertise offenbar einen ähnlichen Stellenwert besaß wie diejenige der gehäuft neben seinem Knoten erscheinenden Ökonomen.

Von diesen sind wiederum Erich Schmidt und Stephan Koren relativ klar abgegrenzt; die damals eher als gewerkschaftlicher Technokrat bzw. Parteipolitiker denn als ausgewiesene Ökonomen in Erscheinung traten. Im Ökonomencluster links¹⁵⁰ dominieren, was nicht weiter überrascht, Ökonomen, welche der SPÖ nahestanden oder ihr angehörten. Bei Adolf Nußbaumer und Hans Seidel ist eine besondere Nähe zu Kreisky erkennbar, ihr späterer Aufstieg zu Staatssekretären in den Kabinetten Kreisky III bzw. IV erscheint vor diesem Hintergrund nachgerade folgerichtig. Nußbaumer besitzt darüber hinaus innerhalb des Netzwerks nach Staatssekretär Ernst Eugen Veselsky die zweitstärksten Bindungen an Kreisky, Seidel immerhin die viertgrößte Betweenness-Zentralität. Noch höher, Platz drei, ist sie im Falle Egon Matzners, auf beide folgen in absteigender Reihenfolge Heinz Kienzl, Helmut Frisch, Kurt Rothschild und Erich Schmidt; Veselsky ist trotz seiner herausragenden Stellung als Staatssekretär mit einem Wert von 0,6 noch dahinter. Anton Kausel, bis Ende Juli 1973 im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, danach im Statistischen Zentralamt tätig, besitzt eine Betweenness von null und ist auch der einzige des Clusters, welcher keine Beziehung zu Kreisky aufweist. Eine ähnlich randständige Stellung innerhalb des Netzwerkes nimmt aufseiten der angebotsorientierten Ökonomen Clemens August Andreae ein, mit dem nicht unerheblichen Unterschied einer direkten Verbindung zu Kreisky. Der nach Andreae zweite und innerhalb dieser Clusterbetrachtung zugleich letzte angebotsorientierte Ökonom ist Erich Streissler, welcher exakt dieselbe Betweenness besitzt wie der Keynesianer Kurt Rothschild. Generell zeigt das vorliegende Experten- bzw. Ökonomennetzwerk also, dass Kreisky und damit seine Regierung einem keynesianischen Mainstream folgten, daneben aber auch Stimmen aus dem „gegnerischen“,

¹⁵⁰ Eine formelle Clusteranalyse auf Basis des Modularitätsalgorithmus zur „Community“-Erkennung (vgl. die Kapitel zu den Forschungsfragen 3 und 4) ergibt ein ähnliches Bild, nur dass dabei Wilhelm Frank anstelle von Adolf Nußbaumer und Ernst Eugen Veselsky in den betreffenden Cluster einbezogen wird, was in dieser Betrachtung jedoch wenig Sinn ergibt.

angebotsorientierten, der (ÖVP-) Opposition nahestehenden Lager gehört wurden. SPÖ-nahe marxistische Theoretiker wie z.B. Eduard März erscheinen hingegen vollends marginalisiert.

Bei der Bewertung der Ergebnisse gilt es aber unbedingt zu beachten, dass, auch wenn im Rahmen des gegenständlichen Projekts das Staribacher-Netzwerk als Gesamtnetzwerk behandelt, Staribacher selbst als Chronist seiner Zeit und nicht als Autor seines persönlichen Tagebuchs aufgefasst wurde, die Ego-Perspektive der zugrundeliegenden Quelle stets mitgedacht werden muss. Am deutlichsten zeigt sich dies am Beispiel von Fritz Koppe, dessen prominente Platzierung im Netzwerk nur dadurch zustandekommt, dass er zu Beginn des Betrachtungsraumes persönlicher Mitarbeiter von Josef Staribacher war und später als Geschäftsführer des Vereins für Konsumenteninformation weiter dem Handelsministerium verbunden blieb, da in diesem die Konsumentenschutzagenden angesiedelt waren.

Sieben Jahre später präsentierte sich das Expertennetzwerk um Bruno Kreisky unter Berücksichtigung der jeweiligen Betweenness-Zentralität wie folgt:

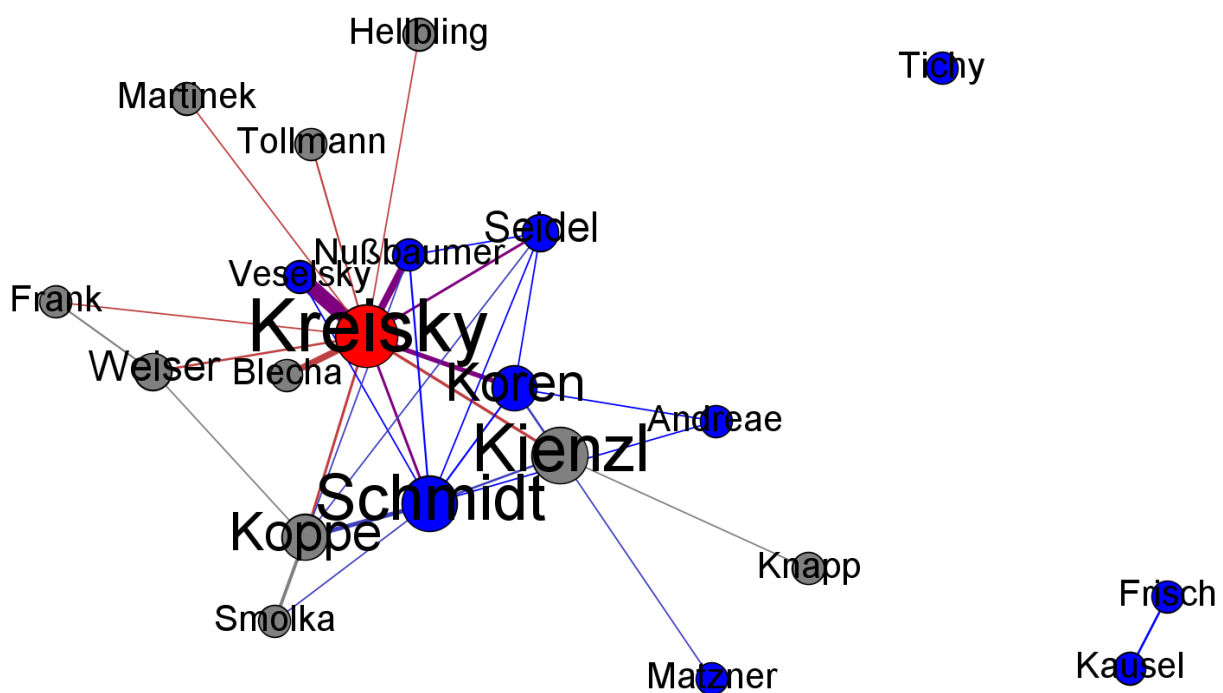


Abb. 4: Expertennetzwerk 1980/81

Name (Fachgebiet)	Betweenness-Zentralität
Andreae, Clemens August	0
Blecha, Karl (Meinungsforschung)	0
Frank, Wilhelm (Energie)	0
Frisch, Helmut	0
Hellbling, Ernst Carl (Verfassungsrecht)	0
Kausel, Anton	0
Kienzl, Heinz (Meinungsforschung)	31
Knapp, Horst (Ökonomie)	0
Koppe, Fritz (Konsumentenschutz)	7
Koren, Stephan	6,333
Kreisky, Bruno	83,5
Martinek, Oswin (Arbeitsrecht)	0
Matzner, Egon	0
Nußbaumer, Adolf	0
Schmidt, Erich	26,667
Seidel, Hans	0,667
Smolka, Franziska (Konsumentenschutz)	0
Tichy, Gunther	0
Tollmann, Alexander (Geologie)	0
Veselsky, Ernst Eugen	0
Weiser, Peter (Energie)	0,833

Tab. 2

Augenscheinlich ist, dass die Ökonomen an Zahl und Bedeutung verlieren. Der einzige neue Akteur unter den Ökonomen, der SPÖ-nahe Grazer Universitätsprofessor Gunther Tichy, ist zugleich der einzige isolierte Knoten der Visualisierung. Anton Kausel, der im Ökonomencluster des 1973er/74er-Netzwerks bereits eine periphere, mit dem „Fixstern“ Kreisky unverbundene Stellung innegehabt hat, ist nunmehr ebenfalls isoliert und bildet mit Helmut Frisch, den ein ähnliches Schicksal ereilt hat, eine einsame Knotendyade ganz am Rand. Im, wenn man so will, eigentlichen Netzwerkgraphen ist eine vergleichbare Entwicklung festzustellen. Einen Cluster „hauptberuflicher“ Ökonomen wird man vergeblich suchen. Nußbaumer und Seidel sind zu Staatssekretären ernannt worden, wohingegen die einzigen verbleibenden Universitätsprofessoren Andreae und Matzner in die Peripherie gewandert und ihrer Verbindungen zu Kreisky beraubt worden sind. Stephan Korens Beförderung zum höchsten Bankmanager Österreichs schlägt sich wiederum in einem gestiegenen Betweenness-Wert von 6,3 gegenüber 0,3 (jeweils gerundet) in den Jahren 1973/74 nieder. Fast analog stellt sich die Situation bei Erich Schmidt dar, dessen

Betweenness gleich von 0,8 auf 26,7 (wieder jeweils gerundet) steigt, womit er zum führenden Ökonomen des Netzwerks aufsteigt. Ernst Eugen Veselsky weist schließlich auch als einfacher Nationalratsabgeordneter die stärkste Bindung an Kreisky auf, während der Status seines Nachfolgers Nußbaumer im Vergleich zu 1973/74 praktisch unverändert ist.

Die sonstigen Experten samt weiterhin einziger Expertin konnten im Gegenzug alle in das eigentliche Netzwerk integriert werden, das isolierte Dasein der Knoten von Weiser und Martinek findet mithin sein Ende. Ersterer verdankt dies seinem Aufstieg zum ersten Leiter der im Jahr 1977 als Folge der Versorgungskrise 1973/74 neu gegründeten Energieverwertungsagentur. Weitere Neuzugänge sind der Geologe, Kernkraftgegner und spätere Grünenpolitiker Alexander Tollmann – das Thema Zwentendorf war auch nach der Volksabstimmung 1978 weiterhin präsent – sowie der Verfassungsrechtler Ernst Carl Hellbling, welcher am 14. Jänner 1980 im Zusammenhang mit Autonomiebestrebungen der Vorarlberger bzw. dem Versuch, diese einzuhegen, genannt wird.¹⁵¹ Kienzl steigt zum führenden Experten sowohl in der Kategorie „Sonstige“ als auch allgemein auf und löst damit Koppe als Betweenness-Zweitplatzierten hinter Kreisky ab, wobei an dieser Stelle wieder auf die Problematik der Staribacher'schen Ego-Perspektive hingewiesen werden soll. Diese betrifft im Übrigen im selben Maße die Personen Frank und Weiser, in einem weiteren Sinne auch Tollmann, da deren Auftreten jeweils mit dem Energiethema in Verbindung steht, welches wie der Konsumentenschutz zum Kompetenzbereich des Handelsministeriums zählte.

Zusammenfassend lässt sich also eine gewisse Desintegration unter den Ökonomen feststellen. Zentrale Mittler wie Matzner und Rothschild werden an den Rand gedrängt oder fallen überhaupt weg, an ihre Stelle treten mit Schmidt und Koren ein Gewerkschaftstechnokrat und ein Bankmanager, beide allenfalls mit Ökonomenhintergrund. Andererseits waren mit Nußbaumer und Seidel nunmehr gleich zwei Ökonomen Teil von Kreiskys Team, wenngleich als bloße Staatssekretäre keine formellen Angehörigen der Regierung. Generell scheint der Bedarf an Mittlern gesunken zu sein, weisen doch gleich 14 der insgesamt 21 Knoten eine Betweenness-Zentralität von null auf. In diesem Zusammenhang ist auch das Sinken der Kantendichte, das ist das Verhältnis der tatsächlich

¹⁵¹ Staribacher-Tagebücher, 14.1.1980, Bd. 53, 32.

vorhandenen zu potentiell möglichen Kanten, zu sehen, welche von 0,264 1973/74 auf 0,157 1980/81 gesunken ist. Spinnennetzförmige Unterstrukturen weichen solchen in Sternform.

4.7.3 Regionale Krisenherde

Die wirtschaftlichen Krisen der Ära Kreisky waren aufgrund der Konzentration der österreichischen Großindustrie auf typische Industrieregionen wie das niederösterreichische Industrieviertel oder die Obersteiermark regional unterschiedlich spürbar und erforderten daher speziell auf diese Gebiete zugeschnittene Antworten und Konzepte der Politik. Letzteres betraf auch strukturschwache Regionen wie das Burgenland oder das Waldviertel in Niederösterreich. Da im Rahmen der Netzwerkanalyse die Annotation lokaler Personenbezüge lediglich die Bundesländerebene umfasste, konnte als Untersuchungsgegenstand nur ein ganzes Bundesland in Frage kommen, wobei die Wahl auf die Steiermark fiel.

Hierbei zeigten sich allerdings die Grenzen des personenorientierten Analyseansatzes. Der mögliche Fallstrick, dass die Steiermark keineswegs als Ganzes eine Krisenregion war, die nur die staatliche und die Bundesländerebene abdeckende Annotation der räumlichen Bezüge folglich unzureichend gewesen sein könnte, wurde dadurch ins Gegenteil gekehrt, dass sich eine Erweiterung des Personenkreises auf solche Personen, die auch in den ebenfalls industriell geprägten Bundesländern Nieder- und Oberösterreich wirkten, als notwendig erwies, denn lediglich sechs Personen sind in den beiden Netzwerken mit dem Wirkungsort Steiermark annotiert. Die Aussagekraft der Analyse wurde zusätzlich noch dadurch vermindert, dass die meisten der betreffenden Personen ebenfalls einen konkreten Krisenbezug vermissen lassen. Dieser lässt sich allenfalls bei den in den Netzwerken vorkommenden Landespolitikern vermuten, weshalb die Knoten von Akteurinnen und Akteuren, die vorwiegend auf Länderebene und darunter aktiv waren, in einem dunkleren Farbton gehalten sind. Die Wirkungsorte Steiermark, Nieder- und Oberösterreich spiegeln sich in den Knotenfarben grün, blau bzw. dunkelgelb/orange wider, Kreisky erscheint wieder rot und die Knotengröße orientiert sich, um Redundanz zu den Netzwerken des letzten Abschnitts zu vermeiden, an der Degree-Zentralität. Die Zunahme der Knotengröße ist linear, also proportional zu den entsprechenden Degree-Werten, auf deren gesonderte Auflistung

diesmal verzichtet wird.

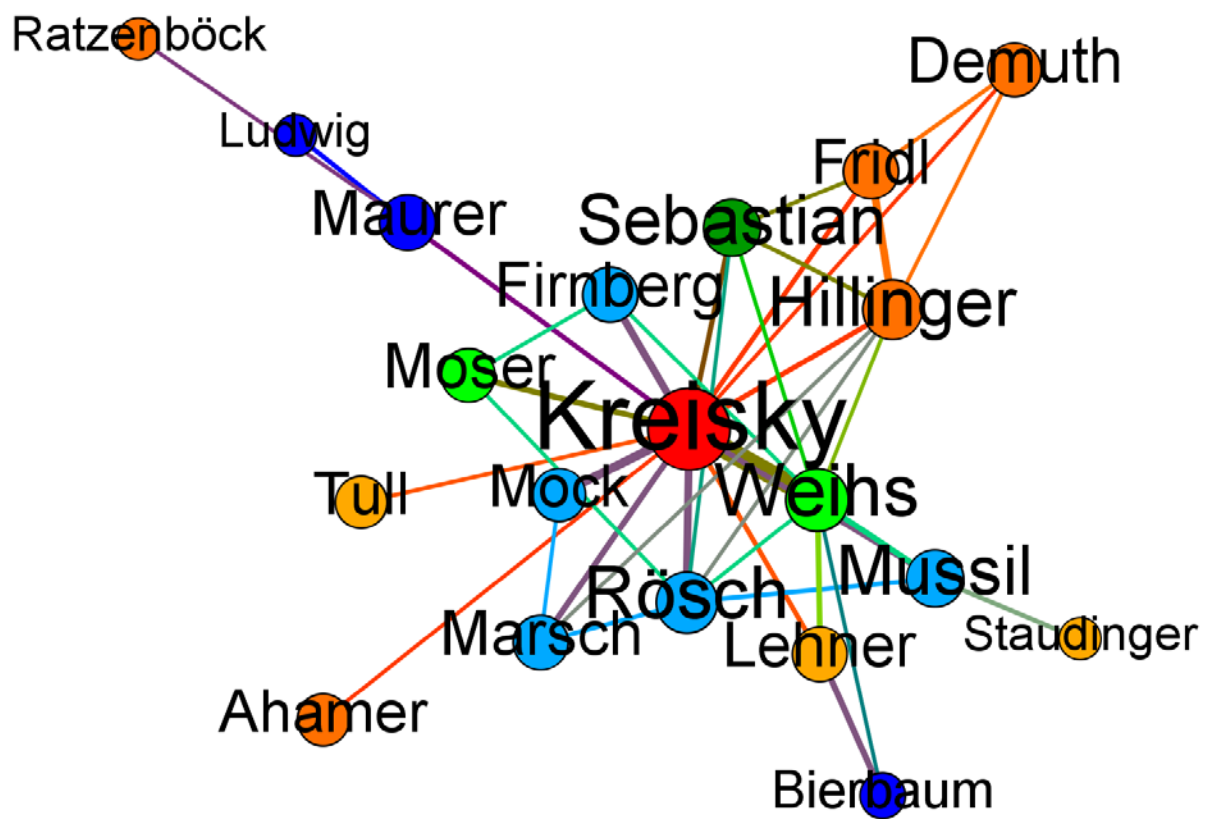


Abb. 5: Vertreterinnen und Vertreter von Krisenregionen 1973/74

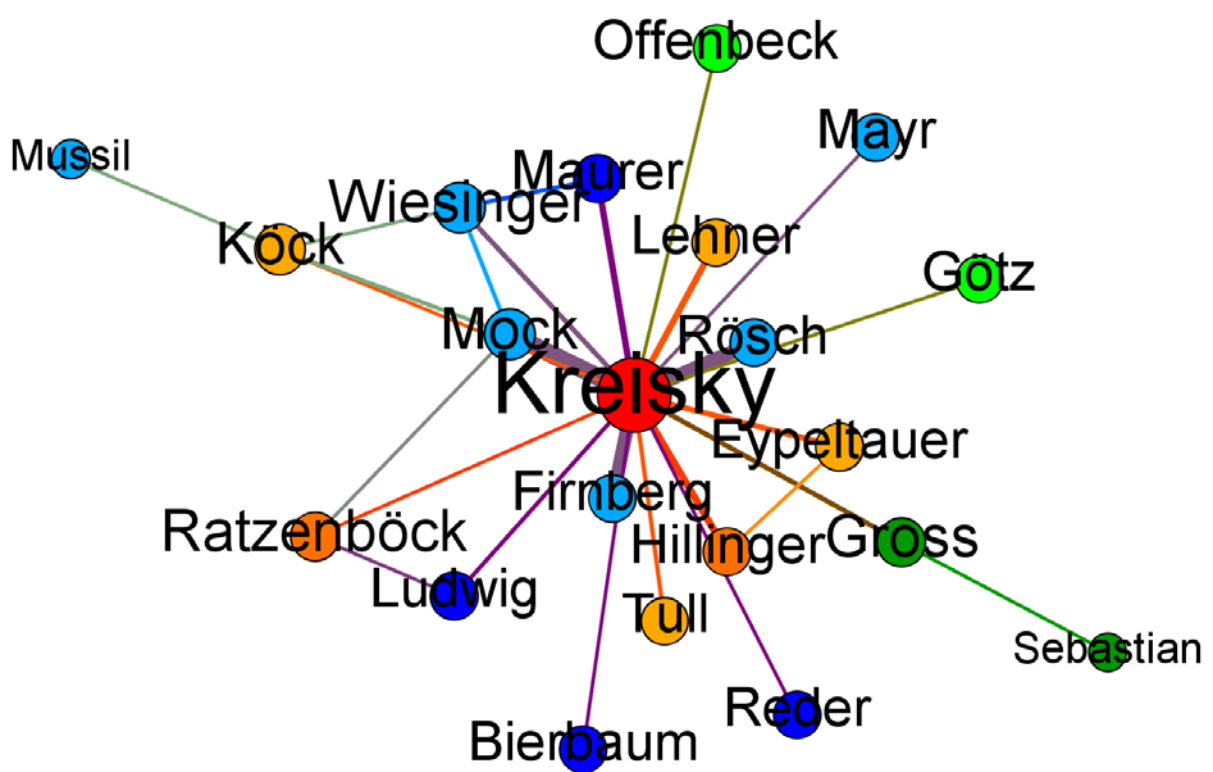


Abb. 6: Vertreterinnen und Vertreter von Krisenregionen 1980/81

In Abb. 5 befanden sich ursprünglich zwei, in Abb. 6 sogar fünf isolierte Knoten, welche jedoch mangels Relevanz gelöscht und auch bei der Berechnung der Degree-Zentralitäten nicht berücksichtigt wurden. Die personellen Änderungen erweisen sich im Vergleich zu den Expertennetzwerken als deutlich ausgeprägter, welcher Umstand sich allerdings mit der größeren Volatilität der politischen Szene begründen lässt: Expertinnen und Experten müssen sich keinen Wahlen stellen, wiewohl diese in der Ära Kreisky in den seltensten Fällen zu spektakulären Machtwechseln führten. Die politische Landschaft erwies sich im Gegenteil als erstaunlich stabil, so dass sich an der grundsätzlichen Konstellation, SPÖ-Alleinregierung im Bund auf der einen und ÖVP-geführte Landesregierungen mit proporzbedingt mitregierenden Sozialdemokraten (bzw., entsprechend der damaligen Selbstbezeichnung, Sozialisten) in der Steiermark und Nieder- sowie Oberösterreich auf der anderen Seite, nichts änderte. Dass dennoch sowohl im Zeitverlauf als auch in Bezug auf die einzelnen Länder markante Unterschiede bestehen, überrascht. Auffallend ist etwa der Bedeutungsverlust der oberösterreichischen SPÖ-Landespolitiker: Lediglich der Linzer Bürgermeister Franz Hillinger konnte sich trotz seiner Abwahl vom Posten des Parteivorsitzenden beim Landesparteitag 1974 im Netzwerk halten. In Niederösterreich spielte die Landes-SPÖ zumindest während der beiden Krisenperioden 1973/74 und 1980/81 keine Rolle, in der Steiermark spiegelbildlich die Landeshauptmannpartei ÖVP. Hier gilt es jedoch abermals, die SPÖ-Perspektive im Allgemeinen und die Staribacher-Perspektive im Besonderen mitzudenken.

Nebst diesen zwar aufschlussreichen, aber vom Forschungsinteresse wegführenden Erkenntnissen gibt es doch zumindest eine Krisenregion, die in den Netzwerken, vor allem im zweiten, ihren Niederschlag findet, und zwar das Waldviertel. Hier sind drei Personen zu nennen, welche mit dieser strukturschwachen Region in Verbindung stehen: der aus dem Waldviertel stammende Generalsekretär der Handelskammer und spätere Aufsichtsratspräsident der Verbundgesellschaft Arthur Mussil, der Kärntner Unternehmer Helmut „Pipsi“ Mayr, der dort die Errichtung von Feriendörfern plante, sowie ein Waldviertler Funktionär¹⁵² des Freien Wirtschaftsverbandes der SPÖ, der sich im Rahmen einer Parteiveranstaltung über eine ausbleibende Antwort des Handelsministeriums auf ein

¹⁵² Laut Staribacher-Tagebücher, 14.3.1980, Bd. 53, 334, „Reder“, eine Identifikation gelang leider bis dato nicht.

Schreiben von ihm beklagte. Wirklich relevant erscheint in diesem Zusammenhang aber nur Mayr, da Mussils Eigenschaft als Waldviertler ÖVP-Nationalratsabgeordneter gegenüber seiner Tätigkeit als Generalsekretär der Handelskammer in den Hintergrund tritt und die genannte Klage eines Waldviertler SPÖ-Funktionärs wegen eines unbeantworteten Schreibens zugleich dessen einziges Erscheinen im Tagebuch darstellt.

Die Forschungsfrage ist damit insoweit geklärt, als die beiden Personennetzwerke kaum dazu geeignet sind, regionale Krisenherde ausmachen und etwaige Änderungen im Zeitverlauf feststellen zu können. Dies spricht allerdings nicht generell gegen die Methode der Netzwerkanalyse. Ein Ansatz, der erfolgversprechend sein könnte, wäre, Institutionen in einem weiteren Sinn, also auch Unternehmen als Entitäten eines Netzwerks heranzuziehen.

4.7.4 Betriebsrätinnen und Betriebsräte bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bruno Kreiskys Wirtschaftsauffassung beruhte der SPÖ-nahen Managerin Wilhelmine Goldmann zufolge auf zwei Wurzeln: einerseits seine großbürgerliche Herkunft aus einer mährischen Industriellenfamilie, welche ihm den Umgang mit Unternehmern und Managern „sehr leicht gemacht“ hätte, andererseits seine Prägung durch den Austromarxismus der Ersten Republik¹⁵³ und, wie Goldmann später ergänzt, seine Sozialisation in der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Daraus ergab sich eine „besonders starke Identifikation Kreiskys mit den Unternehmen der Verstaatlichten Industrie und mit den in ihnen Beschäftigten“. Die „echte und tiefe Verbundenheit“ vonseiten Kreiskys „mit den arbeitenden Menschen“ sei von diesen als „echt“ empfunden und auch erwidert worden. Die Anliegen ihrer unmittelbaren Vertreter, den Betriebsrätinnen und Betriebsräten, besaßen für den Kanzler denselben, wenn nicht einen höheren Stellenwert wie diejenigen von Direktoren oder Managern.¹⁵⁴

Eine Fokussierung der Netzwerkanalyse auf Betriebsrätinnen und Betriebsräte erwies sich analog zum letzten Abschnitt mangels ausreichender Zahl der entsprechend annotierten Personen als nicht zielführend, weshalb im Folgenden generell Arbeitnehmervertreterinnen

¹⁵³ Wilhelmine Goldmann, Verstaatlichten-Politik in der Ära Kreisky, in: Weber / Venus (Hg.), Austrokeynesianismus, 129–134, hier: 129.

¹⁵⁴ Ebd., 130.

und Arbeitnehmer ins Blickfeld geraten sollen, wobei jeweils die Nachbarknoten in die Betrachtung miteinbezogen wurden. Die Netzwerke zeigen mithin die Arbeitnehmerseite und deren direkte Kontakte. Die Farbe der Knoten orientiert sich einerseits an der Zugehörigkeit zur Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberseite, andererseits an der Parteimitgliedschaft oder -nähe. Auf der Arbeitnehmerseite bedeuten rot, gelb und orange jeweils SPÖ-, ÖVP- sowie unbekannte Parteizugehörigkeit. Die parteipolitische Zuordnung der Arbeitgeberknoten ist wiederum dunkelblau für ÖVP, hellblau für FPÖ und violett für SPÖ. Sonstige Knoten erscheinen grau. Da bei vielen SPÖ-Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern diese Funktion gegenüber ihrer sonstigen politischen Tätigkeit in den Hintergrund tritt, dies betrifft allen voran etliche Mitglieder der Regierung Kreisky, wurden die betreffenden Knoten zur Verdeutlichung dieses Umstands rosa eingefärbt. Aufgrund der, wie der letzte Abschnitt gezeigt hat, weitgehenden Redundanz zwischen den Degree-Zentralitäten und den radialen Knotendistanzen richtet sich die Knotengröße wie schon bei den Expertennetzwerken nach den jeweiligen Betweenness-Werten. Robert Weisz, unter anderem Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, schied 1975 aus den meisten seiner politischen sowie gewerkschaftlichen Funktionen aus und wurde zwei Jahre später zum Volksanwalt gewählt. Aus diesem Grund war sein Knoten im 1980/81er-Netzwerk als einziger isoliert, wurde in weiterer Folge gelöscht und blieb auch bei der Berechnung der sich in der Knotengröße widerspiegelnden Betweenness-Werte unberücksichtigt.

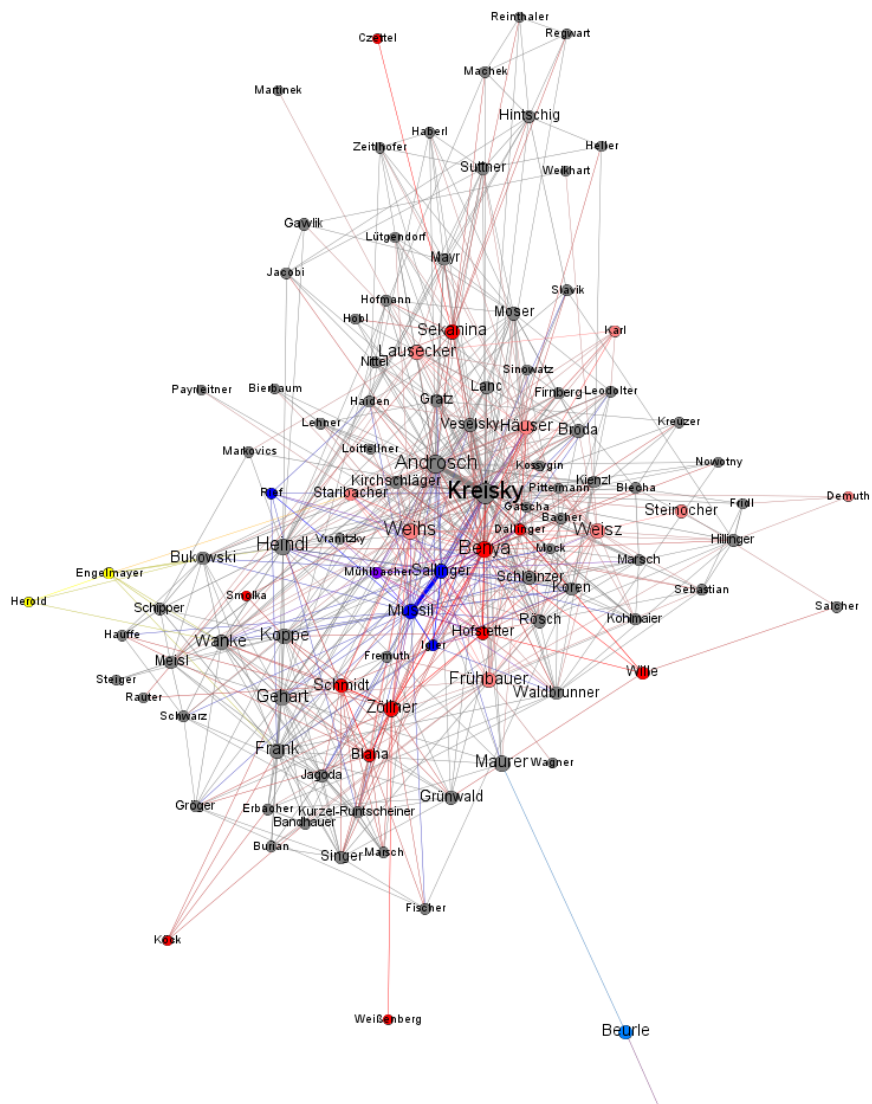


Abb. 7: Arbeitnehmervertreternetzwerk unter Berücksichtigung der unmittelbaren Nachbarknoten

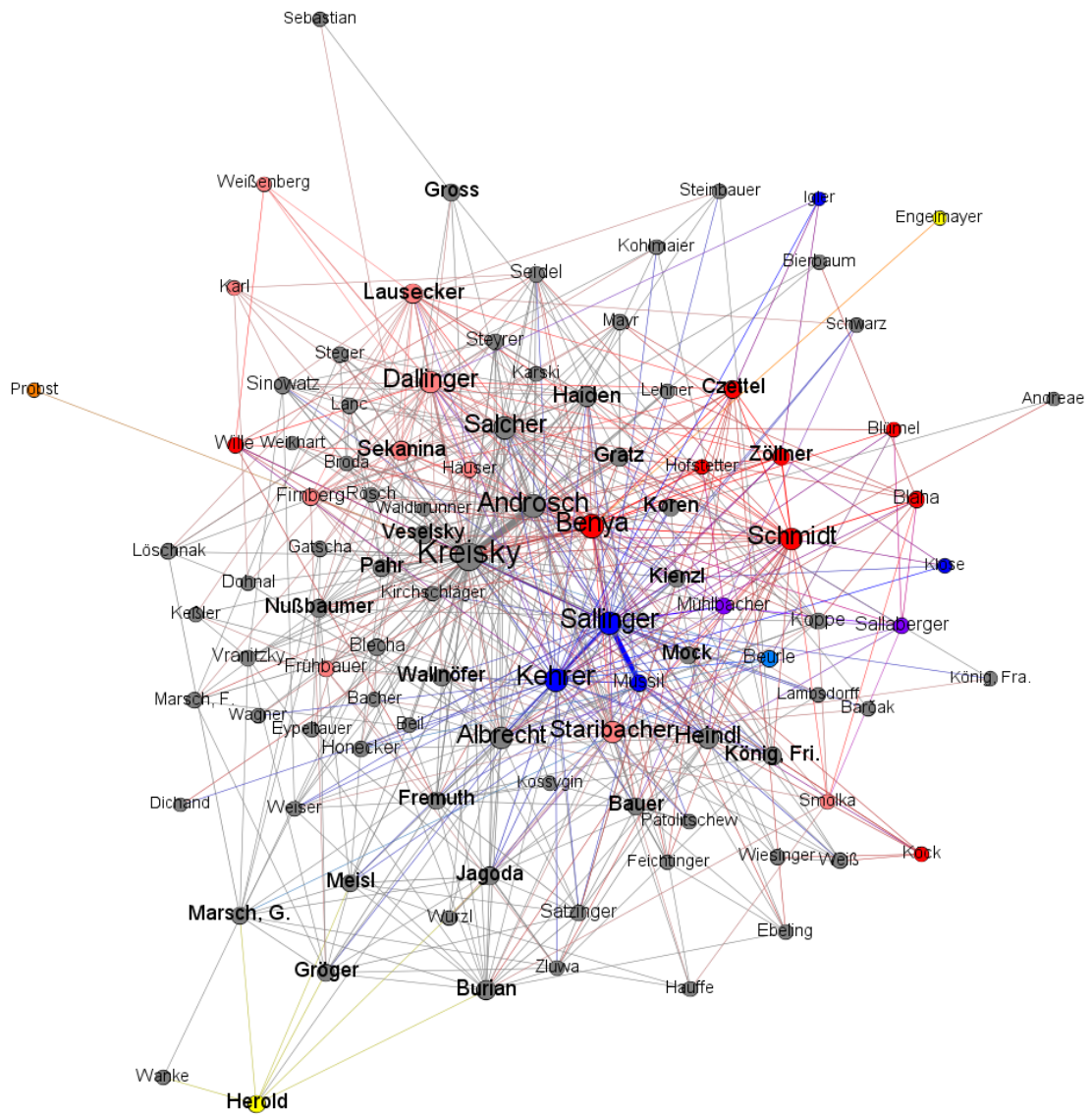


Abb. 8: Arbeitnehmervertreternetzwerk 1980/81 unter Berücksichtigung der unmittelbaren Nachbarknoten

In beiden Zeitperioden gelang eine vollständige Integration der Führungsspitze (Präsident Rudolf Sallinger, Generalsekretäre Arthur Mussil und Karl Kehrer) der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, kurz Handelskammer, in das Arbeitnehmervertreternetzwerk, was darauf hindeutet, dass sich die Sozialpartnerschaft über beide Perioden hinweg als stabiler Faktor der österreichischen Innenpolitik erwies. Desweiteren ist die wirtschaftspolitische Abteilung der Handelskammer jeweils mit einem Exponenten vertreten, 1973/74 mit dem stellvertretenden Leiter Siegfried Rief, 1980/81 sogar mit dem Leiter Alfred Klose. Eine weit geringere Bedeutung hatte demgegenüber die Industriellenvereinigung, welche lediglich mit ihren jeweiligen Präsidenten im Netzwerk aufscheint; 1973/74 war dies Hans Iglar, welchem 1980 nach einem kurzen Intermezzo des Vorstandsvorsitzenden von ITT-Austria, Fritz Mayer¹⁵⁵, der Generaldirektor der Brau AG, Christian Beurle¹⁵⁶, nachfolgte. Der Generationenwechsel spiegelt sich auch in beiden Visualisierungen wider, Iglar wandert an den Rand, Beurle hingegen Richtung Zentrum, ohne jedoch die zentrale Lage seines Vorgängers zu erreichen, wie sie dieser im 1973/74er-Netzwerk innehatte.

Auf Arbeitnehmerseite scheint klar der ÖGB in Gestalt seines Präsidenten Anton Benya und des Leitenden Sekretärs Erich Hofstetter in das Machtzentrum um Kreisky eingebunden, wogegen die AK-Präsidenten eine im Vergleich dazu eher randständige Position einnehmen. Der bis 1976 amtierende Präsident Wilhelm Hrdlitschka fehlt überhaupt, während sich sein Nachfolger Adolf Czettel bereits 1973/74 am äußersten oberen Rand in Stellung bringt. 1980/81 dringt er in den Technokratenzirkel rund um Hermann Blaha und Otto Zöllner, beide AK, sowie Erich Schmidt, ÖGB, vor, bleibt jedoch in einiger Distanz zu Kreisky.

Wenig überraschend, aber doch erwähnenswert ist die bis auf wenige Ausnahmen klar gegebene parteipolitische Zuordenbarkeit von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern zur SPÖ auf der einen und Arbeitgebervertretern zur ÖVP auf der anderen Seite. Dass mit Günther Engelmayer und Hans Herold zwei Christgewerkschafter bzw. Repräsentanten des

¹⁵⁵ nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen SPÖ-Bürgermeister von Bregenz

¹⁵⁶ Der FPÖ-nahe Historiker Lothar Höbelt verordnet Beurle ideologisch im „schwarz-blauen‘ Grenzbereich“, weshalb letzterer in den Netzwerken der Einfachheit halber der FPÖ zugeordnet wurde. Lothar Höbelt, VdU und FPÖ in Oberösterreich 1949–1999, in: Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, 127–168, hier: 144, URL:

https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf (abgerufen 21.5.2020).

ÖVP-Arbeitnehmerflügels ÖAAB in den Netzwerken vertreten sind, ist allein der Staribacher-Perspektive geschuldet: Im bis 1970 durchgehend von ÖVP-Ministern geleiteten Handelsministerium war die Beamtenschaft entsprechend ÖAAB-dominiert, woran auch 13 Jahre unter einem SPÖ-Minister nichts grundsätzlich zu ändern vermochten. Die Personalvertreter Engelmayer und Herold waren Staribachers erste Ansprechpartner in – mitunter auch heiklen – Personalfragen, welche der Minister stets mit einer gehörigen Portion Geduld und Fingerspitzengefühl behandeln musste. Tagebucheinträge, in denen gleich seitenweise Personalangelegenheiten erörtert werden, sind keine Seltenheit. Aufseiten der Arbeitgeber nehmen mit Kurt Mühlbacher und Günther Sallaberger zwei Angehörige des Freien Wirtschaftsverbands der SPÖ eine vergleichbare Außenseiterposition ein.

Um zu den Betriebsrätinnen und Betriebsräten der ursprünglichen Forschungsfrage zurückzukommen, welche in Abgrenzung zu den eben erwähnten Personalvertretern im Handelsministerium in erster Linie auf potentiell von Wirtschaftskrisen betroffene Industriebetriebe abzielt, soll an dieser Stelle der Betriebsratsobmann der Wiener Niederlassung der Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf, Franz Probst, nicht unerwähnt bleiben. Letzterer konnte Kanzler Kreisky anlässlich eines Betriebsbesuches 1977 das Versprechen abringen, sich für den Erhalt des von einer Schließung bedrohten Werks einzusetzen. Tatsächlich gelang es, mit tatkräftiger Mithilfe des Leiters der VW-Einkaufsorganisation Wien, Paul Matousek, im Wiener Werk eine Leichtmetallfelgenproduktion aufzunehmen und damit den Standort zu erhalten. Die just im Krisenjahr 1980 stattfindenden Eröffnungsfeierlichkeiten waren für den Kanzler ein willkommener Anlass für einen neuerlichen Besuch, bei dem ihn der Handelsminister wohl nur zu gerne begleitete.¹⁵⁷ Dieses denkwürdige Ereignis verschafft Probst einen, wenn auch alles andere als prominenten, Platz im Arbeitnehmervertreternetzwerk für die Jahre 1980 und 81. Wiederum in beiden Netzwerken ist der Betriebsratsobmann der Österreichischen Donaukraftwerke AG, der oberösterreichische SPÖ-Nationalratsabgeordnete Franz Köck, vertreten.

¹⁵⁷ Vgl. KA, IX.2, 57, 28.11.1980, 1485f.

Die beiden Visualisierungen umfassen anders als im Fall der Experten- und Krisenregionennetzwerke jeweils eine größere Zahl an Knoten, wodurch die Verbindungen zwischen ihnen ein kaum mehr zu überblickendes Dickicht an Kanten ergeben. Deshalb bietet es sich an, in Anlehnung an das oben beschriebene Cliquenkonzept einzelne Netzwerkpartien näher in den Blick zu nehmen. Der diesbezügliche Algorithmus in Gephi baut jedoch auf dem allgemeineren Konzept des Clusters (auch Gemeinschaft bzw. *community* oder Modul genannt¹⁵⁸) auf, worunter gemeinhin Mengen an Knoten verstanden werden, die nach innen viele, nach außen aber nur wenige Bindungen aufweisen¹⁵⁹. Die konkrete Implementierung in Gephi ist allerdings insoweit auch restriktiver, als Überschneidungen von Clustern nicht möglich sind. Ein Indikator für die Clusterbildung in einem Graphen ist die sogenannte Modularität, welche einen Wert zwischen null und eins annehmen kann. Ein Wert von null bedeutet, dass der Graph als Ganzes einen Cluster darstellt, ein Wert von eins wiederum, dass jeder einzelne Knoten einen eigenen Cluster bildet.¹⁶⁰ Dementsprechend beschreibt eine geringe Modularität einen Graphen mit wenigen schwer voneinander abgrenzbaren Clustern und eine hohe Modularität einen Graphen mit vielen klar voneinander abgrenzbaren Clustern.

¹⁵⁸ Anna Lázár / Dániel Ábel / Tamás Vicsek, Modularity Measure of Networks With Overlapping Modules, in: *EPL* 90 (2010) 1, 1–5. hier: 1, URL: <https://arxiv.org/pdf/0910.5072.pdf> (abgerufen 21.5.2020).

¹⁵⁹ „A cluster in a network is intuitively defined as a set of densely connected nodes that is sparsely connected to other clusters in the graph.“ Scott Emmons / Stephen Kobourov / Mike Gallant / Katy Börner, Analysis of Network Clustering Algorithms and Cluster Quality Metrics at Scale, in: *PLOS One* 11 (2016) 7, 1–18, hier: 5, URL: <https://journals.plos.org/plosone/article/file?id=10.1371/journal.pone.0159161&type=printable> (abgerufen 21.5.2020).

¹⁶⁰ Jennifer E. Cross / Jesse Fagan, Using Mixed-Method Design and Network Analysis to Measure Development of Interagency Collaboration, in: *American Journal of Evaluation* 30 (2009) 3, 310–329, hier: 318, URL: https://www.researchgate.net/publication/249773637_Using_Mixed-Method_Design_and_Network_Analysis_to_Measure_Development_of_Interagency_Collaboration/link/00b7d53ba7d6477c97000000/download (abgerufen 21.5.2020). Die Maßzahl Modularität baut ihrerseits auf dem Konzept der Betweenness-Zentralität auf. Ebd., 312.

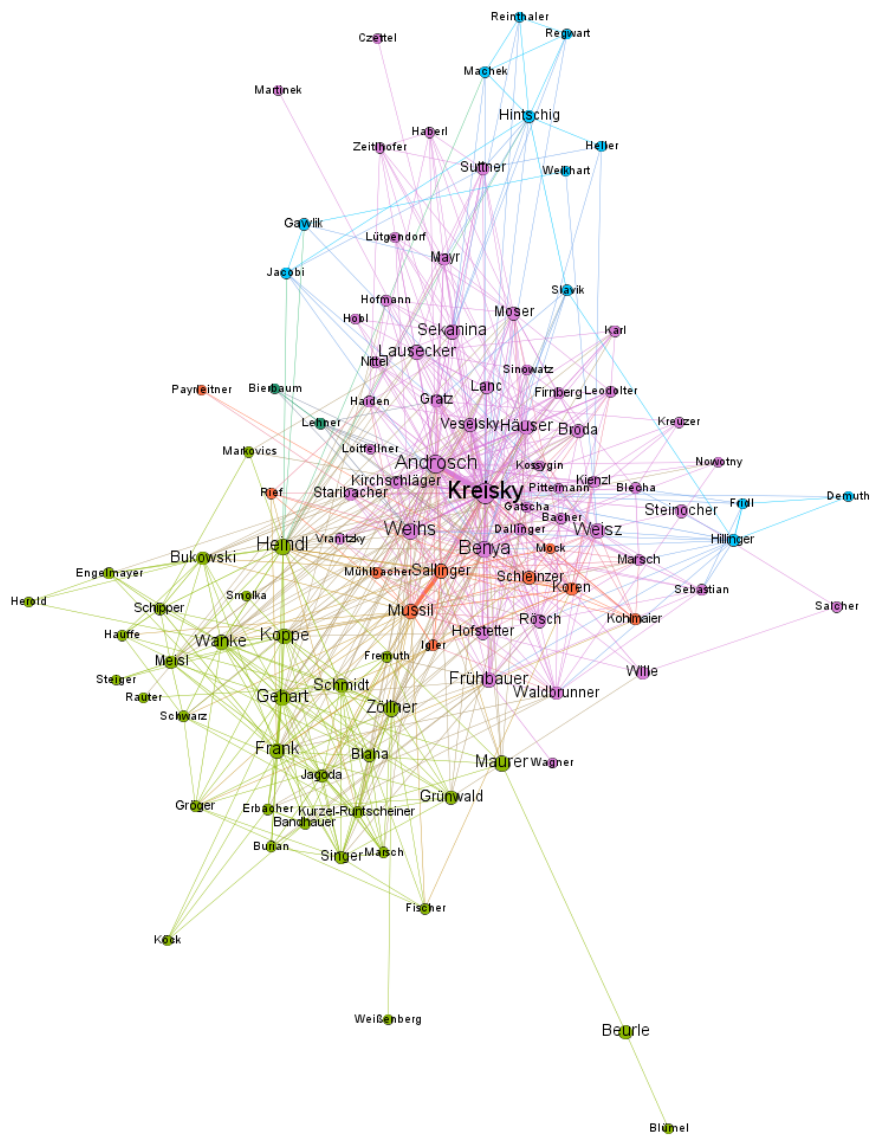


Abb. 9: Arbeitnehmervertreternetzwerk 1973/74 mit Nachbarknoten und farbig hervorgehobenen Clustern

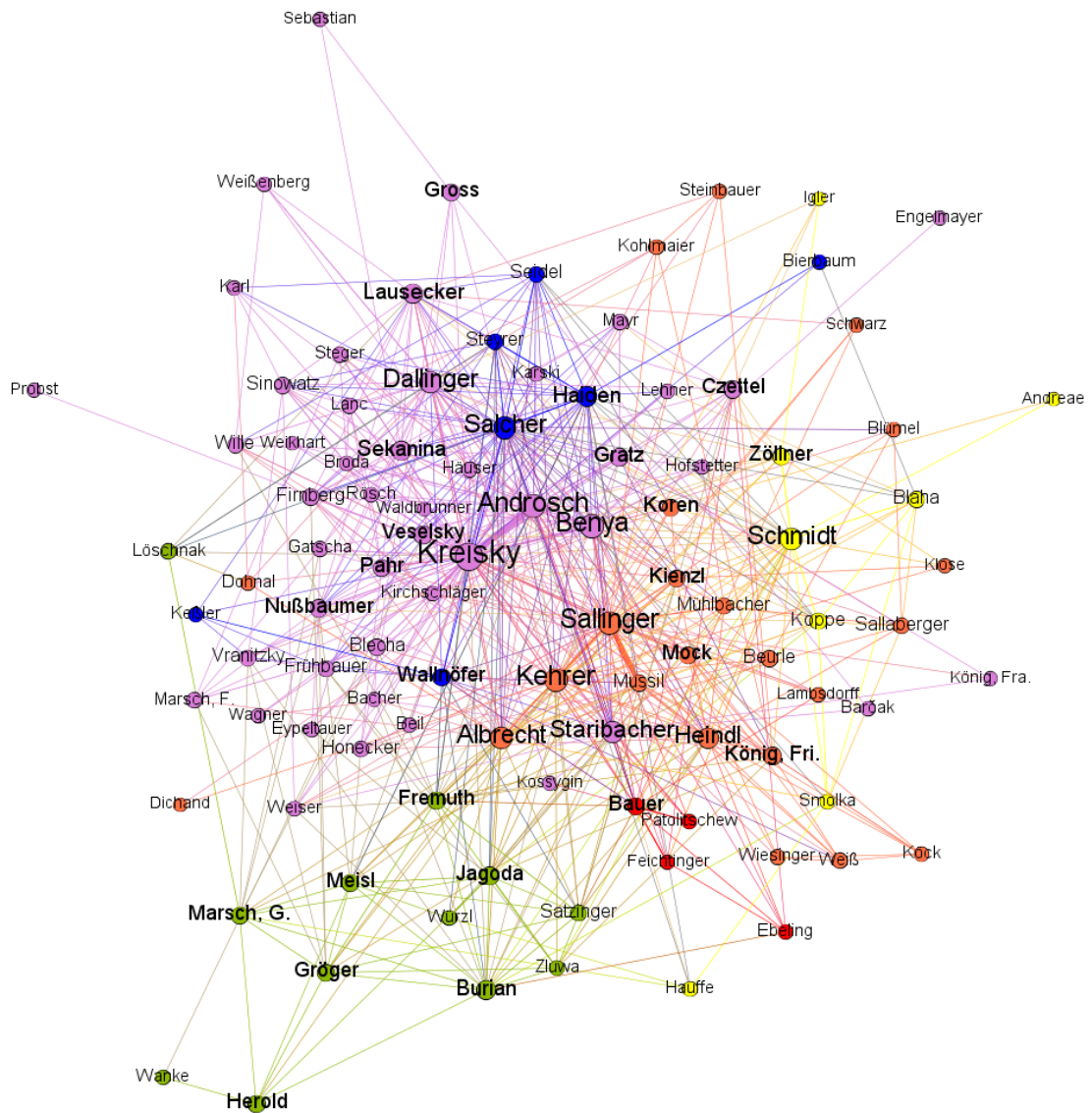


Abb. 10: Arbeitnehmervertreternetzwerk 1980/81 mit Nachbarknoten und farblich hervorgehobenen Clustern

Die Farben der Knoten der ersten Abbildung wurden von Gephi zufällig vergeben, die der zweiten dort, wo es sinnvoll erschien, entsprechend angeglichen.

Der Graph für die Jahre 1973/74 weist eine Modularität von 0,351 auf und setzt sich folglich aus eher wenigen, tendenziell schwerer voneinander zu unterscheidenden Clustern zusammen. Der größte der insgesamt fünf Cluster erscheint rosa und umfasst mit 46,36 % fast die Hälfte des aus 110 Knoten bestehenden Netzwerks. Er setzt sich im Wesentlichen aus Kreisky, den Mitgliedern seiner Regierung und diversen anderen Personen, die sich durch eine SPÖ-Nähe oder Mitgliedschaft auszeichnen, zusammen. Ausnahmen sind der ORF-Generalintendant Gerd Bacher, der sowjetische Regierungschef Alexei N. Kossygin sowie der FPÖ-nahe Bauernvertreter Josef Loitfellner, welchen ein Algorithmus, der Clusterüberschneidungen erlaubt, vermutlich als Bindeglied zum angrenzenden denkbar kleinen Bauernlobbyistencluster bestehend aus den Landwirtschaftskammerpräsidenten Hans Lehner (Österreich) sowie Matthias Bierbaum (Niederösterreich) eingestuft hätte. Die beiden diesbezüglichen Knoten sind in einem leicht blaustichigen Dunkelgrün eingefärbt und bilden einen Anteil von 1,82 % am Gesamtnetzwerk. Die bereits zuvor angenommene Zweiteilung der hauptberuflichen Arbeitnehmervertreter in ein Richtung Kreisky und Bundesregierung orientiertes Spitzenduo aus ÖGB-Präsident und Leitendem Sekretär auf der einen und einer Technokratengruppe rund um weniger bedeutende ÖGB- und AK-Vertreter auf der anderen Seite wird durch die Clusteranalyse bestätigt. Letztere geht im zweitgrößten, hellgrünen Cluster auf, der ein knappes Drittel (31,82 %) des Netzwerks ausmacht und sich ansonsten zu einem erheblichen Teil aus Beamten des Handelsministeriums und persönlichen Mitarbeitern des Ministers zusammensetzt. Die drittgrößte Gruppe besitzt einen Anteil von einem guten Zehntel (10,91 %) und rekrutiert sich vornehmlich aus SPÖ-Landespolitikern (und der aus Josef Staribachers politischem Heimatbezirk Wien-Landstraße stammenden Landespolitikerin Maria Jacobi), weitere Landespolitiker finden sich allerdings im Bundesregierungs- sowie im Handelsministeriumscluster verstreut. Nur geringfügig kleiner (9,09 %) ist ein Cluster, der sich rund um das Handelskammergespann Sallinger–Mussil bildet und den bürgerlichen Journalisten und Autor Alfred Payrleitner, den sozialdemokratischen Handelskammerfunktionär Kurt Mühlbacher sowie die ÖVP-Mitglieder Iglar, Schleinzer,

Mock, Koren und Kohlmaier enthält. Der schon genannte Agrariercluster ist der kleinste und somit letzte dieser Betrachtung.

Die Visualisierung der Periode 1980/81 (101 Knoten) hat mit 0,315 einen etwas geringeren Modularitätswert als die des Vergleichszeitraumes 1973/74, aber mit sechs Clustern einen Cluster mehr. Dies deutet auf eine überproportional geringere Trennschärfe zwischen den einzelnen Gruppen hin. Der Kreisky-Cluster (wieder rosa) ist sogar, wenn auch nur ganz geringfügig, mit 46,53 % größer. Jedoch ist mit dem neuen Minister Herbert Salcher ein zentraler Player der Regierung in einen anderen Cluster gewandert, welcher mit 6,93 % der zweitkleinste und trotz seiner geringen Größe der heterogenste ist. Eine Erklärung für diese Auffälligkeit könnte der Ressortwechsel Salchers vom Gesundheits- ins Finanzministerium sein, der mitten im Betrachtungszeitraum am 20. Jänner 1981 stattfand. Da der Cluster um Salcher keine Entsprechung im vorherigen Netzwerk besitzt, erhielt er mit Dunkelblau eine neue Farbe. Der kombinierte ÖVP-Handelskammer-Cluster nimmt mit 22,77 % nunmehr den zweiten Rang im Netz ein. Über die neue Staatssekretärin im Handelsressort, Albrecht, wird sogar eine Verbindung zu Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal suggeriert. Der drittgrößte Cluster (11,8 %) und umfasst die Beamten des Handelsministeriums samt Staatssekretär Löschnak und Verbund-General Fremuth. Trotz der Abspaltung der Gruppe rund um Blaha, Zöllner und Schmidt (7,92 %, gelb) behielt er seine hellgrüne Farbe. Der kleinste Cluster ist wiederum eine Neuformation (3,96 %, rot) und legt aufgrund seiner personellen Zusammensetzung nahe, dass Ölimporte aus der UdSSR als Bindeglied fungierten. Als augenscheinlichster Unterschied zwischen beiden Krisenperioden erscheint die Separierung der Technokraten vom Handelsministerium. Eine These, die zu überprüfen wäre, bestünde darin, dass die erste Krise unmittelbar als Versorgungskrise in Erscheinung trat, was ein enges Zusammenwirken des zuständigen Handelsressorts mit den ÖGB- und AK-Praktikern erforderte. Die zweite Krise wäre demnach von Anfang an mehr eine Wirtschaftskrise, also eine Krise der Wirtschaft als Ganzes gewesen, welche ein eigenständiges Handeln von Schmidt und Co. notwendig machte.

4.7.5 Die Netzwerke sämtlicher annotierter Personen 1973/74 und 1980/81 im Vergleich

Da sich die Clusteranalyse im vorhergehenden Abschnitt als ein taugliches Instrument zur Untersuchung großer Netzwerke erwiesen hat, soll sie im Folgenden auf sämtliche annotierte Personen der beiden betrachteten Zeiträume angewandt werden, um auf dieser Basis neue Einsichten in das Krisenthema gewinnen zu können. Auf die Netzwerke selbst bzw. die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede wird, nachdem bereits sehr ausführlich die Potentiale einer Clusteranalyse am Beispiel der Arbeitnehmervertreternetzwerke aufgezeigt worden sind, nur mehr cursorisch eingegangen.

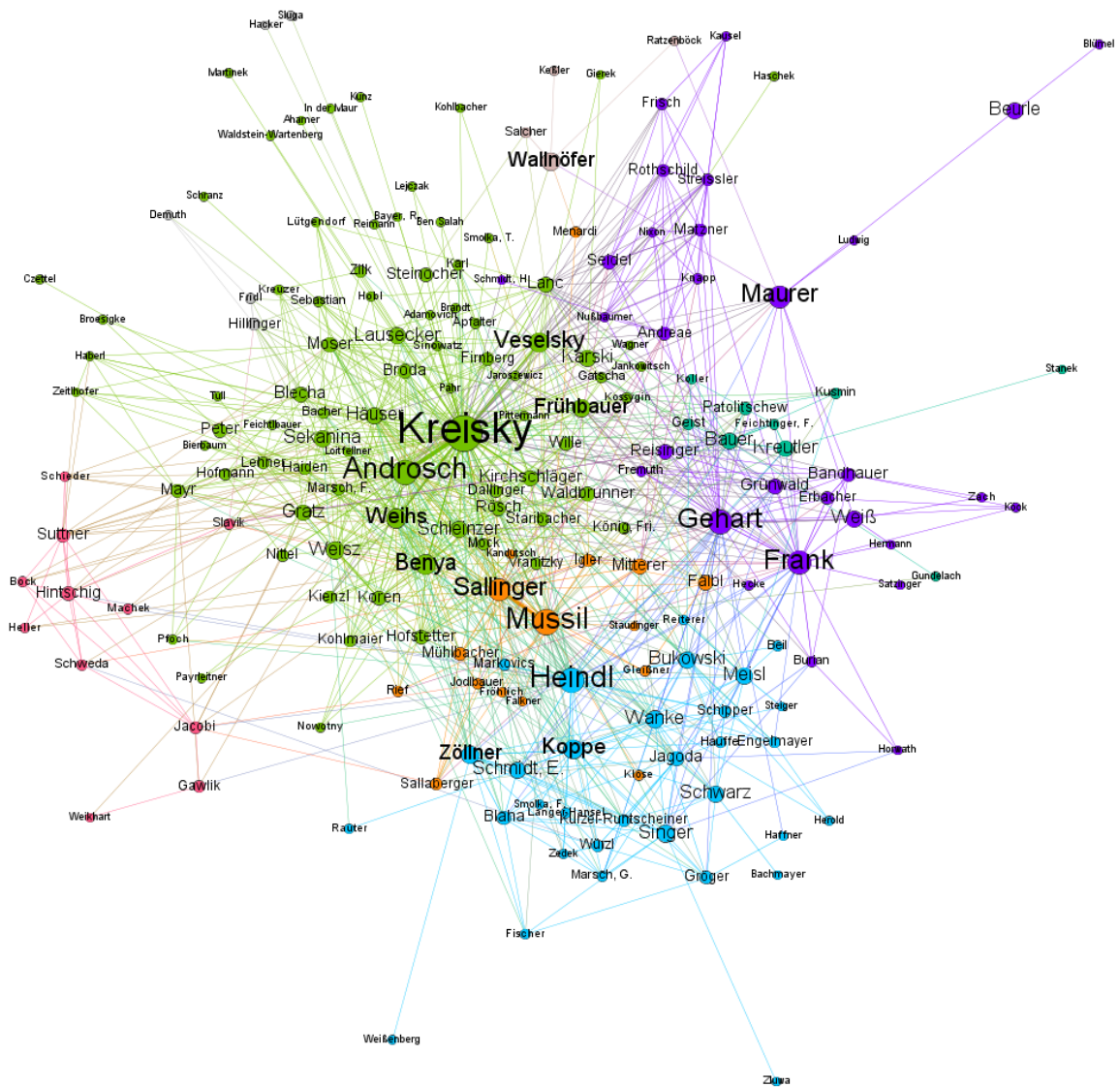


Abb. 11: Netzwerk sämtlicher annotierter Personen 1973/74 mit Clustern

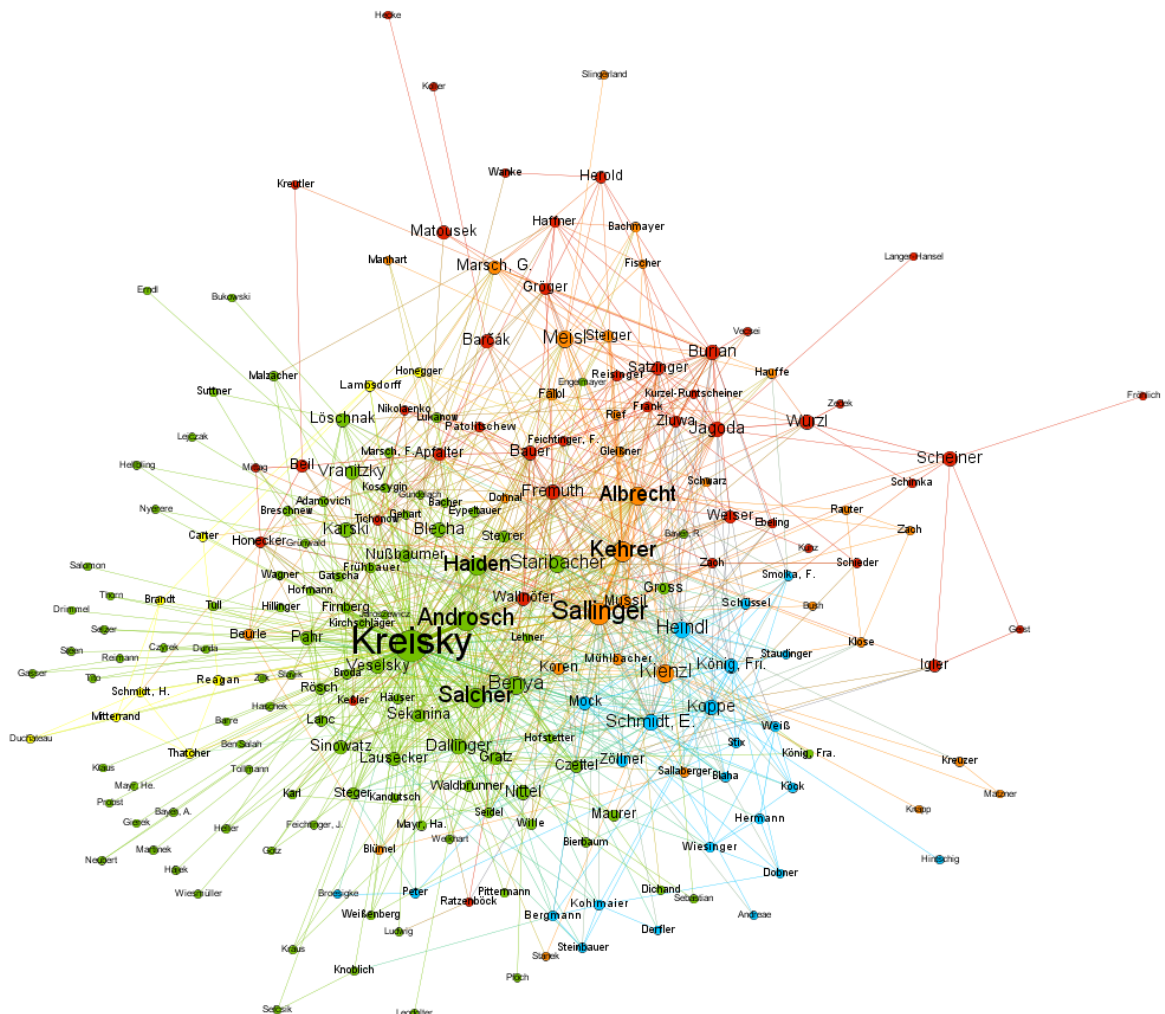


Abb. 12: Netzwerk sämtlicher annotierter Personen 1980/81 mit Clustern

Als jeweils gemeinsame Cluster zeichnen sich Gruppenbildungen rund um die Bundesregierung (grün), die Handelskammer (orange) sowie Personen mit AK bzw. ÖGB- und, wenn man es so bezeichnen will, „Staribacher-Hintergrund“ (blau) ab. Gemeint sind damit solche Personen, die auch nach dem Ausscheiden aus Staribachers Mitarbeiterstab mit diesem beruflich verbunden blieben; Fritz Koppe und Kurt Heindl wären in diesem Zusammenhang zu nennen. Die bei diesem Cluster unterstellte Kontinuität zwischen beiden Untersuchungsperioden ist insoweit nur bedingt gegeben, als er noch 1973/74 einen erheblichen Anteil an Beamten des Handelsministeriums einschloss. Die Aufspaltung der ursprünglich eng zusammenwirkenden Gruppierungen in getrennte Zirkel, welche sich bereits im letzten Abschnitt abgezeichnet hat, wird damit bestätigt.

Drei der insgesamt sechs Cluster des 1973/74er-Netzwerks erweisen sich als nicht beständig: erstens eine Ansammlung von Wiener Kommunalpolitikern (pink, links), was sich wohl mit den Personalquerelen rund um die verlorene Sternwartepark-Abstimmung¹⁶¹ erklären lässt, an dieser Stelle mangels Relevanz zum Erkenntnisinteresse aber nicht weiter vertieft wird, zweitens ein kleiner Industriecluster mit Schwerpunkt Öl und Gas (blaugrün, rechts) und drittens ein sehr inhomogener Personenkreis, welcher auch optisch in drei Substrukturen zerfällt (violett, rechts oben). Eine Achse Niederösterreich¹⁶² – Brau AG¹⁶³ trennt hier Ökonomen¹⁶⁴ von Managern der Elektrizitätswirtschaft¹⁶⁵ und Energiefachleuten des Handelsministeriums¹⁶⁶ um Wilhelm Frank, ab 1974 Chef der Energiesektion.

¹⁶¹ Teile des im 18. Wiener Gemeindebezirk Währing befindlichen Parks rund um die Universitätssternwarte Wien sollten Anfang der 70er-Jahre einem Neubau des Zoologischen Instituts der Universität Wien weichen. Als Reaktion auf den heftigen Widerstand gegen dieses Projekt, der nicht zuletzt von einer eigens gegründeten Bürgerinitiative getragen und von der auflagenstarken Kronen-Zeitung befeuert wurde, wurde seitens der Stadt Wien im Mai 1973 eine Volksabstimmung abgehalten, welche eine Mehrheit gegen die Bebauungspläne ergab. Bürgermeister Felix Slavik, welcher sich sehr für das Projekt eingesetzt hatte, trat wenig später nach einem persönlich enttäuschenden Ergebnis bei der Wahl zum Wiener SPÖ-Parteivorstand zurück.

Vgl. auch Robert Kriechbaumer, *Österreich 1970–1983. In der wissenschaftlichen Analyse, aus der Sicht der Opposition und in Karikaturen von Ironimus, Wien—Köln—Weimar 2004*, 53–55.

¹⁶² Landeshauptmann Andreas Maurer, Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Ludwig, beide ÖVP

¹⁶³ Christian Beurle, Generaldirektor der Brau AG, Kurt Blümel, Zentralsekretär der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter (LUGA)

¹⁶⁴ Vgl. Forschungsfrage 1

¹⁶⁵ Herbert Bandhauer, Wilhelm Erbacher, Hannes Zach, jeweils Verbund, Friedrich Hermann, Donaukraftwerke, Karl Reisinger, Wiener Stadtwerke, Eugen Horwath, BEWAG (burgenländischer Landesenergieversorger)

¹⁶⁶ Heinz Satzinger, in einem weiteren Sinne auch Gerhard Burian, Fritz Gehart und Oskar Grünwald

Als erstes Zwischenergebnis drängt sich somit neuerlich die Frage rund um die mögliche Besonderheit der ersten Krise und der in diesem Zusammenhang stehenden Rolle der Spezialisten von AK und ÖGB auf.

Neuformierungen des 1980/81er-Netzwerks sind zum einen ein großer, verstreuter Cluster in rötlicher Farbe (oben), der die nunmehr von AK- und ÖGB-Spezialisten getrennten Beamten sowie Personen mit Bezug zum Industrie- und Energiethema mit so unterschiedlichen Gruppen wie DDR-Politikern und Landesvertretern der Tourismuswirtschaft zusammenfasst, und zum anderen ein Cluster „westliche Politiker“ in gelber Farbe (links und links oben). Deren Erscheinen, die eigentliche neue Erkenntnis dieses Abschnitts, soll nun anhand zweier Detailnetzwerke näher nachgegangen werden.

Die Knoten von Politikern aus dem Westen sind im Folgenden blau, die von Politikern aus dem Ostblock rot dargestellt. Als relevante österreichische Politiker erscheinen in diesem Kontext der Bundeskanzler, der Bundespräsident, der Außenminister sowie der Handelsminister, alle jeweils durch gelbe Knoten repräsentiert. An dieser Stelle wird jedoch neuerlich darauf hingewiesen, dass Staribacher nur dann als Akteur auftritt, wenn er sich selbst im Tagebuch namentlich in der dritten Person erwähnt. Sein Knoten besitzt daher nur eine sehr begrenzte Aussagekraft und wäre ferner in einem egozentrierten Netzwerk selbstverständlich mit allen Knoten verbunden, so dass isoliert erscheinende Akteure in den Visualisierungen belassen wurden.

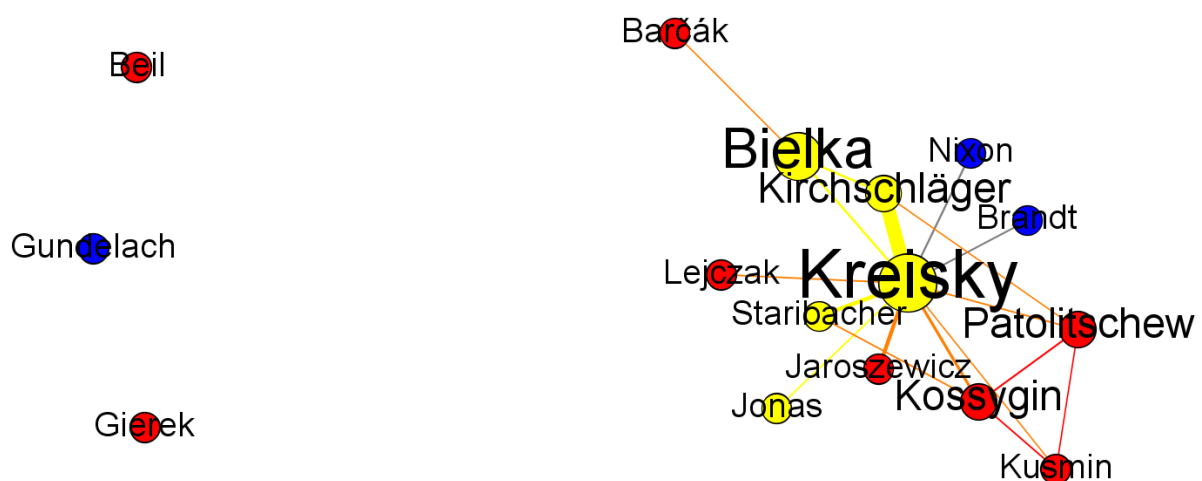


Abb. 13: Ausländische Politiker 1980/81

Mit drei von elf Knoten, kaum mehr als ein Viertel, stellen die westlichen Politiker gegenüber denen aus den Ostblockstaaten eine klare Minderheit dar. Markant anders präsentiert sich hingegen die Situation sieben Jahre später:

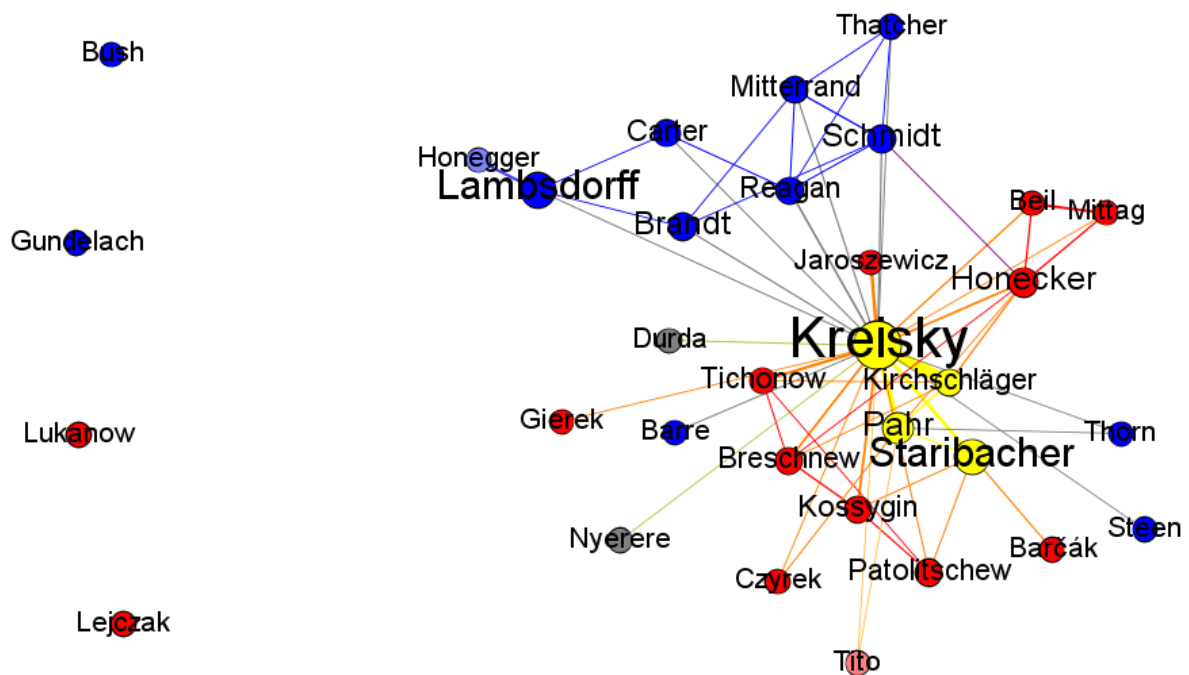


Abb. 14: Ausländische Politiker 1980/81

Die Zahl der Politiker aus dem Ausland ist von elf auf gleich 29 gestiegen, was beinahe einer Verdreifachung entspricht. Desweiteren ist das Verhältnis Ost–West mit 14 zu 13 nunmehr fast ausgeglichen, zudem gesellen sich mit Abu Zaid Umar Durda (Libyen) und Julius Nyerere (Tansania) zwei Vertreter blockfreier Staaten hinzu. Fritz Honegger (Schweiz) und Josip Broz Tito (Jugoslawien) wurden hingegen jeweils dem westlichen und dem östlichen Machtbereich zugeordnet, zur Verdeutlichung ihrer Sonderrolle aber mit blässeren Knoten versehen. Die Ausweitung des Personenkreises und der relative Bedeutungsverlust kommunistischer Politiker wird noch samt den im Rahmen der vorhergehenden Analysen aufgeworfenen Fragen zu klären sein.

4.8 Interpretation der Ergebnisse

Die vorangegangene Netzwerkanalyse, eigentlich eine Vielzahl einzelner Analysen, konnte nicht alle Forschungsfragen im gleichen Maße beantworten. In diesem Kapitel soll nicht der Versuch unternommen werden, ungeklärte Punkte, Stichwort: Krisenregion Steiermark, von Grund auf neu mittels einer klassisch-hermeneutischen Herangehensweise zu beleuchten, sondern es werden nur die tatsächlich gewonnenen Erkenntnisse einer Überprüfung unterzogen. Diese Überprüfung ist notwendig, weil eine Historische Netzwerkanalyse in einem engeren Sinn *allenfalls* die Frage nach dem *Was*, niemals aber die nach dem *Warum* beantworten kann. Die konkrete Methode setzt sich aus zwei Schritten zusammen: Rückbindung der Ergebnisse an die Ausgangsquelle, es wird also erkundet, welche konkreten Begebenheiten sich hinter all den Knoten, Kanten und bunten Clustern verbergen, indem die zentrale Quelle nach der Maschine nunmehr von einem Menschen gelesen wird, und, sofern notwendig, Ausgleich der Egoperspektive Josef Staribachers durch zusätzliche Quellen und Literatur. Aufgrund der Tätigkeit des Autors dieser Zeilen im Kreisky-Archiv bietet sich verständlicherweise der dortige, sehr umfangreiche Quellenbestand als erste Anlaufstelle an.

Zuvor sollen noch die Ergebnisse des letzten Kapitels hypothetisch zusammengefasst werden: Die erste Krise 1973/74 äußerte sich demnach zunächst in erster Linie als Versorgungskrise und erforderte ein enges Zusammenwirken des Handelsministeriums mit der Expertise von AK und ÖGB. Das Ende des Nachkriegs- und Wirtschaftswunderbooms zeichnete sich zwar bereits ab, jedoch war noch kein konkreter, kein dringlicher Handlungsbedarf gegeben, so dass noch genügend Raum für theoretische Diskussionen um mögliche wirtschaftspolitische Lösungswege blieb. Die zweite Krise 1980/81 trat demgegenüber sehr bald als veritable Wirtschaftskrise in Erscheinung und erforderte demzufolge rasches Handeln von Politik und Interessensvertretungen, während weitschweifende ökonomische Diskurse in den Hintergrund rückten. In dieser Situation schlug vielmehr die Stunde der Technokraten von AK und ÖGB, welche als schlagkräftige Krisenfeuerwehr im Sinne der von ihnen vertretenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Erscheinung traten.

Daneben erbrachte die Netzwerkanalyse auch Erkenntnisse, die aufgrund der ursprünglichen Fragestellung nicht zu erwarten gewesen wären und zumindest streiflichtartig in Augenschein genommen werden sollen. Dies wäre zum einen die aufgezeigte mögliche Tendenz einer zunehmenden Westorientierung Österreichs, welche als Vorwegnahme der kommenden Ereignisse – Zusammenbruch des Ostblocks und EU-Beitritt wenige Jahre darauf – gesehen werden könnte. Zum anderen ergab die Frage nach den Krisenregionen zwar praktisch keine Ergebnisse zur Steiermark, aber doch zaghafte Hinweise auf das strukturschwache Waldviertel, denen in weiterer Folge nachgegangen werden soll.

4.8.1 Die Rolle der Ökonomen

Der Ökonomencluster im ersten Netzwerk (Abb. 3) lässt sich zu einem Gutteil auf zwei Abendessen zurückführen, zu denen Kreisky am 30. November 1973 und 6. Mai 1974 die Crème de la Crème der österreichischen Wirtschaftswissenschaftler eingeladen hatte. Diese Abendessen wurden regelmäßig abgehalten und fanden jeweils im Frühjahr und im Herbst in Kreiskys Villa in der Armbrustergasse in Wien-Heiligenstadt statt. Anhand der überlieferten Unterlagen, welche leider unvollständig sind, lässt sich im Zeitraum 1973/74 ein weiterer Termin rekonstruieren, und zwar der 26. Mai 1973. Dieser Tag war für Josef Staribacher ein sehr ereignisreicher: Am Ende eines mehrtägigen Gewerkschaftstags der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter, kurz LUGA, deren Präsident Staribacher war, begab er sich ins oberösterreichische Steyr zu einer Wahlkreis-Konferenz, ehe er am Abend vom negativen Ausgang der Volksbefragung über die geplante Verbauung des Wiener Sternwarteparks erfahren sollte. In einer Aktennotiz ist er gemeinsam mit Adolf Nußbaumer als „entschuldigt“ vermerkt. Diskutiert wurde an jenem Tag vor allem das Thema Inflation.¹⁶⁷

¹⁶⁷ Vgl. Kreisky-Archiv, VI.1 Wirtschaft, Box 102 Wirtschaftspolitik allgemein, Konvolut Wirtschaft allgemein, Typoskript „Aktennotiz über die Aussprache mit Ökonomen“. Bestand im Folgenden zitiert als: KA, VI.1.



Abb. 15: Große Ökonomenrunde bei Kanzler Kreisky, Ende 1975

Beim nächsten Abendessen am 30.11.1973 war der Minister, wenn auch verspätet¹⁶⁸, zugegen. Gleich am Beginn der betreffenden Passage zählte er sämtliche Anwesenden auf, lediglich der Grazer Ökonom Dieter Bös war ihm nicht bekannt. Kreisky leitete mit einem außenpolitischen Exkurs ein und prophezeite zur Überraschung seiner Gäste den Rücktritt des US-Präsidenten Richard Nixon, welcher ein Dreivierteljahr später tatsächlich stattfinden sollte. Danach stand das alles beherrschende Energiethema im Mittelpunkt der Diskussion. Josef Staribacher vermutete hinter diesen illustren Runden ganz banale Motive: „Kreisky selbst ruft diesen Kreis zweimal im Jahr ein, nicht zuletzt deshalb, um[,] wenn einmal im Parlament eine Diskussion ist, er dann darauf verweisen kann, dass auch Wissenschaftler ihn in seiner Auffassung bestärkt hätten.“ Am Schluss behauptete Staribacher, dass die Hochschulprofessoren so von Kreisky fasziniert gewesen seien, dass selbst die „extremen“

¹⁶⁸ Nach der trotz der Niederlage bei der Sternwartepark-Abstimmung für die SPÖ erfolgreich verlaufenen Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl vom 21. Oktober 1973 war Staribacher bei der Angelobung des neuen Bezirksvorstehers seines politischen Heimatbezirks Wien-Landstraße, Jakob Berger, anwesend, was auf der Teilnehmerliste entsprechend vermerkt ist. Vgl. ebd., Typoskript „Abendessen Wohnung. Freitag, 30. November 1973[,] 19[:]30 Uhr“.

unter ihnen, als welche er einerseits Rothschild und andererseits Andreae identifizierte, ihre Formulierungen so abgeschwächt hätten, dass der, wie Staribacher suggerierte, irrige Eindruck eines Konsenses entstanden sei.¹⁶⁹

Der erste der beiden Termine des Folgejahres war am 6. Mai. Josef Staribacher konstatierte eine allgemeine Ratlosigkeit der Wissenschaftler, „ob schwarz oder rot“, angesichts der anhaltend hohen Inflation. Noch unverblümt als im November sprach er davon, dass diese und vergleichbare Treffen für Kreisky, wie er unterstellte, und auch ihn weniger dazu dienten, konkrete Ergebnisse zu erzielen, als gegenüber dem politischen Mitbewerber und der öffentlichen Meinung seine grundsätzliche Offenheit für wissenschaftliche Expertise zu bekunden. Selbst die Rekrutierung der 1.400 Experten im Vorfeld der Wahl 1970 sah Staribacher in diesem Zusammenhang.¹⁷⁰

Das Format der Abendessen mit Ökonomen wurde auch in den Jahren darauf fortgeführt, allerdings wird die Quellenlage mit dem Voranschreiten der Zeit tendenziell dürftiger. In der Periode 1980/81 nahm der Handelsminister nur an einem dieser Treffen teil, worüber sowohl sein Tagebuch als auch die Akten des Bestands VI.1, Wirtschaftspolitik, Auskunft geben. Abermals ließ Josef Staribacher erkennen, dass er diese Versammlung honorierter Herren nur zum Zwecke des gepflegten Meinungsaustauschs als reichlich sinnlos erachtete: „Einig war man sich, daß als wichtigstes Problem die Zahlungsbilanzfrage gilt. Nicht einig, wie konnte es ande[r]s sein, war man sich über den Weg zur Verbesserung dieser Situation. Fast könnte man den Spruch abwandeln, zwei Juristen, drei Meinungen. Ein Dutzend Wirtschaftsprofessoren und noch viel mehr Meinungen.“ Für den erfahrenen Verhandler Staribacher hatten solche Zusammenkünfte wenn schon nicht zu einer konkreten Übereinkunft, so doch zumindest zu greifbaren Ergebnissen zu führen, alles andere lag offenbar außerhalb seiner Vorstellung. Anders als am 30. November 1973 verzichtete er bei diesem Abendessen, das am 10. Dezember 1980 stattfand, auf eine Aufzählung sämtlicher Anwesenden.¹⁷¹ Dieser Umstand wurde in der Netzwerkanalyse umso stärker schlagend, als es sich, wie schon erwähnt, um das einzige Ökonomenabendessen der zweiten Vergleichsperiode handelte, von dem Josef Staribacher berichtete. Die sonstigen Quellen

¹⁶⁹ Vgl. Staribacher-Tagebücher, 30.11.1973, Bd. 18, 1364f. Wörtliches Zitat auf Bl. 1365.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., 6.5.1974, Bd. 20, 552–554. Wörtliches Zitat auf Bl. 552.

¹⁷¹ Vgl. ebd., 10.12.1980, Bd. 57, 1530f.

vermögen dies nicht zu kompensieren, da auch sie sich über die möglichen drei anderen Termine ausschweigen. Immerhin geben sie einige Rückschlüsse auf den Kreis der tatsächlich anwesenden bzw. ursprünglich eingeladenen, aber verhinderten Personen. Die einzige klar dem Treffen vom 10.12.1980 zuordenbare Einladungsliste weist etwa Erich Streissler mit dem Vermerk „abgesagt“ aus, Andreae ist wiederum händisch durchgestrichen, war aber Staribacher zufolge anwesend. Mit Matzner, Nußbaumer und Rothschild fehlen schließlich drei Ökonomen, die am 30.11.1973 noch anwesend waren.¹⁷² Da von diesen Einladungslisten diverse – meist nicht als solche ausgewiesene – Textzwischenstufen kursieren, welche teilweise unvollständig oder gar nicht datiert und nur bruchstückhaft überliefert sind, ist ihre Aussagekraft jedoch begrenzt.

Kreiskys ehemaliger Kabinettschef Alfred Reiter¹⁷³ und Erich Streissler betonen unisono und völlig unabhängig voneinander den Umstand, dass Kreisky nicht nur politisch nahestehende Ökonomen, sondern auch solche aus dem „gegnerischen“ Lager einlud. Wie Staribacher sieht Streissler jedoch darin in erster Linie eine Taktik Kreiskys, um die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen. Während er zu bürgerlichen Ökonomen sehr höflich gewesen sei, habe er sozialdemokratische Ökonomen wie Helmut Frisch häufig „zusammengestutzt“, andere wie Heinz Kienzl sogar „fertiggemacht“.¹⁷⁴ Ein weiterer Teilnehmer, Alexander Van der Bellen, erinnerte sich, dass ein junger Sozialdemokrat, der Fragen zur Einkommensverteilung zur Sprache bringen wollte, von Kreisky „brüsk“ zurechtgewiesen wurde.¹⁷⁵ Dennoch „rissen“ sich der Journalistin und Autorin Elisabeth Horvath zufolge Universitätsprofessoren wie Wirtschaftsforscher darum, bei einem dieser Abendessen dabei sein zu dürfen.¹⁷⁶ Reiters Nachfolger Ferdinand Lacina hatte hingegen nicht das Bedürfnis, an diesem „Jahrmarkt der Eitelkeiten“ teilzuhaben, und zwar „aus einer gewissen Scheu, allzu sehr mit den Machtträgern“, worunter er offenbar die versammelten

¹⁷² KA, VI.1, Box 228, Mappe Wirtschaftsprofessoren, Typoskript „Abendessen des Bundeskanzlers für ÖKONOMEN. Mittwoch, 10. Dezember 1980, 20.00 Uhr, Armbrustergasse“.

¹⁷³ Weber / Venus (Hg.), *Austrokeynesianismus*, 160.

¹⁷⁴ Interview mit Erich Streissler, geführt von Jörg Mahlich, Robert Schediwy und Werner Teufelsbauer, 6.2.2006, in: Jörg Mahlich / Robert Schediwy (Hg.), *Zeitzeugen und Gestalter österreichischer Wirtschaftspolitik (Austria. Forschung und Wissenschaft. Wirtschaft 3)*, Wien—Berlin 2008, 186–198, hier: 193f. Interview im Folgenden zitiert als: Interview Streissler; Sammelband im Folgenden zitiert als: Mahlich / Schediwy (Hg.), *Zeitzeugen*.

¹⁷⁵ Alexander Van der Bellen, *Blitzlichter mit Schatten*, in: Franz Richard Reiter (Hg.), *Wer war Bruno Kreisky? Dokumente – Berichte – Analysen*, Wien 2000, 275f., hier 275.

¹⁷⁶ Elisabeth Horvath, *Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky*, Wien 1989, 119.

Ökonomen verstand, „in Kontakt zu kommen“. Die Professoren seien dort gesessen und hätten ihre Weisheiten von sich gegeben, wie er später selbst erlebt hätte.¹⁷⁷ Auf die Frage, ob Kreisky Anregungen aus den Ökonomenrunden aufgenommen hätte, die Ökonomen damit indirekt zu „Gestaltern“ geworden wären, antwortete Streissler, dass Kreisky sich nicht nur nicht beeinflussen ließ, sondern vielmehr die Diskussionen bewusst so steuerte, „dass er am Ende sagen konnte: ‚Die Ökonomen sind verschiedener Meinung – daher müssen wir handeln‘“. ¹⁷⁸ Reiter spricht sogar davon, dass sich Kreisky „diebisch“ darüber gefreut hätte, wenn die Wissenschaftler einander widersprachen.¹⁷⁹

Kreisky selbst legte größten Wert darauf, den ihm zugeschriebenen, so nie getätigten Ausspruch, er verstehe nichts von Wirtschaft, ins rechte Licht zu rücken. Dies sei eine „von gehässiger bürgerlicher Seite“ gestrickte Legende, vielmehr hätte er bei einer Pressekonferenz lediglich im Zusammenhang mit dem Budget gemeint, nicht viel von buchhalterischen Fragen zu verstehen. Besagte Legende sei schon allein deshalb „grotesk“, weil er, wie er in weiterer Folge auf drei Seiten des dritten Bandes seiner Autobiographie ausführlich darlegt, „seit frühester Jugend“ „umfangreiche Studien der Nationalökonomie“ betrieben hätte.¹⁸⁰

Es bleibt also festzuhalten, dass die von der Netzwerkanalyse suggerierte Verdrängung theoretischer ökonomischer Diskurse durch praktisches politisches Verwaltungshandeln im Zuge der zweiten untersuchten Krise anhand der Quellen nicht bestätigt werden kann, dessen ungeachtet diese Diskurse aber, wenn man Staribachers bzw. Streisslers Ausführungen folgt, für die Wirtschaftspolitik Kreiskys von vernachlässigbarer Bedeutung waren und vornehmlich PR-Zwecken dienten. Die Diskurse bzw., im Konkreten, die Abendessen mit Ökonomen in Kreiskys Villa können auch als Strategie des Kanzlers gesehen werden, das diesen kränkende Zerrbild vom ökonomischen Analphabeten zurechtzurücken. Zumindest ein Hinweis auf eine mögliche Bedeutungszunahme von Technokraten findet sich im Erscheinen Erich Schmidts bei der Aussprache vom 10. Dezember 1980. Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

¹⁷⁷ Interview mit Ferdinand Lacina, geführt von Jörg Mahlich und Robert Schediwy, 16.6.2005 und 5.8.2005, in Mahlich / Schediwy (Hg.), *Zeitzeugen*, 88–129, hier: 97.

¹⁷⁸ Interview Streissler, 194.

¹⁷⁹ Weber / Venus (Hg.), *Austrokeynesianismus*, 161.

¹⁸⁰ Bruno Kreisky, *Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil*, Wien ²2000, 134–136.

4.8.2 Versorgungs- vs. Wirtschaftskrise und die Rolle der „Technokraten“ am Beispiel von Erich Schmidt

Der These, dass die erste Krise 1973/74 anfänglich primär als Versorgungskrise, die zweite 1980/81 dagegen von viel eher als Wirtschaftskrise in Erscheinung getreten ist, wird in diesem Abschnitt unter Rückgriff auf den für das gegenständliche Projekt so zentralen Krisenbegriff nachgespürt.

Im politischen Tagebuch von Josef Staribacher ist bereits am 18. Jänner 1973 von einer „Krisensituation“ die Rede, allerdings im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer.¹⁸¹ Wirklich relevant erscheint erst die Erwähnung einer „Energiekrise“ gut zwei Wochen später, wobei Staribacher freilich betonte, dass davon überhaupt keine Rede sein könne, weil Heizöl in „rauhem Mengen“ zur Verfügung stünde.¹⁸² Eine Wirtschaftskrise erschien hingegen fern, am 3. März zeigte sich der Minister vielmehr darüber erfreut, eine Messeeröffnung in Zeiten einer „Hochkonjunktur“ vornehmen zu können, wogegen er sich gar nicht ausdenken wollte, wie dies in Zeiten eines „Konjunkturrückschlages“ oder gar einer Krise sein würde.¹⁸³ Als drei Tage darauf Vertreter von AK und ÖGB – man darf annehmen, im Konsumenteninteresse – Fortschritte in der Außenhandelsliberalisierung forderten, sah dies Staribacher als Ausdruck der eben erwähnten Hochkonjunktur, denn in einer Krise würden wohl schnell Forderungen nach einem Schutz der einheimischen Betriebe bzw. der dort beschäftigten Arbeitnehmer laut werden.¹⁸⁴ Schon einen Tag später war abermals von einer Krise die Rede: Hans Hautzenberg von den Österreichischen Draukraftwerken sah die Gefahr einer Energiekrise gebannt, obwohl, wie Josef Staribacher einwandte, die Wasserführung der Flüsse trotz Niederschlägen noch immer unzureichend sei¹⁸⁵; von einer Ölkrise also – noch – keine Spur. Am 27. April sprach Kreisky trotz der „europäische[n] Hochkonjunktur“, an die dieser laut Staribacher grundsätzlich noch glaubte, von ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Depression. Als Folge der Dollar-Krise, verstärkt durch die „OPEC-Oil-Dollars“, würde die Phase der „ewige[n] Prosperität“ garantiert zu Ende gehen.¹⁸⁶

¹⁸¹ Staribacher-Tagebücher, 18.1.1973, Bd. 14, 53.

¹⁸² Ebd., 5.2.1973, Bd. 14, 131.

¹⁸³ Ebd., 3.3.1973, Bd. 15, 275.

¹⁸⁴ Ebd., 6.3.1973, Bd. 15, 288.

¹⁸⁵ Ebd., 7.3.1973, Bd. 15, 294.

¹⁸⁶ Ebd., 27.4.1973, Bd. 15, 486.

Eine Woche darauf wiederholte Staribacher seine Ansicht, dass keine Energiekrise bestünde, allenfalls könnten „vereinzelt Knappheiten“ drohen.¹⁸⁷ Vier Tage später, am 8. Mai, erwähnte er das – gleichwohl theoretische – Szenario einer „Wirtschaftskrise“ im Zusammenhang mit DDR-Handelsfragen.¹⁸⁸ Am 26. Juni zeigte sich der Minister noch immer im Grundsatz von seiner Einschätzung überzeugt, dass „das Geschrei von der Energiekrise“ unbegründet sei, erste leise Zweifel ließen sich aber nicht von der Hand weisen, weshalb er von seiner Energiesektion die Erstellung eines Energieplans einforderte.¹⁸⁹ Am 25. Juli taucht der Energiekrisenbegriff erneut auf, diesmal vonseiten Jugoslawiens, welches deswegen mit Österreich Stromlieferverträge abzuschließen beabsichtigte.¹⁹⁰ Am 21. August präsentierte der Beamte Ernst Hanisch seinem Minister ein Konzept zum Rücktransport von Ausländerinnen und Ausländern im Falle einer eventuellen „Öl- und Versorgungskrise“. Obwohl in den USA und Großbritannien bereits die Rationierung des Benzins vorbereitet wurde, wie Staribacher selbst einräumen musste, spottete er im selben Atemzug über die jahrzehntealten Versorgungspläne seines kurz vor der Pensionierung stehenden Beamten und über vergleichbare „Sandkastenspiele“ anderer Länder.¹⁹¹ Während im Nahen Osten bereits der Jom-Kippur-Krieg tobte und gleichzeitig die Erdölpreise in lichte Höhen schnellten, sprach Josef Staribacher lapidar von den „Ereignisse[n] auf dem Benzinmarkt“.¹⁹² Am 12. November beklagte er sich schließlich über die harten Attacken der Presse, welche ihn unter anderem als „Oberapotheker“ bezeichnen würde „der nur Beruhigungspillen austeile“.¹⁹³ Die folgenden Monate sollten ganz im Zeichen der Bewältigung der Ölkrise stehen.

Die Befürchtung Kreiskys vom 27. April 1973, dass die „Phase der ewigen Prosperität“ zu Ende gehen würde, schien sich erst nach dem Abebben des Ölschocks allmählich zu bewahrheiten. Am 24. Juli 1974 vermeldet das Tagebuch erste Hinweise auf Krisenerscheinungen in mehreren deutschen Industriesparten¹⁹⁴, am 23. September das Sinken der US-amerikanischen Börsenkurse auf das Niveau vom „schwarzen Freitag“ des

¹⁸⁷ Ebd., 4.5.1973, Bd. 15, 507.

¹⁸⁸ Ebd., 8.5.1973, Bd. 16, 526.

¹⁸⁹ Ebd., 26.6.1973, Bd. 16, 755f.

¹⁹⁰ Ebd., 25.7.73, Bd. 17, 871.

¹⁹¹ Ebd., 21.8.1973, Bd. 17, 919.

¹⁹² Ebd., 17.10.1973, Bd. 18, 1141.

¹⁹³ Ebd., 12.11.1973, Bd. 18, 1245.

¹⁹⁴ Ebd., 24.7.1974, Bd. 22, 938.

Jahres 1929¹⁹⁵. Im Herbst schien die Krise in Österreich anzukommen: Im Eintrag vom 21. November ist von einer Krise der Papier- und von Schwierigkeiten in der Textilindustrie die Rede. Kreisky zeigte sich dementsprechend pessimistisch und sprach von drei Millionen Arbeitslosen in Westeuropa.¹⁹⁶

Etwas mehr als sechs Jahre später, am 7. Jänner 1980, sollte Josef Staribacher eine uneinheitliche Preispolitik der OPEC-Staaten feststellen. Weitergehende Verwerfungen, Staribacher sprach gar von einem Zusammenbruch des Ölpreismarkts, erwartete er sich erst nach dem Eintreten einer Rezession mit krisenähnlichem Charakter.¹⁹⁷ Diese Einschätzung kehrte Ursache und Wirkung, wie sie von der Ölkrise 1973/74 bekannt sind, ins Gegenteil. In den nächsten Monaten dominierte die Versorgungs- gegenüber der Wirtschaftskrise, dies insbesondere im Mineralölsektor. Jene trat bereits in den ersten Jännerwochen als mögliches Szenario auf und sei, wie Staribacher am 25. Jänner andeutete, von der ÖMV heraufbeschworen worden.¹⁹⁸ Als Handhabe zur Lösung dieser Krise sah er vor allem die Bevorratungs- und Lenkungsgesetze, deren Verlängerung allerdings einer Zweidrittelmehrheit und damit der Zustimmung der ÖVP bedurfte, die nicht ohne politische Gegenleistungen zu erwarten war.¹⁹⁹ Letztere betrachtete der Handelsminister aber als nicht notwendig, denn in Bereichen, in denen selbst der Verweis auf internationale Verpflichtungen zu keinem Einlenken seitens der Volkspartei führen würde, könnten im Krisenfall Notverordnungen beschlossen werden.²⁰⁰ Als weiteres Instrumentarium zur Hintanhaltung einer Versorgungskrise wurde von Staribacher die Errichtung von Öl- und Gaslagern und generell die Lagerhaltung genannt; eine Option, die er befürwortete, auch im Widerspruch zu den Experten der AK.²⁰¹

Die Wirtschafts- im Unterschied zur Versorgungskrise begegnete einem in der ersten Jahreshälfte nur vereinzelt und wenn, dann praktisch stets außerhalb von Österreich. Noch

¹⁹⁵ Ebd., 23.9.1974, Bd. 22, 1121.

¹⁹⁶ Ebd., 21.11.1974, Bd. 23, 1395.

¹⁹⁷ Ebd., 7.1.1980, Bd. 53, 1.

¹⁹⁸ Ebd., 25.1.1980, Bd. 53, 80.

¹⁹⁹ Ebd., 16.4.1980, Bd. 54, 456.

²⁰⁰ Ebd., 28.4.1980, Bd. 54, 526.

²⁰¹ Ebd., 18.9.1980, Bd. 56, 1158.

Josef Staribacher führt an dieser Stelle nicht aus, warum sich die AK gegen eine diesbezügliche Lagerhaltung aussprach, es ist allerdings naheliegend, dass dies wegen der damit verbundenen Angebotsverknappung und der daraus folgenden Gefahr von Preissteigerungen erfolgte.

am 3. Juli hieß es, dass man in Deutschland eine stärkere Rezession erwarten würde, auf die insbesondere die amerikanische Wirtschaftskrise einen großen Einfluss hätte.²⁰² Am 10. September war schließlich die Rede davon, dass Kreisky eine längere, eine „richtige“ Krise erwartete. Das „Super-Deficit-Spending“ der Vergangenheit sei am Ende, in Krisengebieten wie dem Waldviertel sei man ohnehin auf einem guten Weg.²⁰³ Am 19. des Monats machten sich erstmals Vorboten der kommenden Stahlkrise bemerkbar: Ein geplantes Stahlwerk in der DDR, an dessen Errichtung sich die VÖEST beteiligen wollte, sollte „redimensioniert“ werden.²⁰⁴ Indes zeigte sich Staribacher am 3. Oktober unverdrossen optimistisch und wollte nicht an die „große Wirtschaftskrise“ glauben, von der bereits allenthalben die Rede sei.²⁰⁵ Am 9.10. trat die Stahlkrise, vorerst noch ohne explizite Erwähnung, erstmals direkt in Österreich in Erscheinung, als der Minister beklagte, dass die Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) anders als in vergangenen Krisen nunmehr überhaupt keine Aufträge hätten.²⁰⁶ Der Begriff selbst tauchte erst am 23. Oktober im Zusammenhang mit einer Debatte im Nationalrat auf.²⁰⁷ Anders als Staribacher plädierte Kreisky, beeinflusst durch seine Erfahrungen während der Weltwirtschaftskrise 1929, dafür, die Krisenhaftigkeit der österreichischen Wirtschaft auch zum „jetzigen Zeitpunkt“ als solche zu benennen.²⁰⁸

Die von der SPÖ bereits 1968 geforderten Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur und des Wohnbaus seien alle umgesetzt, stellte Staribacher am 20. November fest, nun sei es notwendig, ein neues Programm zu entwickeln.²⁰⁹ Als mögliche Hindernisse benannte er am 7. Jänner 1981 den nunmehr gesunkenen Investitionsbedarf im Bereich der Infrastruktur und außerdem den Mangel an finanziellen Mitteln.²¹⁰ Von Kreisky waren 1981 widersprüchliche Signale zu vernehmen: der Wunsch einer „riesigen Investitionsförderung“ (7.1.)²¹¹, der bereits von Staribacher geäußerte Einwand hinsichtlich der bereits erfolgten öffentlichen Arbeiten sowie der Verschuldung (20.1.)²¹², dann wieder die Forderung, Arbeitslosigkeit

²⁰² Ebd., 3.7.1980, Bd. 55, 849.

²⁰³ Ebd., 10.9.1980, Bd. 56, 1123f.

²⁰⁴ Ebd., 19.9.1980, Bd. 56, 1165.

²⁰⁵ Ebd., 3.10.1980, Bd. 56, 1230.

²⁰⁶ Ebd., 9.10.1980, Bd. 56, 1259.

²⁰⁷ Ebd., 23.10.1980, Bd. 57, 1321.

²⁰⁸ Ebd., 28./29.10.1980, Bd. 57, 1344.

²⁰⁹ Ebd., 20.11.1980, Bd. 57, 1443.

²¹⁰ Ebd., 7.1.1981, Bd. 58, 7.

²¹¹ Ebd., 7.1.1981, Bd. 58, 8.

²¹² Ebd., 7.1.1981, Bd. 58, 76.

auch um den Preis neuer Schulden zu überwinden (7.9.)²¹³. Die Stahlkrise spitzte sich in der Zwischenzeit weiter zu, die Lage der VEW wurde mit dem Begriff „Katastrophe“ beschrieben (4.5.)²¹⁴. Als weiterer Sektor geriet die Bauwirtschaft in den Krisenstrudel (26.2.²¹⁵, 1.9.1981²¹⁶).

Die klassisch-hermeneutische Analyse bestätigt somit die Ergebnisse der vorangegangenen Historischen Netzwerkanalyse: Während die erste Krisenperiode über weite Strecken von der Versorgungsfrage geprägt war und erst gegen Ende eine Wirtschaftskrise in Österreich fassbar wird, zeigten sich in der zweiten Krisenperiode vergleichbare Signale schon ein Jahr zuvor. Im zweiten Jahr waren die Krisenauswirkungen bereits derart gravierend, dass Pläne für konjunkturelle Fördermaßnahmen angedacht wurden, wenngleich die geänderten Rahmenbedingungen den Spielraum erheblich einengten. Dieser Befund ist jedoch dahingehend zu relativieren, als Versorgungs- und Wirtschaftskrise nicht trennscharf voneinander zu unterscheiden sind und außerdem ein Einfluss der Wahl der untersuchten Zeitperioden auf das Ergebnis auch dieses zweiten Analyseschritts nicht ausgeschlossen werden kann. Die im Zusammenhang mit der Frage des Krisencharakters festgestellte Verselbständigung der AK- und ÖGB-Spezialistengruppe, also deren Abspaltung 1980/81 vom 1973/74 noch gemeinsam mit Handelsministeriumsbeamten gebildeten Cluster, um Hermann Blaha, Otto Zöllner und Erich Schmidt soll nun am Beispiel des Letztgenannten, wiederum anhand der Staribacher-Tagebücher, näher betrachtet werden.

Josef Staribacher erwähnte Erich Schmidt das erste Mal am 20. November 1970, dies allerdings nur ganz am Rande im Zusammenhang mit Verhandlungen zu preisdämpfenden Maßnahmen.²¹⁷ Schmidt war damals erst seit Kurzem in der volkswirtschaftlichen Abteilung des ÖGB tätig und fungierte, wie Staribacher einen Tag darauf verraten sollte, als Assistent des Abteilungsleiters Thomas Lachs.²¹⁸ Noch 1973 sind die Fundstellen im Tagebuch nicht allzu zahlreich, sieben Einträge sind es genau, in denen Schmidt vorkommt. In diesen tritt er

²¹³ Ebd., 7.–10.9.1981, Bd. 61, 1123 (Beilage „Regierungsklausur 7. September 1981[,], 11 Uhr“; falsch als Blatt 1023 gestempelt).

²¹⁴ Ebd., 4.5.1981, Bd. 59, 568.

²¹⁵ Vgl. ebd., 26.2.1981, Bd. 58, 281.

²¹⁶ Vgl. ebd., 1.9.1981, Bd. 61, 1079.

²¹⁷ Ebd., 20.11.1970, Bd. 3, 822.

²¹⁸ Ebd., 21.11.1970, Bd. 3, 825.

vor allem im Zusammenhang mit Preisfragen in Erscheinung²¹⁹, welche Kompetenz zu dieser Zeit im Handelsministerium angesiedelt war und auf den noch sehr stark dirigistischen Charakter der österreichischen Wirtschaft hinweist. In der Ölkrise vom Herbst spielte Erich Schmidt nur am Rande eine Rolle. Am 12. November 1973 war er in Verhandlungen mit den ÖMV-Managern Horst Kreutler und Friedrich Feichtinger eingeschaltet, welche den Benzin- und Heizölpreis zum Inhalt hatten und sich anfangs nicht von vergleichbaren Verhandlungen in ruhigeren Zeiten unterschieden. Erst am Ende der betreffenden Tagebuchpassage lässt Staribacher durchblicken, dass es sich um keine gewöhnliche Preisverhandlung handelte, als er darüber Auskunft gibt, dass er die anwesenden Medienvertretern bewusst nicht über den Stand der Verhandlungen informierte, um das Hamstern von Kraft- und Heizstoffen hintanzuhalten.²²⁰ An 20. Februar 1974 erscheint Schmidt das zweite und vorerst letzte Mal im Zusammenhang mit einer Mineralölpreisverhandlung in Krisenzeiten. Auch in dieser Verhandlung schien er sich nicht besonders hervorgetan zu haben, vielmehr war es Otto Zöllner von der AK, welcher sich mit der Forderung an die Ölgesellschaften, deren Geschäftsberichte bis Ende März vorzulegen, bei Staribacher „lächerlich“ machte, wie es dieser wörtlich ausdrückte.²²¹ Derlei Effekthascherei erschien dem Minister, der zur Vermeidung von Versorgungsstörungen auf einen raschen Kompromiss mit den Vertretern der Mineralölwirtschaft hinarbeitete²²², wohl entbehrlich. 1974 scheint Erich Schmidt bereits in 26 Tagebucheinträgen namentlich auf, was gegenüber 1973 fast eine Vervierfachung bedeutet. Erneut sind es vornehmlich Fragen der Preisregelung, in welchen seine Expertise als Arbeitnehmervertreter gefragt erschien: Zuckerpreise²²³, Margarinepreise²²⁴, Preise für Tiefkühlprodukte²²⁵, wieder Mineralölpreise²²⁶ und so weiter. Bei anderen Produktgruppen, namentlich Obst und Gemüse, wurden trotz Bedenken seitens der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes Liberalisierungsschritte eingeleitet, in diesem Fall Schutzzölle gegen

²¹⁹ Preisbestimmungsgesetz: Ebd., 9.1.1973, Bd. 14, 129; 21.5.1973, Bd. 16, 586; 9.7.1973, Bd. 16, 895. Verordnung zu runden Preisen: Ebd., 10.8.1973, Bd. 17, 895. Mineralölpreise: Ebd., 12.11.1973, Bd. 18, 1245. Brotpreise: Ebd., 29.11.1973, Bd. 18, 1351.

²²⁰ Ebd., 12.11.1973, Bd. 18, 1244f.

²²¹ Ebd., 20.2.1974, Bd. 19, 261.

²²² Ebd., 20.2.1974, Bd. 19, 261.

²²³ U.a. ebd., 12.2.1974, Bd. 19, 218, 220.

²²⁴ U.a. ebd., 16.5.1974, Bd. 21, 602f; 17.5.1974, Bd. 21, 607.

²²⁵ Ebd., 28.5.1974, Bd. 21, 650; 31.5.1974, Bd. 21, 674.

²²⁶ Ebd., 29.10.1974, Bd. 23, 1307.

billige Importe aus Ostblockstaaten gesenkt und diesbezügliche Importquoten erhöht.²²⁷ Zöllner und Schmidt würden einsehen, wie es im Tagebucheintrag vom 6. November 1974 heißt, dass er, Staribacher, hier eine Entscheidung treffen müsse und nunmehr weitgehend mit den Vorstellungen der Industrie konform gehen.²²⁸

Zu Beginn der 80er-Jahre war Erich Schmidt bereits zum Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des ÖGB avanciert und parallel dazu als Nationalratsabgeordneter für die SPÖ tätig. Schmidts Bedeutungszunahme schlägt sich zum einen in einer weiter steigenden Zahl an Tagebuchnennungen (1980: 34 Einträge, 1981: 41 Einträge), zum anderen konkret im Tagebucheintrag vom 15. Jänner 1981 nieder, in dem es heißt, dass er bereits als neuer Handelsminister im Gespräch wäre.²²⁹ Die ersten beiden Monate des Jahres 1980 standen noch ganz im Zeichen von klassischen Preisverhandlungen²³⁰, wengleich diese wieder wie 1973/74 Mineralölprodukte in Zeiten einer Versorgungskrise betrafen und dadurch eine besondere Brisanz besaßen. Schmidt war hier nicht mehr Randfigur, sondern zentraler Player, wengleich es Staribacher letztlich gelang, die heiße Kartoffel Benzinpreise an die Sozialpartner und damit auch den ÖGB weiterzureichen: Die amtliche Preisregelung für Benzin sollte mit Mitte September 1981 auslaufen, womit die Preisfindung nicht mehr dem Handelsministerium, sondern der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen unterlag.²³¹ Zuvor hatte Erich Schmidt noch erfolglos versucht, diesen Schritt unter anderem mittels Forcierung alternativer Ölbezugsquellen in Nigeria abzuwehren.²³² 1981 war Schmidt gemeinsam mit Ferdinand Lacina als Koordinator an der Erstellung eines neuen SPÖ-Wirtschaftsprogramms beteiligt.²³³ Der Unterschied zum letzten Wirtschaftsprogramm des

²²⁷ Stenographischer Bericht der 3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, 8. Periode, 12.12.1974, 38, URL: https://www.landesarchiv.steiermark.at/cms/dokumente/12083711_112186624/b349c331/LTProt-1974-12-12.pdf (abgerufen 8.7.2020).

²²⁸ Staribacher-Tagebücher, 6.11.1974, Bd. 23, nicht paginiertes Blatt nach Blatt 1338.

²²⁹ Ebd., 15.1.1981, Bd. 58, 57.

Tatsächlich sollte Erich Schmidt 1983 Staribacher immerhin als ranghöchster SPÖ-Politiker im Handelsministerium nachfolgen, wengleich dies lediglich mit dem Posten eines Staatssekretärs verbunden war, denn neuer Minister wurde mit Norbert Steger ein FPÖ-Mitglied. 1986 wurde Schmidt schließlich Landwirtschaftsminister, womit seine politische Karriere gleichermaßen ihren Höhe- wie Endpunkt finden sollte.

²³⁰ U.a. ebd., 8.1.1980, Bd. 53, 11; 10.1.1980, Bd. 53, 20; 23.1.1980, Bd. 53, 69.

²³¹ Ebd., 17.9.1981, Bd. 61, 1151f.

²³² Ebd., 15.2.1980, Bd. 53, 197; 2.10.1980, Bd. 56, 1221.

²³³ Theodor Venus, Strukturkrise und das Ende der Vollbeschäftigung in Österreich. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den frühen achtziger Jahren, in: Projektbericht 11679, 41–109, hier: 66. Im Folgenden zitiert als: Venus, Strukturkrise. Vgl. auch Staribacher-Tagebücher, 16.–19.1.1981, Bd. 58, 64; 31.1./1.2.1981,

Jahres 1968 bzw. den Entstehungsbedingungen ist offenkundig: Dauerte die Ausarbeitung des 1968er-Programms noch rund ein Jahr samt medienwirksamer Einbindung von 1.400 Experten²³⁴, hatten 1981 zehn Arbeitskreise binnen weniger Monate das Nachfolgepapier zu erarbeiten²³⁵. Im August 1981 formulierten Schmidt, Kienzl, Veselsky und andere Sozialdemokraten in Alpbach ein programmatisches Papier, welches brisante Punkte wie eine „Pause“ in der Lohn- und Preispolitik oder die Verlegung der Donnerstag-Feiertage auf den darauffolgenden Freitag enthielt und offenbar innerhalb der SPÖ nicht abgesprochen war. Staribacher kritisierte dementsprechend das eigenmächtige Vorgehen „von [ein] paar außenstehenden Experten“. ²³⁶ Noch deutlicher wurde er am 15. Dezember 1981, als wiederum eine Gruppe um Schmidt und Veselsky ohne Abstimmung mit ÖGB, AK und SPÖ-Parlamentsklub mit der ÖVP in Sachen ÖIAG-Sanierung verhandelte. Staribacher spricht von einem „selbstherrlichen“ Agieren einiger „Experten“, an welchem „führende Genossen“ Anstoß genommen hätten.²³⁷

Das Beispiel von Erich Schmidt zeigt anschaulich, dass Netzwerkgrafiken im Rahmen einer Historischen Netzwerkanalyse nicht selbsterklärend sind und einer weitergehenden Interpretation „mit den Befunden der traditionellen Quellenauswertung“, wie es Düring und Keyserlingk ausdrücken, bedürfen. Zwar scheint die Abkoppelung Schmidts vom Apparat des Handelsministeriums, wie sie der erste, eigentliche Schritt der Netzwerkanalyse suggeriert hat, tatsächlich so stattgefunden zu haben, doch war es nicht die erste Ölkrise, welche die Bindung begründet, und nicht die Wirtschaftskrise, welche die Verselbständigung forciert hat. Vielmehr verlor all das politisch-administrative Klein-Klein, namentlich all die Preisverhandlungen, welche in die Zuständigkeit des Handelsministeriums fielen, im Laufe der Zeit kontinuierlich an Bedeutung – einerseits spiegelbildlich zu Schmidts persönlichem Aufstieg vom einfachen ÖGB-Preisfachmann zum selbständigen politischen Akteur, andererseits allgemein als Ausdruck einer, wenn auch zaghaften, Liberalisierung der Wirtschaft Österreichs.

Bd. 58, 144; 2.2.1981, Bd. 58, 152; 11.2.1981, Bd. 58, 212; 23.2.1981, Bd. 58, 259. 4.5.1981, Bd. 59, 568; 5.5.1981, Bd. 59, 579.

²³⁴ Theodor Venus, Der Bestand Wirtschaftspolitik der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, in: Projektbericht 11679, 201–209, hier: 201.

²³⁵ Ders., Strukturkrise, 66f.

²³⁶ Staribacher-Tagebücher, 1.9.1981, Bd. 61, 1074.

²³⁷ Ebd., 15.12.1981, Bd. 62, 1436.

4.8.3 Die Krisenregion Waldviertel und die Feriendorfpläne des Helmut „Pipsi“ Mayr

In der Krisenperiode 1973/74 wurde das Waldviertel erstmals am 12. März 1973 von Josef Staribacher thematisiert. Beim Jour fixe mit dem Generalsekretär der Handelskammer, Arthur Mussil, wünschte dieser in seiner Eigenschaft als Waldviertler ÖVP-Nationalratsabgeordneter für die Errichtung eines Wasserbehälters in der Industriezone von Zwettl eine Förderung des Handelsministeriums.²³⁸ Nachdem Staribacher dieses Ansinnen am 7. Mai mit Verweis auf Gewerbeförderungsaktionen, die er sämtlich aus dem in Frage kommenden Fördertopf zu finanzieren hätte, abschlägig beantworten musste, wie er es schon am 12. März getan hatte, brachte er im Anschluss einen Plan von Kreisky aufs Tapet, für die Koordinierung aller Wirtschaftsfonds einen eigenen Beirat zu schaffen. Dieser sollte Vorkehrungen treffen, um im Krisenfall unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten rasch strukturbereinigende und wirtschaftsfördernde Maßnahmen setzen zu können. Die Ansiedlung von Industriebetrieben im strukturschwachen Waldviertel wurde von vornherein als aussichtsloses Unterfangen angesehen, weshalb vor allem in den Tourismus große Hoffnungen gesetzt wurden.²³⁹ Selbst hier hieß es allerdings einschränkend, dass es in Niederösterreich an einer Fremdenverkehrsmentalität mangle und sich entsprechendes Know-how aus anderen Regionen, explizit war von einem Tiroler Musterbetrieb als „bester Lösung“ die Rede, nicht so ohne Weiteres ins Waldviertel „verpflanzen“ ließe.²⁴⁰

Tatsächlich fand sich mit Helmut „Pipsi“ Mayr zwar kein Tiroler, aber ein Kärntner Unternehmer, welcher dem Bundeskanzler am 11. Jänner 1980 aus nicht uneigennütigen Gründen eine Fremdenverkehrsstudie „Waldviertel“ zusandte. Die Herausforderungen waren verglichen mit 1973/74 dieselben geblieben: strukturelle Defizite und eine fehlende Fremdenverkehrstradition. Bisherige Fördermaßnahmen²⁴¹ seien, wie er in dem Papier ausführt, größtenteils wirkungslos geblieben. Mayr schwebte vor, im Waldviertel nach dem Vorbild des gleichfalls von ihm initiierten Moorheilbades Harbach ein Ferien- und Freizeitzentrum für Schwer- und Schichtarbeiter zu errichten, wobei die „zu erwartende klimatisch bedingte kurze Saison“ ein vielfältiges, nicht zuletzt finanzielles Engagement von Bund und Land Niederösterreich erfordere, um Risikokapital anzulocken. Es war auch dieses

²³⁸ Ebd., 12.3.1973, Bd. 15, 309

²³⁹ Ebd., 7.5.1973, Bd. 16, 513, 521.

²⁴⁰ Ebd., 21.5.1973, Bd. 16, 589.

²⁴¹ Vgl. KA, VI.1, Box 76 Waldviertelplan 1977–79.

„rauhe Klima“, das man den „arbeits- und streßbelastete[n]“ potentiellen Gästen als „vegetativ stabilisierendes Reizklima“ präsentieren müsse. Als zusätzlicher Anreiz sollte der von den Sozialversicherungsträgern im Zwei-Jahres-Abstand anzubietende 14-tägige Kuraufenthalt kostenlos sein, lediglich für allfällig mitreisende Ehegattinnen wäre ein sich an den Selbstkosten orientierender Beitrag zu entrichten. Die Vorteile lagen für Mayr auf der Hand: Das „Problem Schichtarbeiter“ würde gelöst, indem deren Gesundheit verbessert und mithin Frühpensionierungen, deren Kosten eineinhalb Milliarden Schilling betragen würden, unterbleiben könnten. Das „Problem Waldviertel“ würde wiederum zunächst dadurch angegangen, dass ein Bauvolumen von 1 bis 1,4 Milliarden Schilling in das Gebiet fließen und 1.300 Menschen in der Bau- und Zulieferwirtschaft beschäftigt würden. Weitere 1.500 Menschen könnten danach dauerhaft im Fremdenverkehr und angeschlossenen Bereichen Beschäftigung finden. Dem stünden Kosten des Bundes in der Höhe von insgesamt 600 Millionen Schilling gegenüber. Die laufenden Kosten bezifferte Mayr mit 210 bis 400 Millionen Schilling pro Jahr.²⁴²

Helmut Mayr bekam am 10. März 1980 die Gelegenheit, dem Bundeskanzler, dem Handelsminister und anderen hochrangigen Sozialdemokraten, darunter weitere Regierungsmitglieder, politische Vertreter aus Niederösterreich und Raumplaner, seine Pläne darzulegen.²⁴³ Obwohl sich Kreisky einverstanden zeigte und bereits konkrete Summen kursierten, mit denen sich etwa das Bundeskanzleramt beteiligen wollte²⁴⁴, zog Mayr wohl nicht zuletzt wegen heftigen Gegenwinds seitens der Handelskammer²⁴⁵ sein Projekt zurück²⁴⁶. Stattdessen realisierte er ein weiteres Kurzentrum in Groß-Grünz mit 160 Betten, ein Bruchteil der 4.000 bis 5.000 Betten des ursprünglichen Projekts.²⁴⁷

Resümierend bleibt festzuhalten, dass die Waldviertel-Feriendorfpläne des Jahres 1980 eine eher zweifelhafte Form von Strukturpolitik darstellen, die, zugespitzt formuliert, Wohl und Wehe einer Region von den geschäftlichen Interessen eines einzelnen Unternehmers

²⁴² Ebd., Box 77 Waldviertel, Mappe „Waldviertel“, Fremdenverkehrsstudie „Waldviertel“, Zusammenfassung.

²⁴³ Ebd., Typoskript „Sitzung betr. WALDVIERTEL (Vorbesprechung) am Montag, 10. 3. 1980[,] 17.30 Uhr“. Vgl. auch Staribacher-Tagebücher, 10.3.1980, Bd. 53, 308f.

²⁴⁴ Das Bundeskanzleramt war bereit, 50 Millionen Schilling für das Projekt zur Verfügung zu stellen, sofern das Land Niederösterreich denselben Betrag aufbringt. Staribacher-Tagebücher, 6.5.1980, Bd. 54, 62; 4.6.1980, Bd. 55, 702; 24.6.1980, Bd. 55, 791.

²⁴⁵ Ebd., 6.5.1980, Bd. 55, 562.

²⁴⁶ Ebd., 19.12.1980, Bd. 57, 1564.

²⁴⁷ Ebd., 25.2.1981, Bd. 58, 274.

abhängig macht und mit dem Erfolg seiner Pläne steht oder, wie hier, fällt. Man kann hierin auch einen frühen Versuch einer *Public-private Partnership* sehen, welche den späteren Trend zu einer Teilprivatisierung bislang rein staatlicher Aufgaben gleichsam vorwegnahm.

4.8.4 Eine verstärkte wirtschaftliche Orientierung nach Westen?

Der Frage, ob im Vergleich von 1973/74 und 1980/81 eine verstärkte Orientierung der österreichischen Wirtschaft Richtung Westen stattgefunden hat, soll nun am Beispiel der Person des Wirtschaftsministers der Bundesrepublik Deutschland, des wichtigsten österreichischen Handelspartners, nachgespürt werden. 1973/74 war dies Hans Friderichs, welcher allerdings aufgrund zu geringer Closeness-Zentralität nicht annotiert wurde und daher im betreffenden Netzwerk nicht vorkommt. 1977 folgte ihm sein FDP-Parteikollege Otto Graf Lambsdorff nach, der, mit einer kurzen Unterbrechung 1982, bis 1984 als Wirtschaftsminister der BRD amtierte und folglich auch 1980/81 als bundesdeutsches Gegenüber von Josef Staribacher fungierte.

Die ersten Tagebucheinträge des Jahres 1980, in denen Otto Graf Lambsdorff aufscheint, stehen überwiegend im Zeichen des sogenannten Dreiertreffens der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, von Österreich und der Schweiz, welches für den 10. und 11. Juli 1980 in Lübeck angesetzt wurde.²⁴⁸ Staribachers Deutschlandreise begann bereits am 9. Juli und führte diesen zuerst nach Nürnberg, wo er mit dem dortigen Bürgermeister sowie dem österreichischen Konsul, gleichzeitig Präsident der Nürnberger Industrie- und Handelskammer, die Möglichkeit einer Ausweitung des österreichischen Exports erörterte. Ein weiteres Thema war der Rhein-Main-Donau-Kanal, der sich damals noch in Bau befand.²⁴⁹ Zum Abendessen lud der Konsul auch zwei Vertreter der Firma Grundig, welche ihre Sorge über die japanische Konkurrenz zum Ausdruck brachten. Staribacher versprach, dieses Thema gegenüber Lambsdorff zur Sprache zu bringen. Der liberale Politiker stimmte später zur Überraschung seines österreichischen Amtskollegen einer Kontingentierung japanischer Videorekorderimporte nach Deutschland und Österreich zu.²⁵⁰ Dass diese Angelegenheit damit nicht aus der Welt geschafft war, zeigen darauffolgende

²⁴⁸ Vgl. ebd. 22.2.1980, Bd. 53; 9.5.1980, Bd. 54, 587; 10.–13.6.1980, Bd. 55, 722; 23.6.1980, Bd. 55, 784.

²⁴⁹ Ebd., 9.–13.7.1980, Bd. 55, 885.

²⁵⁰ Ebd., 9.–13.7.1980, Bd. 55, 885f.

Tagebucheinträge.²⁵¹ In Hamburg besprach Josef Staribacher mit dem Wirtschaftssenator und lokalen Handelskammervertretern den österreichischen Hafenumschlag in Hamburg, der nicht zuletzt amerikanische Kohle für die VÖEST einschloss. Weitere Themen waren der Wintertourismus nach Österreich sowie eine für September geplante Reise von 14 Handelskammerdelegierten nach Wien.²⁵² Vor dem eigentlichen Dreiertreffen wurde noch eine bilaterale Aussprache mit dem Schweizer Wirtschaftsminister Fritz Honegger anberaunt, in der es vor allem um die Beseitigung von Handelshemmnissen zwischen Österreich und der Schweiz ging.²⁵³ Das Dreiergespräch selbst drehte sich dann vor allem um internationale Fragen und weniger um die Situation in Deutschland, Österreich und der Schweiz, wie Staribacher selbst betonte. Neben dem alles beherrschenden Energiethema wurden unter anderem die Rückzahlungsschwierigkeiten bei Exportkrediten, welche Polen und Jugoslawien gewährt worden waren, besprochen.²⁵⁴ Die letzte Etappe seiner Deutschlandreise führte den Handelsminister nach Bonn, worüber das Tagebuch mit Ausnahme des Tagesprogramms jedoch keine Auskunft gibt.²⁵⁵

Am 16. Februar 1981 fand eine Besprechung von Josef Staribacher mit Vertretern der ÖMV und der Austria Ferngas GmbH statt, welche die Diversifizierung der österreichischen Erdgasimporte, welche bis dahin vornehmlich aus der Sowjetunion erfolgten, zum Inhalt hatte. Da die Verhandlungen zwischen der ÖMV und der deutschen Ruhrgas AG über den Bezug von Erdgas aus der Nordsee bis zu diesem Zeitpunkt erfolglos geblieben waren, kündigte Staribacher an, gegebenenfalls mit dem Generaldirektor der Ruhrgas AG, Liesen, oder sogar mit Wirtschaftsminister Lambsdorff zusammentreffen zu wollen, um eine Einigung herbeizuführen. Das „politische Argument“, das Staribacher hierbei ins Treffen führte, war, dass er „andere Bezugsquellen als nur aus dem Osten für Energieimporte suchen“ müsste und daher alles daransetzen würde, „auch Nordseegas zu bekommen“.²⁵⁶

²⁵¹ Vgl. ebd., 15.7.1980, Bd. 55, 904; 19.9.1980, Bd. 56, 1168.

²⁵² Ebd., 9.–13.7.1980, Bd. 55, 886f.

²⁵³ Ebd., 9.–13.7.1980, Bd. 55, 887–889.

²⁵⁴ Vgl. ebd., 9.–13.7.1980, Bd. 55, 889–894.

²⁵⁵ Ebd., 9.–13.7.1980, Bd. 55, Beilage Tagesprogramm, vor 885.

²⁵⁶ Ebd., 16.2.1981, Bd. 58, 219f.

Im Herbst, genauer: am 9. Oktober 1981, konnte der Handelsminister den Erfolg seiner Bemühungen vermelden.²⁵⁷

Wenige Tage später, am 12. und am 13. Oktober, traf Staribacher erneut mit seinen Amtskollegen aus Deutschland und der Schweiz zusammen. Ort dieses zweiten und letzten Dreiergesprächs der Periode 1980/81 war diesmal Linz. Diskutiert wurde abermals über Energie, insbesondere Erdgas, die wirtschaftliche Situation in Deutschland sowie in Frankreich, hier besonders die Verstaatlichungspolitik der neuen sozialistischen Regierung, weiters das Thema Verkehr, nicht zuletzt der Dauerbrenner Rhein-Main-Donau-Kanal²⁵⁸, der Weltwirtschaftsgipfel in Cancún und schließlich über GATT-Vereinbarungen und die EG-Integration. Das nächste Ministertreffen wurde für den 19. und 20. Juli 1982 in der Schweiz vereinbart.²⁵⁹

Die in Lübeck besprochenen Probleme bei Exportkrediten an einige RGW-Staaten betrafen im Fall von Österreich die DDR, vor allem aber Polen und Rumänien. Während es Rumänien gelang, einen Teil seiner Schulden zu begleichen, indem es gegenüber seiner Bevölkerung eine harte Austeritätspolitik durchsetzte, stieg der Anteil von Polen an der gesamten Nettoverschuldung österreichischer Banken im Jahr 1980 auf 50 Prozent. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage in Polen, welche in der sogenannten Polenkrise kumulierte, befürchtete Finanzminister Hannes Androsch ein Zahlungsmoratorium Polens gegenüber seinen westlichen Handelspartnern und sprach sich daher gegen weitere Exporthaftungen für Polen aus.²⁶⁰ Demgegenüber konnte Österreich dank der Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit den Wirtschaftsaufschwung in Westeuropa Ende der 70er-Jahre nutzen und seine Position auf dem EG-Markt ausbauen.²⁶¹

²⁵⁷ Ebd., 9.10.1981, Bd. 61, 1248.

²⁵⁸ Vgl. ebd., 20.10.1981, Bd. 61, 1292.

²⁵⁹ Ebd., 12.–13.10.1981, Bd. 61, 1258–1263.

²⁶⁰ Venus, Strukturkrise, 51.

²⁶¹ Ebd., 52.

Die folgende Tabelle²⁶² zeigt die Jahressummen der Exporte Österreichs in jene Länder, welche seine wichtigsten Handelspartner darstellten, zwischen 1972²⁶³ und 1983, wobei die projektrelevanten Jahre fett formatiert sind:

	D	CH	I	F	NL	GB	USA	J	Y	H	CS	DDR	PL	RO	BG	SU
1972	20,1	10,4	8,6	2,2	2,8	7,0	4,0	0,6	2,9	2,2	1,6	1,0	1,8	1,2	0,6	2,2
1973	22,2	11,2	10,7	2,5	3,2	7,7	4,2	0,9	4,0	2,6	2,0	1,4	2,5	1,2	0,6	1,8
1974	26,2	13,3	12,8	3,0	4,0	8,5	4,6	1,0	6,8	5,1	2,9	1,7	4,3	1,6	1,1	3,5
1975	25,6	10,2	10,4	3,3	3,2	7,3	3,2	0,7	6,0	4,7	3,3	2,0	5,8	1,5	1,2	3,8
1976	35,6	11,0	13,9	4,3	4,1	7,4	4,0	0,8	5,5	4,5	3,2	1,8	6,7	1,7	0,9	4,2
1977	43,0	11,5	14,6	4,8	4,6	7,5	5,0	0,7	6,0	5,0	3,5	1,7	5,9	1,9	0,8	4,6
1978	51,3	13,7	15,5	6,0	5,3	8,7	5,3	1,0	6,1	5,4	3,2	1,8	5,4	2,1	0,9	5,4
1979	62,5	15,2	20,2	6,6	5,5	9,2	5,2	1,5	8,2	4,7	2,9	2,3	5,8	2,9	1,3	6,8
1980	69,8	17,0	24,8	7,8	5,9	8,3	4,9	1,8	7,4	4,9	3,1	3,0	6,1	2,5	1,5	6,2
1981	73,3	18,6	25,3	9,0	5,9	10,5	6,5	2,2	7,6	6,7	3,3	3,3	3,5	2,3	1,9	7,7
1982	78,3	18,7	24,2	11,3	6,5	11,5	7,8	2,3	7,8	6,4	4,2	3,6	2,3	1,7	2,1	9,4
1983	85,3	18,9	24,6	10,4	6,7	11,3	8,2	2,8	7,2	6,1	3,6	6,3	3,1	1,0	2,6	10,8

Tab. 3: Österreichische Exporte 1972 bis 1983 in Milliarden Schilling

Im Vergleich von 1973/74 und 1980/81²⁶⁴ zeigt sich, dass vor allem die Exporte in die Bundesrepublik Deutschland stark zunahm. Eine ähnliche Dynamik wiesen lediglich die Ausfuhren nach Frankreich und in die Sowjetunion auf, beide allerdings von einem weit geringeren Niveau ausgehend. Die Auswirkungen der ersten Krise 1973/74 schlugen sich erst 1975 auf die österreichischen Exporte aus, in Bezug auf die westlichen Handelspartner mit Ausnahme von Frankreich durchwegs, wohingegen die Ziffern der Handelspartner im RGW-Raum ein uneinheitliches Bild zeigen; hier konnten immerhin in der Tschechoslowakei, der DDR, Polen, Bulgarien sowie in der Sowjetunion Zuwächse verzeichnet werden. Die Krise der Jahre 1980/81 war entsprechend der Statistik, zumindest soweit es den Westen betrifft, keine der Exportwirtschaft. Nur in Italien und – zeitverzögert – in Frankreich sowie Großbritannien waren kleinere Rückgänge zu verzeichnen. Anders präsentierte sich das Bild im Osten: Hier konnten lediglich die Exporte in die DDR, nach Bulgarien und in die Sowjetunion ein durchgängiges Wachstum verzeichnen. Davon abgesehen stagnierten die

²⁶² Die Daten entstammen: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 49 (1976) Statistische Übersichten, 20, URL: <https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1976StatUebersichten.pdf> (abgerufen 4.6.2020); MOBE 53 (1980) Stat. Übers., 21, URL: <https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1980StatUebersichten.pdf> (abgerufen 4. Juni 2020); MOBE 57 (1984) Stat. Übers., 21, URL: <https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1984StatUebersichten.pdf> (abgerufen 4.6.2020).

²⁶³ Bis inklusive 1971 wurden in der Statistik lediglich Monatsdurchschnittswerte angegeben, weshalb die betreffenden Zahlen mangels Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt wurden.

²⁶⁴ Zu beachten ist dabei, dass die Zahlen nicht inflationsbereinigt sind!

Ausfuhren oder gingen, wie im Fall von Rumänien und vor allem von Polen, markant zurück. Hier sank der Export nach einer kleinen Erholung 1979/80 von 6,7 Milliarden Schilling im Jahr 1976, womit Länder wie Frankreich, die Niederlande oder die USA auf die Plätze verwiesen wurden, auf 2,3 Milliarden 1982.

Die quellenbasierte Überprüfung der Ergebnisse der Netzwerkanalyse bestätigt somit die These einer zunehmenden Westorientierung der österreichischen Wirtschaft zwischen 1973/74 und 1980/81, welche, wie die hohe Betweenness-Zentralität von Otto Graf Lambsdorff im 1980/81er-Netzwerk suggeriert, vornehmlich dem Handel mit der Bundesrepublik Deutschland zu verdanken war.

4.9 Resümee

Wiewohl im gegenständlichen Projekt mehr die Grenzen als der Nutzen einer Historischen Netzwerkanalyse aufgezeigt wurden, wurden doch Entwicklungslinien deutlich, welche über die beiden betrachteten Zeitperioden hinausgehen und teilweise bis in die Gegenwart reichen. Die Ökonomenrunden in Kreiskys Villa fanden zwar zumindest bis 1980 statt, doch scheint dieses Format von keinem seiner Nachfolger aufgegriffen worden zu sein. Bereits in Kreiskys Amtszeit wurde das Staatssekretariat von Adolf Nußbaumer nach dessen Ableben 1982 nicht von einem Volkswirt, sondern mit Ferdinand Lacina von einem Betriebswirt besetzt. Mit dem Ende des Kabinetts Kreisky schied auch der letzte Nationalökonom, Hans Seidel, aus der Regierung aus. Der Weg in eine Politik, die den Staat „alternativlos“ nach den Regeln eines Großbetriebs zu managen gedenkt, wurde damit gleichsam vorweggenommen. Vermeintlich unideologische Technokratinnen und Technokraten, welche früher noch administrative Details im Rahmen einer dirigistischen Wirtschaftsordnung zu regeln hatten, fanden nunmehr ein neues Betätigungsfeld. Das „Problem Waldviertel“ wurde wiederum nicht durch ein Feriendorf, sondern durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den folgenden EU-Beitritt der benachbarten Tschechischen Republik wenn nicht gelöst, so doch gemildert. (Ebenso wenig war im Übrigen der Klimawandel vorhersehbar, welcher dem „rauen Klima“ des Waldviertels heute seine Spitzen nimmt.) Die stärkere Westorientierung Österreichs

sollte schließlich durch die EU-Osterweiterung wieder relativiert, die alten Bindungen an die Staaten des ehemaligen Ostblocks in neuer Form reaktiviert werden.

Wenn vorhin von den Grenzen einer Historischen Netzwerkanalyse am Beispiel des politischen Tagebuchs von Josef Staribacher die Rede war, so muss doch einschränkend ergänzt werden, dass von den insgesamt mehr als 10.000 Personen, welche im Rahmen des Projekts in den Texten identifiziert und markiert worden waren, nur ein Bruchteil, 300, annotiert und für die Netzwerkanalyse herangezogen wurde. Von der Option, Orte oder Institutionen in die Analyse miteinzubeziehen, wurde erst gar nicht Gebrauch gemacht, da dies den Rahmen des Projekts in jederlei Hinsicht gesprengt hätte.

Geblichen ist dennoch eine gewisse Skepsis gegenüber Versuchen, Geschichte zu quantifizieren. Die von Düring und Keyserlingk formulierte, aus zwei Schritten bestehende Methode stellt überdies eine Gratwanderung zwischen einer (zu) oberflächlichen Überprüfung der aus der Netzwerkanalyse gewonnenen Ergebnisse auf der einen und einer Verdoppelung des Forschungsaufwandes auf der anderen Seite dar. Dies führt im Extremfall dazu, dass der Schritt der Überprüfung zur eigenständigen Forschungsarbeit ausartet, welche den vorangegangenen Schritt und damit generell die Historische Netzwerkanalyse obsolet macht.

5 Krisenwahrnehmung in den Tagebüchern Josef Staribachers. Eine Textanalyse auf mehreren Ebenen

Wie weiter unten gezeigt werden wird, war ab den 1970-er Jahren in Österreich von einer Vielzahl von unterschiedlichsten Krisen die Rede. Allerdings verwenden wir in diesem Projekt keinen induktiven Begriff von Krise, also z. B. keinen engen ökonomischen Krisenbegriff,²⁶⁵ etwa einen, der auf marxistische Konzepte zurückginge, die Krisen als unausweichliche Begleiterscheinungen kapitalistischer Wirtschaftssysteme begreifen — ein Krisenbegriff, dem einige der in den Quellen auftretende Akteure anhängen²⁶⁶, oder einen, der „Krise“ als Gleichgewichtsstörung z.B. zwischen Angebot und Nachfrage begreift. Hier interessiert „Krise“ und Krisenwahrnehmung in einem umfassenderen, wenn auch notwendigerweise vageren Sinne: Gemeinhin beschreibt das Wort Problemlagen, die für verschiedene Alternativ-Interpretationen offen bleiben.²⁶⁷ Meyer et al. definieren eine historische Krise als „Umbruch, der die sozialen Verhältnisse tiefgreifend verändert, nach dem alles ‚anders‘ ist.“²⁶⁸ Koselleck hingegen meint, der Wortgebrauch selbst könne als „Symptom einer geschichtlichen ‚Krise‘ gedeutet werden“,²⁶⁹ geht also in der Definition einer Krise von der Wahrnehmung der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen aus. In diesem Sinn betrachtet das hier konzipierte Forschungsprojekt die Verwendung des Wortes „Krise“ durch die handelnden Akteure in einem spezifischen historischen Kontext als leitende Spur, „Krise“ interessiert also sinngemäß als „Selbstbeschreibung einer Gesellschaft“, die sich, so meint zumindest Thomas Mergel in einem diesbezüglichen Überblickstext, „so ebenso ihrer Reformbedürftigkeit wie ihrer Wandlungsfähigkeit vergewissert.“²⁷⁰

²⁶⁵ Siehe dazu Michael Hülsmann / Philip Cordes, Krise aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive. Einige Überlegungen zur Entwicklung eines Terminologiesystems und zur Eignung organisationstheoretischer Erklärungsansätze, in: Carla Meyer, Katja Patzel-Mattern, Gerrit Jasper Schenk (Hg.), Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive, Stuttgart 2013, 67–96. Sammelband im Folgenden zitiert als: Meyer et al. (Hg.), Krisengeschichte(n); Alexander Nützenadel, Der Krisenbegriff in der modernen Ökonomie, in: Mergel (Hg.), Krisen verstehen, 47–58.

²⁶⁶ Siehe dazu Maria Mesner, „K. u. k. Socialdemocracy“ Reloaded: Austria’s SPÖ and the State after 1945, in: Mathieu Fulla / Marc Lazar (Hg.), European Socialists and the State in the Twentieth and Twenty-First Century, London 2020 (in Druck).

²⁶⁷ Renate Bebermeyer, „Krise“-Komposita — verbale Leitfossilien unserer Tage, in: Muttersprache. Zeitschrift zur Pflege und Erforschung der deutschen Sprache 90 (1980), 189–210.

²⁶⁸ Carla Meyer / Katja Patzel-Mattern / Gerrit Jasper Schenk, Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive — Eine Einführung, in: Dies., Krisengeschichte(n), 12.

²⁶⁹ Koselleck, Krise, 649f.

²⁷⁰ Thomas Mergel, Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Ders. (Hg.), Krisen verstehen, 13.

Durch die Fokussierung auf die Tagebücher als Quelle wählen wir einen sehr spezifischen Ausschnitt von Gesellschaft: Es geht um in den 1970-er Jahren regierende Politiker_innen und ihre Umgebung: Kabinettsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen, Berater und Beraterinnen, Vertreter und Vertreterinnen der sozialpartnerschaftlichen Institutionen, von Parteien usw., aus der Perspektive des amtierenden Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie, also jene Menschen, die bereits in der Netzwerk-Analyse auftauchten. Wir wählen als zeitlichen Anker die erste von den Zeitgenoss_innen als solche wahrgenommene größere Wirtschaftskrise als Ausgangspunkt und die Jahre 1980/81 als Referenz- und Vergleichspunkt: Die Quelle ist trotz der im Zusammenhang mit diesem Projekt ermöglichten digitalen Erschließung zu groß, als dass eine Vollerhebung möglich gewesen wäre, weswegen wir den zeitlichen Rahmen auf historiographisch belegte Krisenzeiten einschränkten. Um die Daten vergleichbar zu halten, haben wir jeweils gleiche Zeiträume, nämlich die Tagebucheintragungen von immer zwei Kalenderjahren gewählt.

Diese Teile der Tagebücher Josef Staribachers behandeln wir als diskursives „Archiv“²⁷¹. In einem ersten Schritt wählen wir einen quantitativen Zugang²⁷² und suchen im Dokument nach der „Krise“. Wir kodieren die Erwähnungen je nach ihrer semantischen Umgebung. So machen wir Häufungen im Reden über die Krise aus und fragen danach, mit welchen Begriffen Krise in Zusammenhang gebracht wurde. Die quantitativen Ergebnisse bringen wir mit der Zeitachse in Zusammenhang, sodass wir Antworten auf die Fragen erhalten, in Verbindung mit welchen Phänomenen „Krise“ wann vorkam, welche zeitlichen Bezüge also hergestellt werden können, in welchen Zusammenhängen am häufigsten von „Krise“ die Rede war und ob Entwicklungstendenzen nachzuvollziehen sind, die einer historischen Interpretation zugänglich sind.

Erst in einem zweiten Schritt erfolgt eine qualitative Diskursanalyse, es wird also den semantischen Tiefenstrukturen, den verwendeten Metaphern, den hergestellten Bezügen nachgespürt, auf explizit Fehlendes, Leerstellen also wird geachtet, und Überlegungen, die mit einer wahrgenommenen „Krise“ im Zusammenhang stehen, werden im Dokument

²⁷¹ Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt / Main 2003, 35. Im Folgenden zitiert als: Mergel, Einleitung.

²⁷² Zum Zusammenhang von quantitativer und qualitativer Analyse und zur Methode der Inhaltsanalyse grundlegend siehe Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 12., überarbeitete Auflage, Weinheim — Basel 2015.

gesucht. Die aussagekräftigsten Stellen werden ausgewählt, um eine Analyse in Bezug auf Argumentationsmuster, Wahrnehmungen, außertextliche Referenzen und Vorstellungen von Krise sowie entsprechenden Wahrheitsansprüchen, persönlichen Stellungnahmen etc. durchzuführen. Dabei werden auch die Metaphern und Bilder, mit denen die „Krise“ beschrieben wird, in den Blick genommen und nach deren Veränderung zwischen 1973/74 und 1980/81 gefragt.

5.1 Quantitative Auswertung

In einem ersten Abfrageschritt wurde, um alle grammatikalischen Formen und Komposita von „Krise“ zu finden, der String *krise* mit * als Joker davor und dahinter gesucht. In der ersten Abfrageperiode stießen wir dabei auf 123 Nennungen, die 97 verschiedenen Tagebucheinträgen zuzuordnen sind, in der zweiten nur auf 98, die zu 75 Tagebucheinträgen gehören. Das liegt allerdings nicht an der insgesamt geringeren Textmenge: In den Jahren 1973/74 ergab das von Staribacher Diktierte 3.064 Schreibseiten, in den Jahren 1980/81 diktierte er das Äquivalent von 3.068 Seiten. „Krise“ wurde also in der zweiten Untersuchungsperiode weniger häufig genannt.

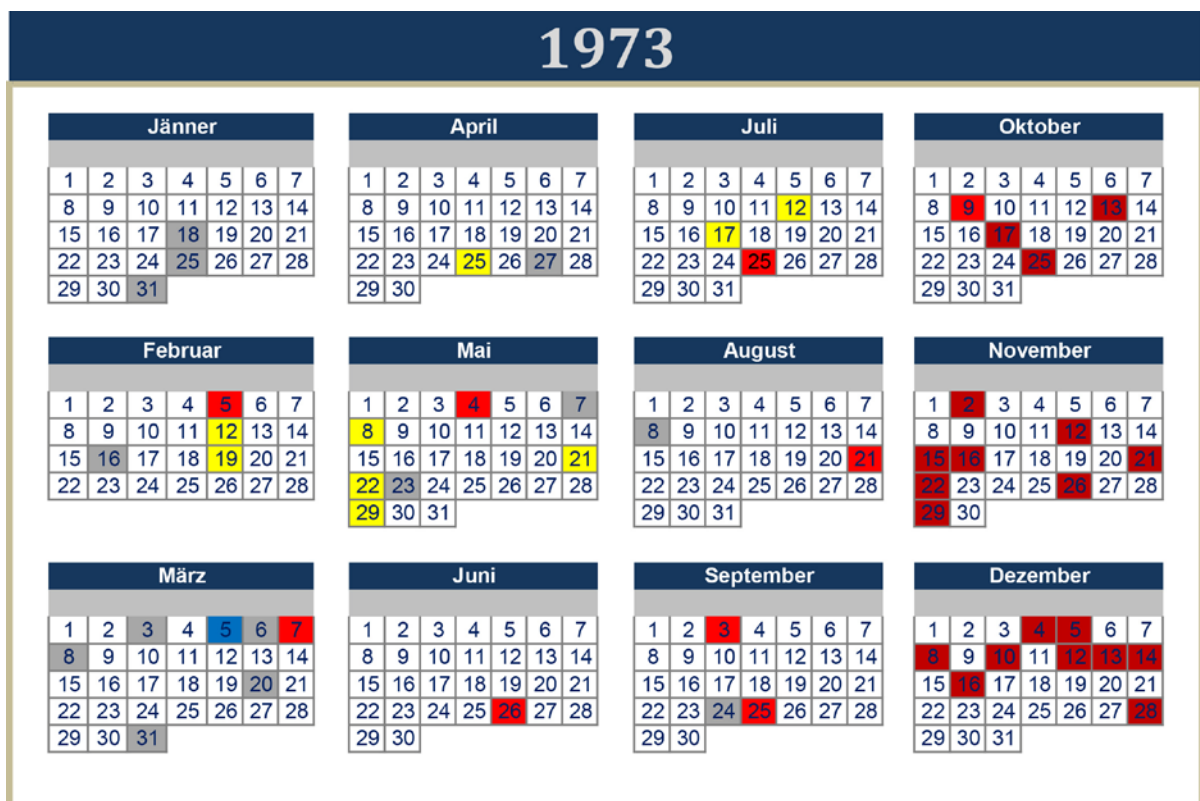
Diese Nennungen wurden folgenden deduktiv gebildeten semantischen Clustern zugeordnet, die meist bezeichnen, in welchem Bereich der Tagebuch-Schreiber die „Krise“ sah: im staatlichen Budget (B), bei der Energieversorgung allgemein, ausgenommen jene mit Erdöl (E), im Zusammenhang mit Erdöl (Ö), verschiedene Krisen außerhalb Österreichs (Ap), im Bergbau (KB), im Waldviertel bzw. die Mur-Mürz-Furche als Krisenregionen (KR), in der Preisentwicklung (P), in der Versorgung mit verschiedenen Rohstoffen (V), im Zusammenhang mit Währungen (Wä), in der Wirtschaft allgemein (W), in der Versorgung mit Zucker (Z) und innerhalb der SPÖ (S). Dazu wurden noch weitere Cluster gebildet, die Staribachers Bemerkungen zu „Krise“ im Allgemeinen (Ka) und die staatliche Vorbereitung auf etwaige Krisen (KV) betrafen. Es stellte sich heraus, dass in der ersten Untersuchungsperiode relativ viele Nennungen auf den „Milchkrisengroschen“ entfielen, also wurde daraus ebenfalls ein Cluster gebildet (MK). Es blieben dann auch noch vereinzelte

Nennungen von „Krise“, die keinem der Cluster zuzurechnen waren und die auch untereinander keinen Sinnzusammenhang ergaben, die aber gemeinsam codiert wurden (kZ).

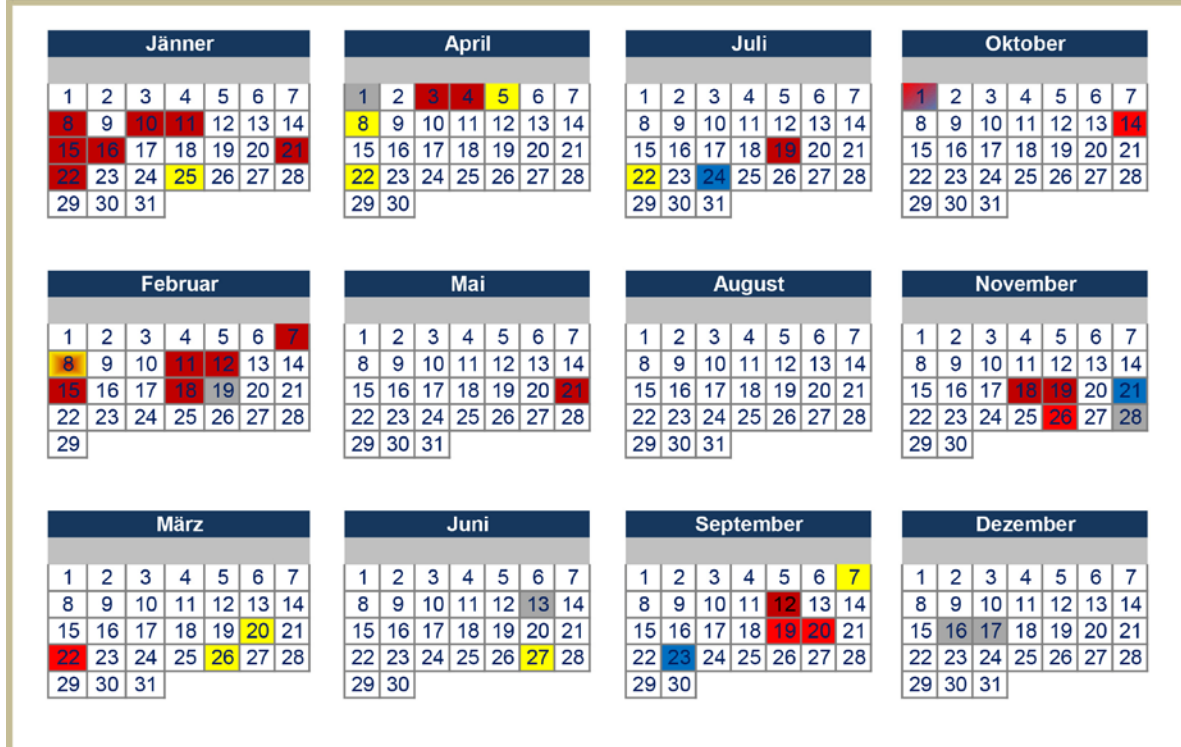
Die Nennungen wurden dann in den beiden Untersuchungsperioden getrennt gezählt. Das ergab folgendes Bild:

Semantisches Cluster	Anzahl der Nennungen in der Periode 1973/74	Anzahl der Nennungen in der Periode 1980/81
Ap	0	8
B	0	5
E	15	8
Ka	9	2
KB	2	0
KR	1	1
KV	1	22
kZ	5	8
MK	19	0
Ö	46	9
P	3	0
S	0	5
V	5	0
W	5	37
Wä	5	0
Z	2	0

Die Cluster, die in den beiden Untersuchungsperioden die jeweils häufigsten Nennungen aufwiesen, wurden entlang ihrer Häufung in einen zeitlichen Verlauf gesetzt. Es waren dies die Cluster „Erdöl“ (rotbraun), „Energie“ (rot) und „Milchkrisengroschen“ (gelb) für die Untersuchungsperiode 1973/74 sowie „Erdöl“ (rotbraun), „Krisenvorbereitung“ (grün) und „Wirtschaft allgemein“ (blau) für die Periode 1980/81. Die Daten der übrigen Nennungen von „Krise“ wurden grau eingefärbt. Folgendes Bild ergab sich für die Untersuchungsperiode 1973/74:



1974



Auffällig sind die vor allem in den ersten und letzten Monaten des Zeitraumes häufigen Nennungen des „Milchkrisengroschens“. Das ist darauf zurückzuführen, dass das Handelsministerium in die Sozialpartnerverhandlungen über die Höhe dieses Groschens eng eingebunden, der Minister damit offenbar sehr beschäftigt war. Der Milchkrisengroschen war Teil der Milchmarktordnung, die Gegenstand langer und heftiger Kontroversen der Sozialpartner war. Die Milchmarktsteuerung bestand in einer Abnahmegarantie gegenüber den milchproduzierenden Bauern zu einem einheitlichen Preis. Im Gegenzug wurde zur Finanzierung der Milch-Überschussverwertung ein bestimmter Betrag pro Liter Milch vom Erzeugerpreis abgezogen. Dieser „Milchkrisengroschen“ stieg mit steigenden Überschüssen²⁷³ und war daher Gegenstand von, wie die Grafik abbildet, langwierigen Verhandlungen, die offenbar einen erheblichen Teil der ministeriellen Ressourcen banden. In Bezug auf den Gegenstand dieser Untersuchung, die Krisenwahrnehmung der politischen Akteur_innen, ist der „Milchkrisengroschen“ im Grunde nicht relevant, weil sich ein

²⁷³ Egon Matzner, Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen. Mit Beiträgen von Helfried Bauer, Sverre Baumgartner, Wolfgang Blaas, Hans Glatz, Gerhard Rüscher, Günter Scheer, Wilfried Schönback und Hans Wösendorfer, Wien 1982, 282.

Zusammenhang zwischen der Bezeichnung und einer Krise als „Umbruch“²⁷⁴ nicht sichtbar ist oder allein die Verwendung des Wortes auch nicht nachvollziehbar als „Symptom einer ‚Krise‘“²⁷⁵ gedeutet werden kann. Inwiefern die Bezeichnung „Milchkrisengroschen“ Aspekte der „Selbstbeschreibung einer Gesellschaft“ trägt,²⁷⁶ ist nicht nachvollziehbar, weil auch über die Entstehung der Bezeichnung nichts bekannt ist. Allerdings wurde die Anwendung des Systems „Krisengroschen“ auf andere wirtschaftliche Bereiche erwogen, etwa jenen der Energieproduktion: Elektrizität sollte so zu Gunsten des Kohlebergbaus belastet werden.²⁷⁷ Daraus wäre zu schließen, dass die „Krise“, die es hier zu lösen galt, in einem Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot in einem sehr geregelten Markt bestand. Sowohl beim „Milchkrisen“- als auch bei anderen „Krisengroschen“-plänen scheint das Ziel aber in einer Aufrechterhaltung des Status quo über Markteingriffe gelegen zu sein, sollte also einen „Umbruch“ gerade zu verhindern.

Neben diesen gelben Markierungen findet sich in den ersten neun Monaten des Jahres noch eine größere Anzahl von roten, die auf Erwähnungen von Krise im Zusammenhang mit Energie hindeuten. Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass es sich hierbei um die Reflektion einer saisonalen Situation handelt. Wenn im Winter der Wasserstand der Flüsse niedrig war und daher wenig Strom aus Wasserkraft gewonnen werden konnte, andererseits aber für das Heizen Strom gebraucht wurde, stellte sich die Frage der alternativen Versorgung mit Energie — durch Verhandlungen über Gaslieferungen aus der Sowjetunion für kalorische Kraftwerke beispielsweise oder auch durch den Bau eines (nach dem in Bau befindlichen Kraftwerks in Zwentendorf) zweiten Kernkraftwerks. Aus Staribachers Perspektive fand die Krise in dieser Phase eher in der Negation statt: „Von einer Energiekrise könnte überhaupt nich[t] geredet werden, weil Heizöl in rauen Mengen zur Verfügung steht“, ²⁷⁸ äußerte sich Staribacher beispielsweise. Beginnend mit dem 13. Oktober 1973 häufen sich dann bis in den Februar 1974 die rotbraunen Einträge, die eine „Krise“ in Bezug auf Erdöl markieren und die die größte Gruppe von Nennungen in der Untersuchungsperiode darstellen. Mit März

²⁷⁴ Koselleck, *Krise*, 649f.

²⁷⁵ Meyer et al. (Hg.), *Krisengeschichte(n)*, 12.

²⁷⁶ Mergel, *Einleitung*, 13.

²⁷⁷ Siehe Staribacher-Tagebücher, 20.3.1973, Bd. 15, 361.

²⁷⁸ Tagebücher Josef Staribacher. Digitale Ausgabe. Hg. von Kreisky-Archiv und ACDH. Seite 14-0131, URL: https://staribacher.acdh.oeaw.ac.at/get/staribacher.453_1 (abgerufen 23.7.2019). Im Folgenden zitiert als Staribacher-Tagebücher. Digitale Ausgabe. URL: https://staribacher.acdh.oeaw.ac.at/get/staribacher.453_1.

nehmen diese Nennungen wieder deutlich ab, sind aber sehr vereinzelt bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes zu finden. Weiters gibt es über das Jahr 1974 hinweg verstreut einige Nennungen von „Krise“ im Zusammenhang mit der Wirtschaft allgemein. Am Anfang des Untersuchungszeitraumes ist einige Male von einer „Krise“ in Zusammenhang mit Währung die Rede. Ein zweiter Blick zeigt, dass Staribacher die krisenhafte Entwicklung allerdings mit dem Dollar in Zusammenhang brachte: Er nahm Bezug auf die stark negative Zahlungsbilanz der USA zu Beginn der 1970-er Jahre, die das Währungssystem der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg, das nach dem Ort Bretton Woods benannt war und das auf festen Austauschraten der Währungen zum US-Dollar beruhte, stark unter Druck setzte. Im März 1973 brach dieses System schließlich zusammen, als verschiedene Regierungen, darunter jene der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und Japans, die feste Bindung ihrer Währungen an den Dollar aufgaben und zu freien Wechselkursen übergingen.²⁷⁹ Manche österreichischen Exporte, beispielsweise aus dem Bergbau, waren aufgrund der volatilen Situation auf dem Weltmarkt benachteiligt, was den Handelsminister „naturgemäß“ beschäftigte.²⁸⁰

Auffällig ist, dass bis Mitte Oktober 1973 von Staribacher Erdöl nicht in Zusammenhang mit einer krisenhaften Situation gebracht wurde. Schon im April 1973 war in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ ein Artikel von James Akins, dem im US-State Department für Energie- und Treibstofffragen zuständigen Direktor, unter dem Titel „The Oil Crisis. This Time the Wolf Is Here“ erschienen.²⁸¹ Er argumentierte, „that the oil crisis is a reality that compels urgent action“.²⁸² Es ist unbekannt, ob Staribacher diesen Artikel kannte, aber jedenfalls wusste er über die Problemlage Bescheid: Zwischen April und Herbst 1973 hatten die OPEC-Ölminister mit den Vertretern der internationalen Ölkonzerne, unter anderem in Wien, Verhandlungen über den Ölpreis geführt. Bereits im Vorfeld dieser Verhandlungen, nämlich am 1. März hatte Staribacher Drake, den Präsidenten von British Petrol, und den österreichischen BP-Direktor Hirnigl auf deren Wunsch hin getroffen. Bei diesem Anlass hatte Drake erklärt, „dass in den nächsten Jahren und vor allem Jahrzehnten eine ungeheure Energielücke

²⁷⁹ Siehe dazu z. B. Philip Plickert, *Wandlungen des Neoliberalismus: Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pelerin Society“*, Stuttgart 2008, 368.

²⁸⁰ Siehe Staribacher-Tagebücher, 8.3.1973, Bd. 15, 300.

²⁸¹ James E. Akins, *The Oil Crisis. This Time the Wolf Is Here*, in: *Foreign Affairs* 51 (1973), 3, 462–490.

²⁸² Ebd., 490.

kommen würde. [...] Die internationalen Ölgesellschaften, selbst wenn sie noch so groß und mächtig sind, können mit den Problemen nicht fertig werden und erwarten eine Unterstützung durch die Regierungen“, hatte Staribacher damals ins Tagebuch diktiert.²⁸³ Spätestens seit diesem Zeitpunkt musste Staribacher über die zu erwartenden Schwierigkeiten informiert gewesen sein. Es war auch schon absehbar, dass er ab 1. Jänner 1974 der für Energie zuständige Minister sein würde, eine entsprechende Änderung des Ministeriengesetzes war am 11. Juli 1973 im Nationalrat beschlossen worden, dass also das Management einer schwierigen Energiesituation auch in seinen Aufgabenbereich fallen würde. Trotzdem brachte Staribacher in seinem Journal Erdöl einen Großteil des Jahres 1973 nicht mit „Krise“ in Zusammenhang.

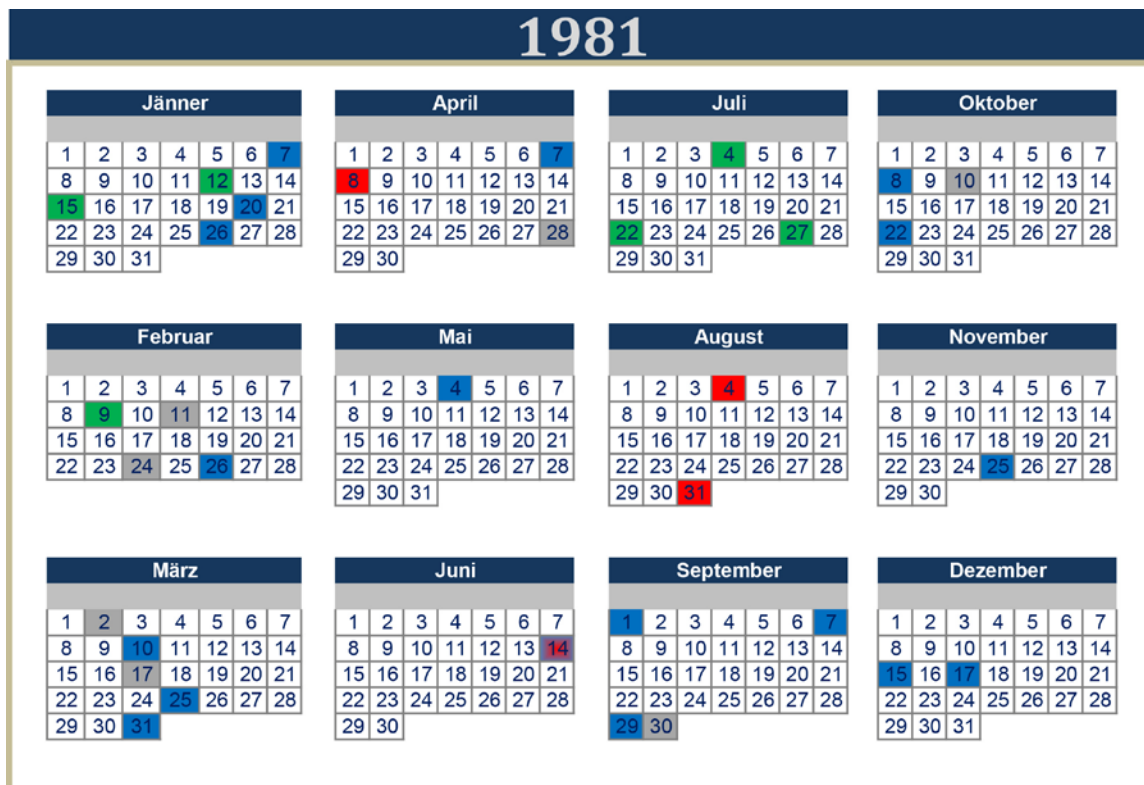
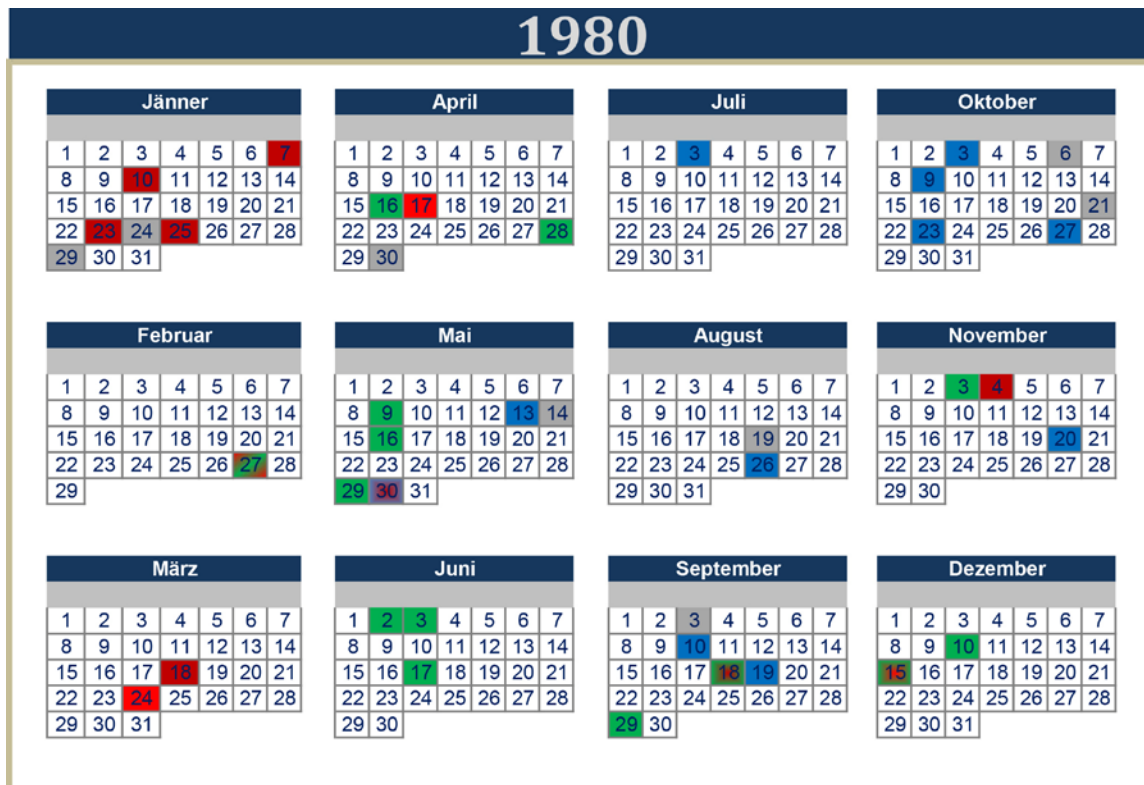
Dass Staribacher die Situation ab Mitte Oktober 1973 zunehmend mit „Krise“ bezeichnete, mag mit einem einige Tage zuvor erfolgten Presseauftritt in Zusammenhang stehen. Staribacher hatte am 10. Oktober mit Journalisten über die Versorgungslage mit Treibstoffen gesprochen, die Presseberichte darüber hatten zu Hamsterkäufen von Benzin und Heizöl geführt, die über die nächsten Tage hinweg anhielten.²⁸⁴ „Krise“ mag damit wahrscheinlich auch in der Öffentlichkeit wahrnehmbar gewesen sein.

Schon mit Ende Februar werden die Erwähnungen von „Krise“ im Zusammenhang mit Erdöl deutlich weniger, im März gibt es zum Beispiel keine einzige. Tatsächlich schien die Lage ab Mitte Februar wieder befriedet. Bereits ab 18. Februar 1974 sollte es keinen autofreien Tag mehr geben, neben dem 100 km/h-Limit auf Autobahnen und Landstraßen eine der wesentlichen Sparmaßnahmen, die die Regierung — übrigens erst mit Wirksamkeit ab dem 14. Jänner 1974 — gegen die Verknappung von Treibstoff ergriffen hatte. Am 1. April wurde schließlich auch das Tempo-Limit auf Autobahnen auf 120 km/h angehoben, womit die „Krise“, wie nicht nur die Abnahme der Nennungshäufigkeit belegt, auch alltagsweltlich als beendet angesehen wurde.

²⁸³ Staribacher-Tagebücher. Digitale Ausgabe. Seite 15-0262, URL: https://staribacher.acdh.oeaw.ac.at/get/staribacher.723_1 (abgerufen 13.7.2020).

²⁸⁴ Siehe z. B. Benzin nur noch direkt in den Tank, *Arbeiter-Zeitung*, 11.10.1973, 1, URL: <http://www.arbeiterzeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?year=1973&month=10&day=11&page=&html=1> (abgerufen 28.7.2020). Zeitung im Folgenden zitiert als: AZ.

Für die Untersuchungsperiode 1980/81 ergibt sich folgendes Bild in Bezug auf die zeitliche Verteilung von „Krisen“nennungen:



In beiden Jahren dominieren die Farben blau und grün, es waren also die Nennungen am häufigsten, die „Krise“ in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung allgemein setzten, sowie jene, die von „Krisenvorbereitung“ sprachen. Zweiteres ist darauf zurückzuführen, dass die Bevorratung mit wichtigen Grundstoffen für den Krisenfall in die Zuständigkeit des Ressorts von Staribachers fiel und daher das Kabinett und den Minister auch entsprechend beschäftigte. Mit aktuellen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Entwicklungen haben diese Aktivitäten nur insofern zu tun, als dass Bevorratung für Versorgungskrisen von den Regierenden als wesentliche staatliche Aufgabe angesehen wurde, was sich auch in der ministeriellen Arbeitseinteilung spiegelte.

Im zweiten Untersuchungszeitraum zeigen sich keine so ausgeprägten zeitlichen Häufungen wie im ersten. Stattdessen verteilen sich die blau gekennzeichneten Nennungen, die die größte semantisch definierte Gruppe darstellen, — abgesehen von Feiertagen und Ferienzeiten — einigermaßen gleichmäßig über den Zeitraum. Eine feinere Codierung dieses semantischen Clusters zeigt noch einmal Schwerpunkte: Fünfmal wird die als allgemein wahrgenommene Wirtschafts„krise“ ab Herbst 1980 mit der „Stahl“industrie in Zusammenhang gebracht, nämlich am 19. September, am 9. und 23. Oktober 1980 sowie am 4. Mai und am 23. Oktober 1981, zweimal mit der Bauwirtschaft, und zwar am 26. Februar und am 1. September 1981, und einmal, am 7. Jänner 1981, geografisch in der Mur-Mürz-Furche verortet. Darin spiegeln sich die ökonomische Entwicklung und die von den politischen Akteur_innen wahrgenommenen Problemlagen. Tatsächlich war schon Ende 1974 — entgegen den Erwartungen der VÖEST-Planer — 1974 war das beste Ertragsjahr in der Geschichte der VÖEST gewesen²⁸⁵ — die Nachfrage auf dem europäischen Stahlmarkt eingebrochen. Im Sommer 1975 hatte der VÖEST-Generaldirektor Koller Bundeskanzler Kreisky über die schwierige Lage informiert und den Abbau von Stellen gefordert. Das lehnte Kreisky ab, sodass die Verstaatlichte Industrie ab Mitte der 1970-er Jahre „zur tragenden Säule der staatlichen Beschäftigungsindustrie“ wurde.²⁸⁶ Wenn „Stahl“ im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Krisensituation aufscheint, so markiert dieses Auftauchen keinen einschneidenden Wendepunkt, sondern ist Teil einer längeren Entwicklung, bei der

²⁸⁵ Kriechbaumer, Die Ära Kreisky, 247.

²⁸⁶ Ebd., 248.

Staribacher allerdings keiner der zentralen Akteure war, der Bundeskanzler übte hier maßgeblichen Einfluss aus.

Mit 9 Nennungen ist der drittgrößte Cluster jener, der „Krise“ mit Erdöl in Zusammenhang bringt. Das scheint angesichts des historischen Kontexts nicht verwunderlich. Die iranische Revolution des Jahres 1978/79, die im Februar 1979 zur Ausrufung der Islamischen Republik Iran geführt hatte, verursachte auch eine Reduktion der Ölförderung des Landes und war Voraussetzung des Ersten Golfkrieges ab September 1980 und dem mit beidem verbundenen Ölpreisschock, der die Rohölpreise ab 1978 wieder deutlich in die Höhe trieb. Schon die im Verhältnis zum ersten Untersuchungszeitraum relativ niedrige Zahl von Nennungen (gegenüber 46) verweist darauf, dass die Versorgung mit Erdöl in der Krisenwahrnehmung Staribachers nicht mehr jenen zentralen Platz einnahm, wie das noch 1973/74 der Fall war, worauf in der qualitativen Analyse noch einzugehen sein wird.

Ob die 1980/81 immerhin achtmal erfolgende Erwähnung von krisenhaften Situationen außerhalb Österreichs — während im ersten Erhebungszeitraum eine solche Nennung nicht sichtbar wird — auf eine stärkere internationale Vernetzung hinweist, kann allein die quantitative Erhebung nicht klären. Auffällig ist allerdings, dass osteuropäische Länder relativ am häufigsten auftauchen: Staribachers Aufmerksamkeit ist jedenfalls auf die Entwicklungen in Polen gerichtet, aber auch die starke außenpolitische Perspektive des Bundeskanzlers wird in Staribachers Tagebucheinträgen sichtbar: In einigen der „Krisen“nennungen werden Kreiskys Positionen zu einzelnen außenpolitischen Fragen referiert.²⁸⁷

Ebenfalls ein Cluster, der 1973/74 nicht sichtbar wird, ist jener, der über den Zusammenhang von „Krise“ mit „Budget“ entsteht. Auch wenn das staatliche Budget nicht in Staribachers Kompetenzbereich fiel, scheint es in seinen Überlegungen doch eine nicht ganz unerhebliche Rolle gespielt zu haben. Offensichtlich kann aber die quantitative Untersuchung keine Auskunft darüber geben, in welcher Weise das erfolgte, dazu muss auf die qualitative Untersuchung verwiesen werden — wesentlich festzuhalten bleibt an dieser Stelle aber die 1980/81 neu erscheinende quantitative Relevanz des semantischen Zusammenhangs mit „Krise“.

²⁸⁷ Siehe 26.1., 24.2., 7.4., 28.4. und 10.10.1981

Wenn die bisherigen Cluster, die durch die verschiedenen semantischen Verbindungen, die „Krise“ in Staribachers Tagebuchaufzeichnungen einging, ausschließlich ökonomische Zusammenhänge bezeichneten, so sei zum Schluss dieses Abschnitts auf einen weiteren Cluster hingewiesen, der „Krise“ in Zusammenhang mit der SPÖ nannte. Beginnend mit Herbst 1980 spricht Staribacher in seinen Aufzeichnungen immerhin fünfmal über eine Krise, die er in der SPÖ, in Teilen davon oder zwischen der SPÖ angehörenden Personen verortete.²⁸⁸

Den quantitativen Teil der Untersuchung abschließend bleibt festzuhalten: Im Unterschied zum ersten Untersuchungszeitraums hat „Krise“ im zweiten wesentlich vielfältigere Bezüge und wird wesentlich häufiger mit „Wirtschaft“ im Allgemeinen in Zusammenhang gebracht. Das bestätigt eine These aus der Netzwerkanalyse²⁸⁹: Während Staribacher die Erdölkrise 1973/74 als Zeitzeuge vor allem als zu lösendes Versorgungsproblem verstand, nahm er das wirtschaftliche Umfeld 1980/81 wesentlich „krise“hafter in vielerlei Hinsicht wahr. Außenpolitische Bezüge tauchen deutlicher auf und nehmen jedenfalls quantitativ an Bedeutung zu. Über beide Untersuchungszeiträume hinweg wird deutlich, dass Staribacher Krise vor allen als ökonomisches Phänomen versteht. Im ersten Untersuchungszeitraum erscheint „Krise“ in keinem anderen Zusammenhang. Das ändert sich erst in den 1980-er Jahren. „Krise“ bleibt in der Wahrnehmung Staribachers zwar weiterhin vor allem durch ökonomische Komponenten definiert. Er nimmt aber auch eine „Krise“ im Politischen, im Zusammenhang mit seiner Partei, wahr, die er demgegenüber an einer Stelle als „moralische Krise“²⁹⁰ bezeichnet. In welcher Weise diese moralische „Krise“ den von Staribacher nicht näher bezeichneten ökonomischen Krisen gegenüberstand, wird Gegenstand der qualitativen Untersuchung sein.

5.2 Qualitative Analyse: Krisenwahrnehmungen ...

In diesem letzten Abschnitt wird kleinteilig anhand des Textes der Frage nachgegangen, in welcher Weise Josef Staribacher den verschiedenen „Krisen“aspekten, die er berichtete, Sinn

²⁸⁸ Siehe 19.8., 3.9., 21.10.1980 sowie 11.2. und 10.3.1981.

²⁸⁹ Siehe S. 64.

²⁹⁰ Siehe Tagebuch-Eintrag vom 19.8.1980, Bd. 56, 1019.

verlieh und ob sich seine Wahrnehmungen zwischen den beiden Untersuchungsperioden grundsätzlich unterschieden.

Bei der Lektüre der über das quantitative Verfahren eruierten Tagebuchstellen fällt eine Wahrnehmungsverschiebung deutlich ins Auge, nämlich die Perspektive auf die krisenhafte Entwicklung 1973/74. Es wurde schon in der quantitativen Analyse sichtbar, dass die Wahrnehmung von Krise im Zusammenhang mit der Versorgung mit Erdöl im Tagebuch von Staribacher überraschend spät auftauchte. Im Eintrag vom 5. Februar 1973 zitierte Staribacher den Generaldirektor der ÖMV Bauer, dass „von einer Energiekrise gar nicht die Rede sein könne, weil Heizöl in rauen Mengen zur Verfügung“ stünde.²⁹¹ Er selbst habe in der Nachrichtensendung „Zeit im Bild“ dahingehend Stellung genommen, dass „mit einer Krise überhaupt nicht gerechnet werden“ müsse. „Öl und andere Primärenergien [stünden] reichlich zur Verfügung [sic].“²⁹² Diese Position änderte sich im Wesentlichen nicht bis in den Herbst 1973, auch wenn Staribacher berichtete, dass Kreisky in Bezug auf die Entwicklung sehr pessimistisch sei.²⁹³ Staribacher formulierte hingegen abwehrend über das „Geschrei von der Energiekrise“, was in Bezug auf Österreich nicht zuträfe.²⁹⁴ Er berichtete im September 1973 aber auch, dass er von ausländischen Besuchern gefragt worden wäre, wie denn Österreich die Energiekrise zu meistern gedenke. Folgt man den Tagebüchern, spitzte sich im Zeitverlauf aber auch im Kabinett Staribachers die Situation zu und wurde zunehmend „krisen“hafter, Staribacher erwähnte zunehmend Versuche des Krisenmanagements und der Versorgungssicherung. Sein Hauptaugenmerk lag deutlich auf dem Management, weniger auf der Erklärung oder Analyse der „Krise“. Er schilderte sich unter Druck und sah sich unterschiedlichen Interessenlagen ausgesetzt, zwischen Kreiskys Wunsch, deutlichere Bewirtschaftungsmaßnahmen zu setzen, auch um Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, und seiner eigenen Position, die vor allem auf Sparmaßnahmen setzte. Im Spätherbst und Winter erscheint die „Krise“nsituation als eine der mehrfachen Anforderungen an Staribacher als zuständigen Ressort-Minister, die richtige Medienkommunikation zu finden, die Versorgung zu sichern und die eigene Position gegen verschiedenste Interessen, jene der Manager der ÖMV, der Erdölgesellschaften, der

²⁹¹ Tagebuch-Eintrag vom 5.2.1973, Bd. 14, 131.

²⁹² Ebd., 135.

²⁹³ Ebd., Eintrag vom 27.4.1973, Bd. 15, 486.

²⁹⁴ Ebd., Eintrag vom 26.6.1973, Bd. 16, 755f.

Sozialpartner sowie des Bundeskanzlers und von Regierungskollegen, zu behaupten. Ab Dezember — die Versorgungssituation stellte sich offenbar zunehmend kritischer dar — tauchte in Staribachers Erzählungen ein neuer Umstand auf, der ihn deutlich beschäftigte: Er kam zur Ansicht, dass einschneidende Bewirtschaftungsmaßnahmen gar nicht umsetzbar wären: Einerseits fehle eine gute gesetzliche Grundlage. Andererseits sei die zuständige Beamtenschaft „hilflos“.²⁹⁵ Mit bemerkenswerter Offenheit — immerhin war sein gesamtes Kabinett die Leser_innenschaft — hielt er fest: „Auch ich muss gestehen, hoffe, dass ich über die Runden komme und deshalb eigentlich nicht die notwendigen Schritte einleite, die eigentlich auf Grund der Möglichkeiten, die es geben könnte wirklicher Zusammenbruch der Ölversorgung ergreifen müsste. [sic]“²⁹⁶ Der Politiker, der sich an vielen Stellen seines Tagebuches etwas auf seinen Optimismus zugutehielt, klagte: „Niemand weiß, dass im Haus bei uns gar niemand eine Bewirtschaftung derzeit durchführen könnte. Dass die Marken wahrscheinlich nur gedruckt wurden, um eine Alibi-Handlung zu setzen und wahrscheinlich in einem Ausmaß nur vorhanden sind, um tatsächlich eine äußerst knappe Benzinmenge für die lebensnotwendigsten Fahrten zu verteilen, wenn eine Katastrophe eintritt. Die Informationen, die wir von der ÖMV und den internationalen [Erdöl-]Gesellschaften erhalten, sind unzulänglich und geben insbesondere gar kein Bild, wie es in Zukunft aussieht.“²⁹⁷ Die nächsten Einträge vermitteln den Eindruck des Hektischen, Erzählungen über Verhandlungen mit Erdölgesellschaften und über Konflikte mit dem Bundeskanzler über die adäquate Art des Vorgehens füllen die Seiten. Schon eine gute Woche später bemerkte Staribacher aber lapidar und ohne sich weiter zu begründen: „Die Auswüchse dieser Ölkrise werden in kürzester Zeit vorüber sein“,²⁹⁸ er, Staribacher, bekäme „die ganze Energiekrise“ „[s]chön langsam [...] in den Griff, nicht dass ich mich der Illusion hingeebe, ich könnte sie lösen.“²⁹⁹ Die Organisationsprobleme mit einer drohenden Kontingentierung waren offenbar überschaubar geworden. Nach den Weihnachtsfeiertagen nannte Staribacher dann die Maßnahmen, die die gesellschaftliche Erinnerung an die erste Erdölkrise in Zukunft prägen würden, nämlich die Einführung eines autofreien Tages und eines 100 km/h-Limits auf den Autobahnen, formulierte also einen aus seiner Sicht machbar erscheinenden Weg, mit der

²⁹⁵ Siehe Tagebuch-Eintrag vom 4.12.1973, Bd. 18, 1379.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Ebd., 5.12.1973, Bd. 18, 1395f.

²⁹⁸ Ebd., 14.12.1973, Bd. 18, 1445.

²⁹⁹ Ebd., 16.12.1973, Bd. 18, 1453.

Verknappung umzugehen, und sah der unmittelbaren Zukunft wesentlicher optimistischer entgegen: „Eine verrückte Situation. Derzeit schaut es aus und die Öffentlichkeit glaubt daran, wie wenn Österreich an einer Ölkrise zugrundegehen würde, jeder erklärt, man müsste sparen, sparen, sparen, die Bevölkerung erwartet drastische Maßnahmen und die ziffernmäßige Situation, [...] aber auch die Entwicklung bis Ende Jänner zeigt klar und deutlich, dass wir genug Produkte zur Verfügung haben, ja schön langsam sogar für den Sommer Benzinmengen ansparen können.“³⁰⁰ Eine Rationierung, die Staribacher verwaltungsmäßig für nicht umsetzbar gehalten hatte, war aus seiner Sicht abgewandt, der Ton der Aufzeichnungen wurde daher spürbar selbstbewusster, sodass Raum blieb, die Berichterstattung in den Medien, die aus Staribachers Sicht die Krisensituation übertrieb, zu kritisieren. Schon am 11. Jänner 1974 fiel eine Formulierung, die in der Folge häufiger als Bezeichnung dieser Phase aufscheint: die „sogenannte Ölkrise“.³⁰¹ Nirgendwo im Tagebuch finden sich Überlegungen darüber, welche Einschätzung Staribacher häufig zu dieser Formulierung motivierte, trotzdem vermittelt der Text in der Folge den Eindruck, Staribacher hielt die „Krise“ für ein eingrenzbare, im Frühjahr 1974 wieder abgeschlossenes Phänomen, in dessen Konsequenz die Bevorratung mit Grundstoffen auf legislativer und administrativer Ebene seitens des Ministeriums vorangetrieben wurde. Staribacher setzt sich dabei als, wenn auch nur reaktiv, Handelnder, als Entscheider, letztlich als in der Krise (mit einigen anderen Personen) Regierender.

Ein in mehrfacher Hinsicht deutlich anderes Bild ergibt sich, wenn die Texte aus den Jahren 1980 und 1981 einer Analyse unterzogen werden, und zwar sowohl was die Positionierung der ersten Ölkrise als auch was die Rolle Staribachers in den Ereignissen betrifft. In der „krise“haften Situation der frühen 1980-er Jahre wurde die „Ölkrise“ zum positiv gesetzten Referenzpunkt, gegen den sich eine wesentlich tristere, komplexere und schwerer zu steuernde Gegenwart abhob. Die Jahre 1973/74 erschienen aus dieser Perspektive als Zeit des gestalterischen Handelns, das das Ziel verfolgte, Österreich „europareif“ zu machen.³⁰² In der neuerlichen Krise der 1980-er Jahre seien wieder Investitionsprogramme nötig, allerdings sei das wesentlich schwieriger, weil „derzeit keine finanziellen Reserven

³⁰⁰ Ebd., 28.12.1973, Bd. 18, 1490.

³⁰¹ Ebd., 11.1.1974, Bd. 19, 43.

³⁰² Ebd., 20.11.1980, Bd. 57, 1443.

vorhanden“ wären,³⁰³ vermerkte Staribacher über eine Ministerratssitzung am 7. Jänner 1981. Aus seinen Aufzeichnungen wird auch deutlich, dass er sich — im Unterschied zum ersten Untersuchungszeitraum — weniger im Zentrum des Geschehens begriff, was sich in den Texten auch darin widerspiegelt, dass vor allem Bundeskanzler Kreisky, aber auch andere sozialdemokratische Regierungsmitglieder häufiger zitiert werden: „Kreisky wieder möchte einen großen Innovationsprozess nicht zuletzt durch eine riesige Investitionsförderung einleiten. Ich danke Gott an jedem Morgen, dass ich mich nicht muss um die Finanzen sorgen. Wie das Ganze nämlich zu finanzieren ist, weiß eigentlich derzeit noch niemand.“³⁰⁴ Durch den gleichen Tonfall ist ein Bericht über eine Regierungsklausur vom 26. Jänner 1981 gekennzeichnet. Herbert Salcher, seit 20. Jänner der Nachfolger von Hannes Androsch als Finanzminister, „führte dann aus, dass die Krisenbekämpfung 74/75 budgetpolitisch nicht wiederholt werden kann. Erstens gibt es jetzt ein strukturelles Leistungsbilanzdefizit, jedes deficit spending würde die Leistungsbilanz weiter verschlechtern. Zweitens empfiehlt die OECD jetzt eine restriktive Politik, drittens ist das Defizit sprunghaft angestiegen, [...] und viertens gibt es derzeit ein geringeres Bruttoinlandsprodukt BIP. Das veranlagte Nettobudgetdefizit von 25 Mrd. wird nicht halten. Da die Bundesinvestitionen 45 Mrd. im Budget betragen, müßte man dies stärker herausstreichen. Das Konjunkturausgleichsbudget mit 5 Mrd. kann er derzeit nicht finanzieren. Dazu kommen noch, daß durch die Rezession um 800 Mio. S geringere Einnahmen zu erwarten sind, wie das WIFO berechnete. Die 1 Mrd. Arbeitsmarktförderung, die [Sozialminister Alfred] Dallinger bereits angekündigt hat, kann nur über ein Budgetüberschreitungsgesetz finanziert werden. Auch für die auf Artikel 8a notwendige Finanzierung des Straßenbaus sind 2,1 Mrd. erforderlich. In Summe machen diese 3 Posten 4 Mrd. S aus. Dazu kommt noch, daß die Zinsenzuschußaktion der Regierung mit Vorjahr ausgelaufen ist, Staatssekretär [Adolf] Nußbaumer hofft auf weitere Mittel, die er nicht hat,“³⁰⁵ referierte Staribacher das Besprochene in ungewöhnlicher Detailgenauigkeit. Eine in der Wahrnehmung der Zeitgenoss_innen, hier im besonderen der politischen Eliten, problematische Höhe des Staatsdefizits scheint, vergleicht man die Texte in den beiden Untersuchungsperioden, das wesentliche Hindernis für eine stärkere antizyklische

³⁰³ Ebd., 7.1.1981, Bd. 58, 8.

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Ebd., 26.1.1981, Bd. 58, 112.

Konjunkturpolitik zu Beginn der 1980-er Jahre gewesen zu sein. Dieses Augenmerk auf das staatliche Budget, so könnte die Arbeitshypothese lauten, war ein Zeichen, dass neoliberale Wirtschaftskonzepte auch in Österreich, wie schon zuvor in einigen westeuropäischen Ländern und in den USA, mehr Bedeutung und politische Wirkmacht erlangten. In einem weiteren Forschungsschritt wäre die Frage zu stellen, auf welche Weise diese Konzepte in Österreich politisch einflussreich wurden. Staribacher nannte im oben zitierten Bericht die OECD als internationale Agentur, die auf eine restriktivere Finanzpolitik drängte. Tatsächlich hatte sich die ökonomische Grundphilosophie der OECD gewandelt. Jüngere Forschungsarbeiten rekonstruieren die Genealogie der dahinter liegenden angebotsorientierten Konzepte zurück zur Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die sich Ende des 19. Jahrhunderts etablierte, aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem von den USA ausgehend internationale Netzwerke entwickelte.³⁰⁶ In den USA (mit Richard Nixon ab 1969) und in Großbritannien (mit Margaret Thatcher ab 1979) erlangten neoliberale Politiken über Berater_innen und Anhänger_innen dieser Konzepte in den jeweiligen Regierungskabinetten angesichts der dauerhaften wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in beiden Ländern, die die bis dahin hegemonialen, mehr oder weniger an Keynes angelehnten, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitiken diskreditierten, erstmals praktische politische Wirkmacht. Aber weder in der historiographischen Literatur noch in der im Rahmen dieses Projektes angestellten Netzwerkanalyse fanden sich, sieht man von Erich W. Streissler ab, einem „Paläoliberalen“, von dem aber kein wesentlicher Einfluss auf die Politikkonzeptionen der sozialdemokratischen Regierungen Österreichs anzunehmen ist, Hinweise auf wesentliche Kontakte zu angebotsorientierten Ökonomen oder ihren Netzwerken, sodass der Transfer neoliberaler Konzepte über persönliche Netzwerke sehr unwahrscheinlich ist. Stattdessen könnten internationale Organisationen wie IWF und OECD, deren Vorgängerorganisation OEEED Österreich bereits angehört hatte, als Transmissionsriemen fungiert haben. Tatsächlich wurden unter dem ab 1969 amtierenden OECD-Generalsekretär Emiel van Lennep spätestens ab der zweiten Hälfte der 1970-er Jahre angebotsorientierte Wirtschaftskonzepte

³⁰⁶ Beispielsweise Quinn Slobodian, *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge, Massachusetts—London, England 2018; Janek Wasserman, *The Marginal Revolutionaries. How Austrian Economists Fought the War of Ideas*, New Haven—London 2019.

einflussreich in der OECD.³⁰⁷ Zwar hatte die OECD noch in ihrem Bericht aus dem Jahr 1978 die Wirtschaftsentwicklung in Österreich, vor allem unter Hinweis auf die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit und Inflationsrate, insgesamt positiv bewertet.³⁰⁸ Es muss an dieser Stelle unklar bleiben, in welcher Weise Finanzminister Salcher den von Staribacher berichteten OECD-Einfluss in Richtung restriktiverer Budgets wahrnahm, weil auch der OECD-Bericht des Jahres 1980 der österreichischen Politik und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ein sehr gutes Zeugnis ausstellte.³⁰⁹ Möglicherweise war es auch nicht nur oder nicht wesentlich expliziter Druck einer internationalen Organisation, die zur Haltungsänderung in der österreichischen Wirtschaftspolitik geführt hatte. Die Einführung von freien Wechselkursen nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems machte nationale Regierungen, besonders von kleinen Ländern, stärker von den globalen Finanzmärkten abhängig. Das hieß, dass der Handlungsspielraum dieser Regierungen in Bezug auf die staatlichen Budgets und ihre Defizite deutlich eingeschränkt war. Salcher stellte in seinen Ausführungen diesen Zusammenhang nicht explizit her, noch wird er an anderer Stelle angesprochen. Es muss daher eine offene Frage bleiben, in welcher Weise die sozialdemokratischen Regierungseliten in Österreich den Druck der internationalen Märkte wahrnahmen. Eine nähere Untersuchung der internationalen Wissens- und Normtransfers sowie ihrer makroökonomischen Einbettung wäre ein wichtiger Beitrag in der Rekonstruktion des ökonomischen (und gesellschaftlichen) Paradigmenwechsels ab der zweiten Hälfte der 1970-er Jahre.

Während sich die Krisenwahrnehmung im Zeitverlauf deutlich veränderte und Staribacher die von ihm in den beiden Untersuchungsperioden wahrgenommenen „Krisen“ sehr unterschiedlich darstellte, sind im Hinblick auf beide Untersuchungsräume deutliche Bezugnahmen auf historische Ereignisse, vor allem die Entwicklung und die Zerstörung der

³⁰⁷ Matthias Schmelzer, *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm*, Cambridge 2016, 323.

³⁰⁸ Siehe OECD Economic Surveys. Austria, Paris 1978, URL: https://read.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-surveys-austria-1978_eco_surveys-aut-1978-en#page1 (abgerufen 19.7.2020); zuletzt auch erwähnt von Maderthaner, *Die sozialdemokratische Ära*, 304. Eine Zusammenfassung und deutsche Übersetzung dieses Berichts befindet sich auch im Kreisky-Archiv: "OECD-Bericht über die österreichische Wirtschaftslage. Analyse der Hauptaussagen. Einleitung und Schlußfolgerung (deutsche Übersetzung) OECD-Bericht (Englisch)", Manuskript o. J., 11 S., VI.I. Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik, Box 101.

³⁰⁹ OECD Economic Surveys, Austria, Paris 1980, URL: https://doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-1980-en (abgerufen 19.7.2020).

Ersten Republik sowie die Folgen der Weltwirtschaftskrise 1929 zu erkennen. Vor allem Kreisky wird immer wieder zitiert, wenn er die Folgen der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit, die er in seiner Jugend miterlebte, als Referenzrahmen seines politischen Handelns angibt. Bereits im Frühjahr 1973 verlangte Kreisky, so referiert Staribacher, mit Verweis auf die Erste Republik frühzeitige Vorkehrungen gegen eine eventuell drohende Krise.³¹⁰ Auch bei der Diskussion über eine legistische Grundlage des Rohstoffmanagements in der Erdölkrise 1973/74 verwies laut Staribacher Kreisky wiederholt, sowohl parteiintern³¹¹ als auch bei Verhandlungen mit der ÖVP³¹², auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz des Jahres 1917, das dem österreichischen faschistischen Regime 1933/34 als Grundlage für die De-facto-Abschaffung der Republik gedient hatte, und begründete so seine Aufforderung zum vorsichtigen Vorgehen. Bei einer Diskussionsveranstaltung der Jungen Generation in der SPÖ am 15. Februar 1974 fühlte sich Kreisky an die NS-Zeit erinnert, weil die Vertreter der Jungen Generation die Verstaatlichung der multinationalen Konzerne gefordert hatten.³¹³ Auch in den frühen 1980-er Jahren notierte Staribacher Verweise Kreiskys auf die Zwischenkriegszeit im Zusammenhang mit der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung, etwa auf einer Tagung des SPÖ-Parlamentsklubs im Oktober 1980: „[Kreisky] meinte, die Weltwirtschaftskrise 29 sei für ihn die größte politische Erfahrung als Sozialdemokrat gewesen und er kann daher nicht genug immer wieder von der Krisenhaftigkeit der österreichischen Wirtschaft auch im jetzigen Zeitpunkt sprechen.“³¹⁴ Vor allem die Notwendigkeit, Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden, wird als „Lehre“ aus der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930-er Jahre zitiert, weil, so ebenfalls Kreisky, die größte Wirtschaftskrise „seit der großen Krise“ bevorstünde.³¹⁵ Aber auch Staribacher selbst argumentierte mit einer historischen Bezugnahme, um seinen Argumenten besonderes Gewicht zu verleihen, wenn er zum Beispiel über die akzeptable Höhe von Politikergehältern reflektierte und dabei einen Bezug zu den Diskussionen seiner Jugend in der Zwischenkriegszeit herstellte.³¹⁶ Auffällig ist allerdings, dass Staribacher — worauf weiter unten noch eingegangen werden wird — auch mehrfach auf die damals bereits deutlich über

³¹⁰ Staribacher-Tagebücher, Eintrag vom 27.4.1973, Bd. 15, 486.

³¹¹ Ebd., 22.11.1973, Bd. 18, 1307.

³¹² Ebd., 16.11.1973, Bd. 18, 1289.

³¹³ Ebd., 15.2.1974, Bd. 19, 238.

³¹⁴ Ebd., 29.10.1980, Bd. 57, 1342.

³¹⁵ Siehe auch Ebd., 7.9.1981, Bd. 61, 1123.

³¹⁶ Ebd., 8.8.1973, Bd. 17, 891.

zehn Jahre zurückliegende „Olah-Krise“ Bezug nahm, allerdings um eine krisenhafte Situation für die SPÖ zu beschreiben und ohne daraus Handlungsoptionen abzuleiten.³¹⁷

Der Befund, dass historische Referenzen auf ihre Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit, seltener während des Nationalsozialismus, für die Selbstvergewisserung von Sozialdemokrat_innen eine erhebliche Rolle spielten, überrascht nicht vor dem Hintergrund, dass vor allem Bruno Kreisky in Interviews, aber auch in seiner Autobiographie³¹⁸ immer wieder auf seine historische Prägung und ihre Wichtigkeit für seine politischen Vorstellungen und Entscheidungen verwies.³¹⁹ Die Bedeutung der politischen Sozialisation der politischen Eliten der Nachkriegsjahrzehnte kann aber trotzdem immer noch als zu wenig erforscht gelten, weil sie im Widerspruch steht zur Vergangenheitsvergessenheit derselben Gesellschaft in Bezug auf die Rolle vieler ihrer Mitglieder bei der Zerstörung der Demokratie und in der NS-Zeit.

Der letzte Cluster, mit dem sich diese Analyse exemplarisch beschäftigt, ist jener, in der Staribacher „Krise“ innerhalb der SPÖ ansprach, es ist auch der einzige „Krise“-Aspekt, der nicht ökonomisch definiert ist. Unter den insgesamt 221 Nennungen von *Krise* in den beiden Untersuchungszeiträumen befassen sich nur fünf mit krisenhaften Erscheinungen in der SPÖ. Die erste Nennung erfolgte am 19. August 1980. Staribacher berichtete von einer Sitzung der SPÖ-Bezirksräte in seinem Heimatbezirk Wien-Landstraße. Wie er erwartet hätte, sei die Sitzung „sehr hart und sehr langwierig“ gewesen. „Unsere Funktionäre sind erschüttert, die moralische Krise, in der wir uns befinden ist nicht zu leugnen. Mit Recht sagt man [...] mir, wie soll man dieses Verhalten dem kleinen Funktionär erklären, diese Manager und Macher hätten keine sozialistische Moral und bringen unsere Partei um. Dazu kam dann noch das Chile-Panzergeschäft.“³²⁰ Ab dem Frühjahr 1980 hatten politische Verflechtungen um den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, der „AKH-Skandal“, die Medien beherrscht. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss war eingesetzt worden,

³¹⁷ Ebd., 3.9.1980, Bd. 56, 1089; 21.10.1980, 1309.

³¹⁸ Bruno Kreisky, Memoiren in drei Bänden, hg. von Oliver Rathkolb, Wien 2000.

³¹⁹ Siehe dazu auch Maderthaner, Die sozialdemokratische Ära, 291.

³²⁰ Staribacher-Tagebuch, 19.8.1980, Bd. 56, 1019.

gerichtliche Vorerhebungen in Gang gekommen.³²¹ Ende August sollte Bundespräsident Rudolf Kirchschläger anlässlich der Eröffnung der Welser Messe von der Notwendigkeit der „Trockenlegung der Sümpfe und sauren Wiesen“ in diesem Zusammenhang sprechen. Das Demento von Bruno Kreisky — „Der AKH-Affäre ist sicher kein SPÖ-Skandal“³²² — verweist umso deutlicher auf die parteipolitische Zuordnung. Parallel dazu und verwoben unter anderem in den AKH-Skandal nahm der innerparteiliche Konflikt zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch seinen Lauf, der schließlich zur Ablösung Androschs als Finanzminister führen sollte. Gleichzeitig tobte um Panzerlieferungen der Steyr-Daimler-Puch-Werke nach Chile, das seit 1973 von einer Militärjunta regiert wurde, ein weiterer heftiger innerparteilicher Konflikt, der auch offen ausgetragen wurde.³²³ Die Argumente einer sozialdemokratischen Friedensbewegung waren mit der Priorität, Arbeitsplätze notfalls mit Waffenlieferungen seitens der zum Konzern der staatlichen Creditanstalt gehörenden Steyr-Daimler-Puch-Werke an diktatorische Regimes zu sichern, nicht vereinbar. Der Konflikt verlief quer durch die organisationelle Hierarchie der SPÖ, sodass Staribacher beim Treffen mit den Landstraßer Bezirksräten damit konfrontiert wurde. Man kann also vom Beginn der 1980-er Jahre als einer äußerst konfliktreichen Situation innerhalb der SPÖ sprechen, die den Handelsminister, in seiner Rolle als Bezirksobmann, nachlesbar auch emotional beschäftigte. Staribacher verglich die Situation mehrmals mit der Olah-„Krise“ der 1960-er Jahre,³²⁴ bei der es — neben einem zweifelhaften Umgang mit Geldern des ÖGB auch — um den Führungsanspruch in der SPÖ gegangen war.³²⁵

Die Krise, mit der sich die SPÖ-Regierung in den frühen 1980-er Jahren konfrontiert sah, erscheint also auch in der qualitativen Textanalyse multipel, in der Widersprüchlichkeiten sozialdemokratischer Regierungspolitik für die politischen Spitzenakteur_innen deutlich zu Tage traten. Die oben festgestellte geringere Zahl von „Krise“nennungen verweist also nicht auf einer geringere Bedeutung der Krisenwahrnehmung. Im Unterschied zum ersten Untersuchungszeitraum, für den anhand der Quelle ein Einsetzen der Krise, ein Höhepunkt

³²¹ Anton Pelinka, „Wanzenjournalismus“ und „Zerfall der Geschlossenheit“. Der AKH-Skandal, in: Michael Gehler / Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur—Wien—München, 532–545, hier 535f.

³²² Kreisky, AKH sicher kein SPÖ-Skandal, in: AZ, 11.8.1980, 1.

³²³ Siehe beispielsweise 3000 demonstrierten gegen Panzerlieferungen nach Chile, in: AZ, 12.8.1980, 1.

³²⁴ Siehe z. B. Staribacher Tagebuch, 3.9.1980, Bd. 56, 1089; 21.10.1980, 1309.

³²⁵ Manfred Lechner, „... Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.“ Der „Fall Olah“ — Ein Megaskandal der Zweiten Republik, in: Ebd., 419–436.

und die Wahrnehmung, sie sei beendet, rekonstruiert werden kann, ist ein derartiger Verlauf für die Jahre 1980/81 nicht sichtbar. Aus der Perspektive Staribachers ist auch in den letzten Monaten des Jahres 1981 kein Krisenende absehbar, stattdessen nimmt er im Zeitverlauf immer neue krisenhafte Phänomene in seiner Umgebung wahr. Im Herbst 1981 notierte Staribacher von einer Regierungsklausur Kreiskys Position: „Auf Hochstimmungen wäre im kommenden Jahr zu verzichten, Tatsache ist, daß uns die schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Krise bevorsteht“, und Kreisky verband mit dieser Diagnose einen politischen Anspruch: „Die SPÖ hat jedenfalls immer gezeigt, daß es ihr gelingt, Krisen abzufangen, und dies sollte man in der Öffentlichkeitsarbeit auch immer wieder sagen.“³²⁶ Angesichts der in der SPÖ weit verbreiteten Krisenstimmung zeigten daher auch Staribachers Formulierungen in dieser Phase eine sonst nicht charakteristische Dramatik. Bezugnehmend auf einen Bericht Kreiskys über Gespräche mit Betriebsräten der in einer schweren Krise befindlichen Vereinigten Edelstahlwerke notiert er, „daß die Arbeiterschaft dort zutiefst erschüttert ist. Er [Kreisky] stellt eine Bewußtseinskrise wegen dieser wirtschaftlichen Situation in der SPÖ fest.“³²⁷ Das Selbstvertrauen der Parteiliten war bereits im Herbst 1980, nur 17 Monate nach dem größten Wahlerfolg, den die SPÖ — im Mai 1979 — jemals erreicht hatte, derartig erschüttert, dass Phänomene, die auch positiv gedeutet hätten werden können, als Krisenphänomene wahrgenommen wurden: Wenn SPÖ-Versammlungen großen Zulauf haben, vermutete Staribacher, sei es nur deswegen der Fall, weil „die Genossen wissen [wollen], was los ist“.³²⁸ Ein gutes Wahlergebnis bei Betriebsratswahlen 1981 wurde als Krisensymptom interpretiert: „SPÖ wird gewählt [aus] Angst vor Arbeitsplatz, nicht aus voller Überzeugung.“³²⁹

Die qualitative Analyse der Tagebücher zeigt also bereits 1980/81 eine umfassende Wahrnehmung von „Krise“, die zumindest in Teilen der Parteilite verbreitet war. Die dieser Wahrnehmung zu Grunde liegenden Widersprüche konnten bis zu den Wahlen im April 1983 nicht für ausreichend viele Wähler_innen glaubhaft gelöst werden, sodass der April 1983 das Ende der Periode sozialdemokratischer Alleinregierungen markierte.

³²⁶ Staribacher-Tagebücher, 10.9.1981, Bd. 61, 1123.

³²⁷ Ebd., 22.10.1981, Bd. 58, 337.

³²⁸ Ebd., 21.10.1980, Bd. 57, 1309.

³²⁹ Ebd., 22.10.1981, Bd. 61, 1309.

6 Conclusio

Im vorliegenden Bericht wurde am Beispiel der österreichischen Wirtschaftspolitik der Ära Kreisky in zwei spezifischen Krisenperioden der Frage nachgegangen, wie "Krise" wahrgenommen wurde, wer die beteiligten Akteurinnen und Akteure waren und ob im Zeitverlauf ein Haltungswandel erkennbar ist. Zur Beantwortung dieser Fragen wurde zu einer Netzwerk-, zum anderen eine Diskursanalyse durchgeführt.

Die Netzwerkanalyse zeigte, dass unter den von der Politik zurategezogenen Expertinnen und Experten Ökonomen eine große Rolle spielten, welche wiederum in ihrer Mehrzahl eine keynesianische, nachfrageorientierte Position einnahmen. Ein konkreter bzw. direkter Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky konnte allerdings nicht festgestellt werden. In regionaler Hinsicht trat vor allem das Waldviertel als Krisengebiet in Erscheinung. Der diesbezügliche Versuch des Jahres 1980, in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft Strukturpolitik zu betreiben, nimmt trotz seines Scheiterns eine Tendenz vorweg, im Zuge derer sich die Politik selbst zugunsten Privater aus dem (wirtschaftspolitischen) Spiel nimmt. Die – wieder akteurszentrierte – Frage nach den Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern führte zum Begriff der Krise zurück, wobei in Bezug auf die Wahrnehmung von Krise in den beiden Untersuchungsperioden markante Unterschiede deutlich wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, dass die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter zunehmend unabhängiger vom Handelsministerium agierten, welchem die Festsetzung amtlich geregelter Preise oblag. Diese größere Eigenständigkeit ist jedoch nicht, wie zuerst vermutet, direkt auf die jeweils unterschiedliche Natur der beiden Krisen zurückzuführen, sondern eher ein Hinweis darauf, dass die amtliche Preisregelung insgesamt an Bedeutung verlor, also zunehmend weniger Waren und Dienstleistungen betraf, und die betreffenden Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter abseits von Preisverhandlungen neue Tätigkeitsfelder fanden. Die umfassenden Netzwerke aller annotierten Akteurinnen und Akteure verwiesen schließlich auf eine zunehmende internationale Vernetzung Österreichs und eine Schwerpunktverschiebung der Beziehungen weg von den RGW-Staaten hin zur Europäischen Gemeinschaft – deutliche Anzeichen für den ein Jahrzehnt später folgenden Zusammenbruch des Ostblocks und den 1995 erfolgenden Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

Die Potentiale der Historischen Netzwerkanalyse konnten im Rahmen des gegenständlichen Projekts nur ansatzweise ausgeschöpft werden. Von den insgesamt mehr als 10.000 Personen, welche im Rahmen des Projekts in den Texten identifiziert und markiert worden waren, wurde nur ein Bruchteil, nämlich die 300, die am häufigsten genannt wurden, annotiert und für die Netzwerkanalyse herangezogen, weil die entstehenden Graphen sonst jede Übersichtlichkeit verloren hätten. Von der Option, Orte oder Institutionen in die Analyse miteinzubeziehen, wurde nicht Gebrauch gemacht, weil die Ergebnisse dadurch ebenfalls unübersichtlicher geworden wären. Das nunmehr vollständig digitalisierte Tagebuch ermöglicht und erleichtert nicht nur diesen Schritt für allfällige zukünftige Projekte, sondern erschließt die Quelle auch in einer bisher nicht gekannten Form: Recherchen, die bisher nur unzureichend und zeitaufwändig mithilfe unvollständiger analoger Suchbehelfe möglich waren, sind jetzt in Sekundenschnelle mittels Mausklick durchführbar. Die Überprüfung der Ergebnisse der Netzwerkanalyse durch einen neuerlichen, menschlichen Lesevorgang profitierte davon wie auch die an dieser Stelle noch zu besprechende Diskursanalyse in einem erheblichen Ausmaß.

Mit dem Projekt Staribacher-Tagebücher wurde auch in vielerlei Hinsicht geschichtswissenschaftliches Neuland betreten. Wurden in den eingangs besprochenen netzwerkanalytischen Arbeiten lediglich analog vorliegende Quellen als Untersuchungsgegenstand herangezogen, die Forschungsfragen formuliert und darauf aufbauend die relevanten Quelleninhalte kodiert sowie die Netzwerke visualisiert, so ging im Rahmen des vorliegenden Projekts der erste Schritt der Kodierung mit der Digitalisierung der vollständigen Quelle und Markierung der darin vorkommenden Personen einher. Von den markierten Personen wurde sodann eine Auswahl annotiert und erst abschließend die detaillierten, netzwerkspezifischen Forschungsfragen gestellt, welche die im Anschluss daran generierten Netzwerkgraphen jedoch nur teilweise zu beantworten vermochten. Für zukünftige Projekte, welche eine ähnliche Vorgehensweise wählen, empfiehlt es sich auf Basis dieser Erfahrungen, Fragen vorerst eher allgemein zu halten, dann die entsprechenden Netzwerke zu erstellen und erst darauf aufbauend weiterführende Fragen zu formulieren.

Die Diskursanalyse wurde in zwei Schritten durchgeführt. Im quantitativen Teil bestätigten sich die Ergebnisse der Netzwerkanalyse: Wurde die Krise der Jahre 1973/74 von Staribacher

vorrangig als Versorgungsproblem verstanden, so betraf die Krise der Jahre 1980/81, wenn man seinen Ausführungen folgt, die Wirtschaft als Ganzes. Staribacher sah Krisen vor allem aus einem ökonomischen Blickwinkel, 1973/74 praktisch ausschließlich, 1980/81 nahm er eine Krise im Zusammenhang mit seiner Partei, der SPÖ, wahr.

Im qualitativen Teil wurde deutlich, dass Staribacher 1973/74 die Krise sowohl im Vorfeld als auch im Zuge ihres Abflauens negierte, zumindest aber kleinredete. Während der eigentlichen Krisensituation zeigte er sich zuerst pessimistisch und beklagte Organisationsprobleme, ehe er 1974 mit der Besserung der internationalen Situation und der Umsetzung von nationalen Maßnahmen wie dem Tempolimit von 100 km/h sowie dem autofreien Tag wieder optimistischer wurde. Staribacher trat vor allem als unmittelbarer Krisenmanager auf, den Krisenursachen und -auswege weniger interessierten. Die Krise von 1973/74 war für ihn ein klar abgrenzbares, 1974 abgeschlossenes Phänomen. Die Krise der Periode 1980/81 erwies sich demgegenüber als komplexer und schwieriger zu managen und war dementsprechend keine vorrangige Angelegenheit des Handelsministers, sondern seiner Kabinettskolleginnen und -kollegen sowie des Bundeskanzlers. Die höhere Aufmerksamkeit für das Budgetdefizit war nicht nur Resultat der gestiegenen Staatsschulden und des dadurch geringeren Spielraums, sondern kann auch als Indiz dafür angesehen werden, dass neoliberale Konzepte in die österreichische Politik Einzug hielten. Gleichwohl wurde am wirtschaftspolitischen Instrumentarium der Investitionsprogramme festgehalten. Beiden Untersuchungsperioden ist die häufige Bezugnahme auf historische Ereignisse, nicht zuletzt die Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er-Jahre, gemein. Als Charakteristikum der zweiten Krisenperiode erwiesen sich wiederum krisenhafte Erscheinungen in der SPÖ, welche als Vorboten der Wahlniederlage 1983 betrachtet werden können. Auffällig ist in dieser Phase der deutliche Pessimismus, der, folgt man Staribachers Aufzeichnungen, nicht nur seine Haltung, sondern auch die des Bundeskanzlers kennzeichnete. Diese Stimmungslage ist auch deswegen bemerkenswert, weil sowohl zeitgenössische Evaluationen der österreichischen Wirtschaftsentwicklung wie die OECD-Berichte der Jahre 1978 und 1980 als auch historiographische Einschätzungen ex post wie jene des britischen Historikers Sassoon ein anderes Bild zeichnen. Weitere Forschungen müssen klären, ob der komplexe Charakter und die Vielfältigkeit der Krise zu Beginn der 1980-er Jahre eine Änderung der Haltung der zeitgenössischen Akteure zur Folge hatte.

Es bleibt also festzuhalten, dass trotz aller Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsperioden die Wirtschaftspolitik im Kern die gleiche geblieben war, es jedenfalls keinen Paradigmenwechsel weg von einer keynesianisch-nachfrageorientierten hin zu einer neoliberal-angebotsorientierten Wirtschaftspolitik gab, wenngleich die Regierung Kreisky nicht im luftleeren Raum agierte, also diesbezügliche vereinzelte Einflüsse nicht von der Hand zu weisen sind. Dies verwundert nicht, war doch das politische Personal größtenteils dasselbe geblieben – und damit einhergehend auch dessen politische Sozialisation in der Zwischenkriegszeit und während der Weltwirtschaftskrise ab 1929 im Besonderen. Die ungleich größeren Hindernisse, die sich der späten Regierung Kreisky bei der Umsetzung ihrer Investitions- und sonstigen Nachfrageprogramme in den Weg stellten, deuten allerdings bereits darauf hin, dass eine neuerliche Wiederholung dieser Politik auf absehbare Zeit unmöglich war. Im Gegenteil schickte sich nach dem Ende der Ära Kreisky eine jüngere, anderweitig geprägte Generation von Politikern, darunter auch Sozialdemokraten, an, das politische Erbe ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger deutlich zu modifizieren.

7 Bibliographie

7.1 Ungedruckte Quellen

Kreisky-Archiv, VI.1 Wirtschaft,
Box 77 Waldviertel;
Box 102 Wirtschaftspolitik allgemein;
Box 228 [ohne Titel].

Kreisky-Archiv, IX.2 Depositum Josef Staribacher, URL:
<https://staribacher.acdh.oeaw.ac.at/index.html> (abgerufen 4.6.2020).

7.2 Gedruckte Quellen

Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 49 (1976)
Statistische Übersichten, URL:
<https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1976StatUebersichten.pdf> (abgerufen 4.6.2020).

Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 53 (1980)
Statistische Übersichten, URL:
<https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1980StatUebersichten.pdf> (abgerufen 4.6.2020).

Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 57 (1984)
Statistische Übersichten, URL:
<https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1984StatUebersichten.pdf> (abgerufen 4.6.2020).

OECD Economic Surveys. Austria, Paris 1978, URL: https://read.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-surveys-austria-1978_eco_surveys-aut-1978-en#page1 (abgerufen 19.7.2020).

OECD Economic Surveys, Austria, Paris 1980, URL: https://doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-1980-en (abgerufen 19.7.2020).

Stenographischer Bericht der 3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, 8. Periode, 12.12.1974, URL:
https://www.landesarchiv.steiermark.at/cms/dokumente/12083711_112186624/b349c331/LTProt-1974-12-12.pdf (abgerufen 8.7.2020).

7.3 Medien

Arbeiter-Zeitung, URL: <http://www.arbeiter-zeitung.at/> (abgerufen 22.7.2020).

Anton Hubauer, Wahlen als Wendepunkte der 1980er Jahre – Das Ende der Ära Kreisky, in: Österreichische Mediathek, Ö1 Journale, URL: <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/wahlen-der-80er-jahre-als-wendepunkte/das-ende-der-aera-kreisky/> (abgerufen 27.7.2020).

KREISKY Arbeitslose 1979, Zeit im Bild. Wahlkampf in Österreich, Sendedatum: 7.4.1979, ORF-Archiv.

7.4 *Literatur (gedruckt und elektronisch)*

James E. Akins, The Oil Crisis. This Time the Wolf Is Here, in: Foreign Affairs 51 (1973), 3, 462–490.

Hannes Androsch, Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945–2005, Innsbruck 2005.

Peter-Paul Bänziger, Jenseits der Bürgerlichkeit. Tagebuch schreiben in den Konsum- und Arbeitsgesellschaften des 20. Jahrhunderts, in: Janosch Steuwer / Rüdiger Graf (Hg.), Selbstreflexion und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2015, 186–206.

Peter Bearman / James Moody / Robert Faris, Networks and History, in: Complexity 8 (2002) 1, 61–71.

Renate Bebermeyer, „Krise“-Komposita — verbale Leitfossilien unserer Tage, in: Muttersprache. Zeitschrift zur Pflege und Erforschung der deutschen Sprache 90 (1980), 189–210.

Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2008.

Matthias Bixler, Die Wurzeln der Historischen Netzwerkforschung, in: Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016, 45–61.

Gerhard Botz, Österreich im 20. Jahrhundert. (1918 bis 2000), Handbuch zur neueren Geschichte Österreichs 5, Innsbruck–Wien–München 2011.

Christoph Boyer, Netzwerke und Geschichte: Netzwerktheorien und Geschichtswissenschaften, in: Berthold Unfried / Jürgen Mittag / Marcel van der Linden (Hg.), Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen, 47–58.

Hartmut Böhme, Einführung. Netzwerke. Zur Theorie und Geschichte einer Konstruktion, in: Jürgen Barkhoff, Hartmut Böhme, Jeanne Riou (Hg.), Netzwerke. Eine Kulturtechnik der Moderne (Literatur – Kultur – Geschlecht. Studien zur Literatur- und Kulturgeschichte, Große Reihe 29) Köln 2004, 17–36.

Ulrik Brandes, Graphentheorie, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, 345–353.

Otto Brunner / Werner Conze / Reinhard Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 3, Stuttgart 1982.

Hans-Peter Burth, Steuerung unter der Bedingung struktureller Koppelung. Ein Theoriemodell soziopolitischer Steuerung, Wiesbaden 1999.

Felix Butschek, Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zu Gegenwart, Wien—Köln—Weimar 2004.

Jennifer E. Cross / Jesse Fagan, Using Mixed-Method Design and Network Analysis to Measure Development of Interagency Collaboration, in: American Journal of Evaluation 30 (2009) 3, 310–329, URL: https://www.researchgate.net/publication/249773637_Using_Mixed-Method_Design_and_Network_Analysis_to_Measure_Development_of_Interagency_Collaboration/link/00b7d53ba7d6477c97000000/download (abgerufen 21.5.2020).

Christian Dirninger, Zwischen Markt und Staat. Geschichte und Perspektiven der Ordnungspolitik in der Zweiten Republik (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 29), Wien—Köln—Weimar 2007.

Christian Dirninger, Zum Wandel der ordnungspolitischen Dimension der Finanzpolitik, in: Ders. / Jürgen Nautz / Engelbert Theuel / Theresia Theurl, Zwischen Markt und Staat. Geschichte und Perspektiven der Ordnungspolitik in der Zweiten Republik, Wien—Köln—Weimar 2007, 381.

Anselm Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung“ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert (Histoire 9), Bielefeld 2009, 41–64.

Marten Düring, Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden, Berlin—Boston 2015.

Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016.

Marten Düring / Florian Kerschbaumer, Quantifizierung und Visualisierung. Anknüpfungspunkte in den Geschichtswissenschaften, in: Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016, 31–43.

Marten Düring / Linda von Keyserlingk, Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung historischer Prozesse, in: Rainer Schützeichel, Stefan Jordan (Hg.), Prozesse. Formen, Dynamiken, Erklärungen, Wiesbaden 2015, 337–350, URL: https://www.researchgate.net/publication/300723171_Netzwerkanalyse_in_den_Geschichtswissenschaften_Historische_Netzwerkanalyse_als_Methode_fur_die_Erforschung_von_historischen_Prozessen (abgerufen 28.7.2020).

Peter Dusek / Anton Pelinka / Erika Weinzierl, *Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik (Sachbuch Jugend & Volk)*, Wien ⁴1995.

Kimmo Elo, *Geospatial Social Networks of East German Opposition (1975–1989/90)*, in: *Journal of Historical Network Research* 2 (2018), 143–165, URL: <https://jhnr.uni.lu/index.php/jhnr/article/view/45/14> (abgerufen 10.4.2020).

Scott Emmons / Stephen Kobourov / Mike Gallant / Katy Börner, *Analysis of Network Clustering Algorithms and Cluster Quality Metrics at Scale*, in: *PLOS One* 11 (2016) 7, 1–18, URL: <https://journals.plos.org/plosone/article/file?id=10.1371/journal.pone.0159161&type=printable> (abgerufen 21.5.2020).

Bonnie H. Erickson, *Social Networks and History. A Review Essay*, in: *Historical Methods* 30 (1997) 3, 149–157.

Thomas Etzemüller, *Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes*, in: Ders. (Hg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert (Histoire 9)*, Bielefeld 2009, 11–39.

Alexander Friedrich, *Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern*, Paderborn 2015, URL: https://www.philosophie.tu-darmstadt.de/media/institut_fuer_philosophie/pdf/friedrich/Friedrich-2015-Metaphorologie_der_Vernetzung.pdf (abgerufen 12.3.2020).

Alexander Friedrich, *Netz*, Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, URL: <https://begriffsgeschichte.de/doku.php/begriffe/netz> (abgerufen 16.3.2020).

Alexander Friedrich, Chris Biemann, *Digitale Begriffsgeschichte? Methodologische Überlegungen und exemplarische Versuche am Beispiel moderner Netzsemantik*, in: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 5 (2016) 2, 78–96.

Jan A. Fuhse, *Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden*, Konstanz—München ²2018, 57.

Werner Gatty / Gerhard Schmid / Maria Steiner / Doris Wiesinger (Hg.), *Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983*, Innsbruck 1997.

Wilhelmine Goldmann, *Verstaatlichten-Politik in der Ära Kreisky*, in: Fritz Weber / Theodor Venus (Hg.), *Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis (Stiftung Bruno Kreisky Archiv. Studienreihe 1)*, Wien 1993, 129–134.

Karl Gutkas, *Die Zweite Republik. Österreich 1945–1985*, Wien 1985.

Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 2005.

Richard Hiedler, *Positionale Verfahren (Blockmodelle)*, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), *Handbuch Netzwerkforschung*, Wiesbaden 2010, 407–420.

Peter Hertner, Das Netzwerkkonzept in der historischen Forschung. Ein kurzer Überblick, in: Michael Bommers, Veronika Tacke (Hg.), Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft, Wiesbaden 2011, 67–86.

Andreas Herz, Erhebung und Analyse ego-zentrierter Netzwerke, in: Sabrina Kulin / Keno Frank / Detlef Fickermann / Knut Schwippert (Hg.), Soziale Netzwerkanalyse. Theorie – Praxis – Methoden, Münster 2012, 133–150.

Lothar Höbelt, VdU und FPÖ in Oberösterreich 1949–1999, in: Freiheitliches Bildungsinstitut (Hg.), Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, 127–168, URL: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf (abgerufen 21.5.2020).

Boris Holzer, Netzwerke (Einsichten. Themen der Soziologie), Bielefeld 2006.

Boris Holzer / Christian Stegbauer (Hg.), Schlüsselwerke der Netzwerkforschung, Wiesbaden 2019.

Elisabeth Horvath, Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky, Wien 1989.

Michael Hülsmann / Philip Cordes, Krise aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive. Einige Überlegungen zur Entwicklung eines Terminologiesystems und zur Eignung organisationstheoretischer Erklärungsansätze, in: Carla Meyer / Katja Patzel-Mattern / Gerrit Jasper Schenk (Hg.), Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte 210), Stuttgart 2013, 67–96.

Tomohide Itō, Militarismus des Zivilen in Japan 1937–1940. Diskurse und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse (ERGA. Erfurter Reihe zur Geschichte Asiens 19), München 2019.

Dorothea Jansen, Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2003.

Anton Kausel / Horst Knapp / Hans Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik 1970–1985. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik unter erschwerten Rahmenbedingungen (Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1), Wien—München 1986.

Heinz Kienzl, Österreichs Wirtschafts- und Währungspolitik auf dem Weg nach Europa. Festschrift für Maria Schaumayer, Wien 1991.

Reinhart Koselleck, Krise, in: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 3, Stuttgart 1982, 617–650.

Linda von Keyserlingk-Rehbein, Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944, Berlin 2018.

Interview mit Ulrich Brunner, von 1970 bis 1975 innenpolitischer Redakteur der AZ, durchgeführt von Maria Steiner am 14.3.2018, Kreisky-Archiv Wien.

Bruno Kreisky, Memoiren in drei Bänden, hg. von Oliver Rathkolb, Wien 2000.

Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 22), Wien—Köln—Weimar 2004.

Robert Kriechbaumer, Österreich 1970–1983. In der wissenschaftlichen Analyse, aus der Sicht der Opposition und in Karikaturen von Ironimus, Wien—Köln—Weimar 2004.

Anna Lázár / Dániel Ábel / Tamás Vicsek, Modularity Measure of Networks With Overlapping Modules, in: EPL 90 (2010) 1, 1–5, URL: <https://arxiv.org/pdf/0910.5072.pdf> (abgerufen 21.5.2020).

Manfred Lechner, „... Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.“ Der „Fall Olah“ — Ein Megaskandal der Zweiten Republik, in: Michael Gehler / Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur—Wien—München, 419–436.

Claire Lemerrier, Formale Methoden der Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften: Warum und Wie? In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 23 (2012) 1, 16–41.

Jürgen Lerner, Beziehungsmatrix, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, 355–364.

Wolfgang Maderthaler, Die sozialdemokratische Ära, in: Hannes Androsch / Heinz Fischer / Wolfgang Maderthaler (Hg.), Vorwärts. Österreichische Sozialdemokratie seit 1889, Wien 2020, 290–333.

Wolfgang Maderthaler / Siegfried Mattl / Lutz Musner / Otto Penz, Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich, Wien 2007.

Christian Marx, Forschungsüberblick zur historischen Netzwerkforschung. Zwischen Analysekatgorie und Metapher, in: Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016, 63–84.

Manfred Matzka, Rechtspolitik: Sozialismus im Bundesgesetzblatt?, in: Josef Hindels / Peter Pelinka (Hg.), Roter Anstoß. Der „österreichische Weg“. Sozialistische Beiträge, Wien—München 1980, 301–317.

Egon Matzner, Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen. Mit Beiträgen von Helfried Bauer, Sverre Baumgartner, Wolfgang Blaas, Hans Glatz, Gerhard Rüscher, Günter Scheer, Wilfried Schönback und Hans Wösendorfer, Wien 1982.

Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12., überarbeitete Auflage, Weinheim — Basel 2015.

Thomas Mergel, Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Ders. (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen (Eigene und fremde Welten 21), Frankfurt / Main — New York 2012, 9–22.

Maria Mesner, „K. u. k. Socialdemocracy“ Reloaded: Austria’s SPÖ and the State after 1945, in: Mathieu Fulla / Marc Lazar (Hg.), European Socialists and the State in the Twentieth and Twenty-First Century, London 2020 (in Druck).

Carla Meyer / Katja Patzel-Mattern / Gerrit Jasper Schenk, Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive — Eine Einführung, in: Carla Meyer / Katja Patzel-Mattern / Gerrit Jasper Schenk (Hg.), Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte 210), Stuttgart 2013, 47–58.

James Clyde Mitchell, The Concept and Use of Social Networks, in: Ders. (Hg.), Social Networks in Urban Situations. Analysis of Personal Relationships in Central African Towns Manchester, Manchester 1969.

Peter Mutschke, Zentralitäts- und Prestigemaße, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, 365–378.

Franz Nemschak, Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren. Rückschau und Ausblick (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Vorträge und Aufsätze 28), Wien 1970.

Christian Nitschke, Die Geschichte der Netzwerkanalyse, in: Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016, 11–29.

Paul Nolte, A Different Sort of Neoliberalism? Making Sense of German History since the 1970s. 32nd Annual Lecture of the German Historical Institute, Washington DC, November 8, 2018, in: Bulletin of the German Historical Institute, Bd. 64, 9–25.

Ewald Nowotny, Die Wirtschaftspolitik in Österreich seit 1970, in: Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hg.), Der österreichische Weg, Wien 1986, 37–59.

Alexander Nützenadel, Der Krisenbegriff in der modernen Ökonomie, in: Thomas Mergel (Hg.) Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen (Eigene und fremde Welten 21), Frankfurt / Main — New York 2012, 47–58.

Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Unveröffentlichter Projektbericht an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Jubiläumsfondsprojekt Nr. 11679, Wien o. J. [2008].

Anton Pelinka, Modellfall Österreich? Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft, Wien 1981.

Anton Pelinka, „Wanzenjournalismus“ und „Zerfall der Geschlossenheit“. Der AKH-Skandal, in: Michael Gehler / Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur—Wien—München, 532–545.

Otto Penz, Zur ökonomischen, politischen und sozialen Regulation der Ära Kreisky, in: Wolfgang Maderthaner / Siegfried Mattl / Lutz Musner / Otto Penz, Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich, Wien 2007.

Uwe Pfenning, Soziale Netzwerke in der Forschungspraxis, Darmstadt 1996.

Philip Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus: Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pelerin Society“, Stuttgart 2008.

Jörg Raab, Der „Harvard Breakthrough“, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, 29–38.

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945–2010 (Haymon-Taschenbuch 67), Wien—Innsbruck 2011.

Wolfgang Reinhard, Kommentar. Mikrogeschichte und Makrogeschichte, in: Hillard von Thiesen, Christian Windler (Hg.), Nähe in der Ferne. Personale Verflechtung in den Außenbeziehungen der Frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für Historische Forschung, Beihefte 36 (2005), 135–144.

Maria Ryabova, Venetian Trading Firm of the Soranzo Brothers (1406–1434) and Its Commercial Network, in: Fondazione Istituto Internazionale di Storia Economica „F. Datini“ (Hg.), Reti marittime come fattori dell'integrazione europea. selezione di ricerche = Maritime Networks as a Factor in European Integration. Selection of essays (Atti delle „Settimane di Studi“ e altri convegni 50), Firenze 2019, 229–253.

Roman Sandgruber, Das 20. Jahrhundert (Geschichte Österreichs 6), Wien 2003.

Philipp Sarasin, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt / Main ³2010.

Donald Sassoon, One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, London—New York 2014.

Manfred Scheuch, Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zur Zweiten Republik, Wien—München 2000.

Matthias Schmelzer, The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm, Cambridge 2016.

Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005.

Quinn Slobodian, Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism, Cambridge, Massachusetts—London, England 2018.

Martin Stark, Netzwerkrechnungen. Anmerkungen zur Verwendung formaler Methoden, in: Marten Düring / Ulrich Eumann / Martin Stark / Linda von Keyserlingk (Hg.), Handbuch

Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) zur Methodenforschung 1), Berlin 2016, 155–171.

Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010.

Rolf Steininger (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien—Köln—Weimar 1997.

Volker G. Täube, Cliques und andere Teilgruppen sozialer Netzwerke, in: Christian Stegbauer, Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, 397–406.

Gunther Tichy, Austrokeynesianismus. Ein Konzept erfolgreicher Wirtschaftspolitik? in Reinhard Sieder / Heinz Steinert / Emmerich Tálos (Hg.) Österreich 1945–1995, Wien 1996, 213–222.

Alexander Van der Bellen, Blitzlichter mit Schatten, in: Franz Richard Reiter (Hg.), Wer war Bruno Kreisky? Dokumente – Berichte – Analysen, Wien 2000, 275f.

Theodor Venus, Der „harte“ Schilling – Währungspolitik im Widerstreit der Meinungen und Interessen, in: Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Unveröffentlichter Projektbericht an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Jubiläumsfondsprojekt Nr. 11679, Wien o. J. [2008], 5–40.

Ders., Strukturkrise und das Ende der Vollbeschäftigung in Österreich. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den frühen achtziger Jahren, in: Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Unveröffentlichter Projektbericht an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Jubiläumsfondsprojekt Nr. 11679, Wien o. J. [2008], 41–109.

Ders., Die erste Ölkrise 1973/74 und ihre Folgen – eine Fallstudie zur österreichischen Energiepolitik in der Ära Kreisky, in: Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Unveröffentlichter Projektbericht an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Jubiläumsfondsprojekt Nr. 11679, Wien o. J. [2008], 110–200.

Ders., Der Bestand Wirtschaftspolitik der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, in: Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Unveröffentlichter Projektbericht an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Jubiläumsfondsprojekt Nr. 11679, Wien o. J. [2008], 201–209.

Janek Wasserman, The Marginal Revolutionaries. How Austrian Economists Fought the War of Ideas, New Haven—London 2019.

Stanley Wasserman / Katherine Faust, Social Network Analysis. Methods and Applications (Structural Analysis in the Social Sciences 8), Cambridge 1994.

Fritz Weber / Theodor Venus (Hg.), Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis (Stiftung Bruno Kreisky Archiv. Studienreihe 1), Wien 1993.

Charles Wetherell, Historical Social Network Analysis, in: International Review of Social History 43 (1998) Supplement S6, 125–144.

Christof Wolf, Egozentrierte Netzwerke. Datenorganisation und Datenanalyse, in: ZA-Information 32 (1993), 72–94.

7.5 Interviews, Vorträge

Interview mit Ulrich Brunner, durchgeführt von Maria Steiner am 14.3.2018, Kreisky-Archiv Wien.

Jörn Kleinert, The Strong Increase of Austrian Government Dept in the Kreisky Ära. Austro-Keynesianism or Just Stubborn Forecast Errors, Präsentation am „Österreichischen Zeitgeschichtetag“, 10. Juni 2016, Aufzeichnungen von Maria Mesner.

Interview mit Ferdinand Lacina, geführt von Jörg Mahlich und Robert Schediwy, 16.6.2005 und 5.8.2005, in: Dies. (Hg.), Zeitzeugen und Gestalter österreichischer Wirtschaftspolitik (Austria. Forschung und Wissenschaft. Wirtschaft 3), Wien—Berlin 2008, 88–129.

Interview mit Ferdinand Lacina, geführt von Maria Mesner, 20.3.2018, Kreisky-Archiv Wien.

Interview mit Erich Streissler, geführt von Jörg Mahlich, Robert Schediwy und Werner Teufelsbauer, 6.2.2006, in: Dies. (Hg.), Zeitzeugen und Gestalter österreichischer Wirtschaftspolitik (Austria. Forschung und Wissenschaft. Wirtschaft 3), Wien—Berlin 2008, 186–198.

8 Bildnachweis

Abb. 15, S. 44: Bruno Kreisky, Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers, Wien—Graz—Klagenfurt 2014, 402 f.

9 Abkürzungsverzeichnis

ACDH	Austrian Centre for Digital Humanities
AG	Aktiengesellschaft
AK	Kammer für Arbeiter und Angestellte
BG	Bulgarien
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
D	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
F	Frankreich
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GB	Großbritannien
H	Ungarn
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung
I	Italien
IWF	Internationaler Währungsfonds
ITT	International Telephone and Telegraph Corporation
J	Japan
LUGA	Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter
NL	Niederlande
NS	Nationalsozialismus
ÖAAB	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
OCR	Optical Character Recognition
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit)
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖMV	Österreichische Mineralölverwaltung
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation erdölexportierender Länder)
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PDF	Portable Document Format
PL	Polen
PR	Public relations
RO	Rumänien
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SU	Sowjetunion

SWS Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
UdSSR Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
US United States (Vereinigte Staaten)
USA United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
VdU Verband der Unabhängigen
VEW Vereinigte Edelstahlwerke
VÖEST Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
XML Extensible Markup Language
Y Jugoslawien